

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 10. August 1993

**NATIONALRAT**  
Aussenpolitische Kommission

---

HAUPTPROTOKOLL      der Sitzung vom 5./6. Juli 1993,  
14.30 - 21.20 und 08.00 - 12.30 Uhr,  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4

TAGESORDNUNG      Siehe Seite 2

ORDRE DU JOUR      Cf. page 3

TEILNEHMER      Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bäumlín, Berger, Caccia (ersetzt am  
6.7. durch Darbellay), Columberg, Eggly (er-  
setzt durch Gros Jean-Michel), Fischer-  
Hägglín, Frey Walter, Grendelmeier,  
Haller, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler,  
Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,  
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 5.7. durch  
Stamm Luzi), Zbinden Hans, Ziegler Jean

Entschuldigt: Maitre

Weitere Teilnehmer

Traktandum 1:

Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
Staatssekretär Kellenberger, EDA  
Botschafter Simonin, EDA  
Botschafter von Däniken, EDA  
H. Meier, stv. Generalsekretär EDA  
H. Walpen, Generalsekretär EJPD  
H. Frunz, EDA

Traktandum 3:

Staatssekretär Kellenberger, EDA  
Botschafter Spinner, Integrationsbüro,  
EDA/EVD  
H. Frunz, EDA

Traktandum 4:

Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
H. Frunz, EDA



## Traktandum 5:

Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
 Bundesrat Stich, Vorsteher EFD  
 Botschafter von Däniken, EDA  
 Botschafter Arioli, BAWI, EVD  
 Minister Ramsauer, BAWI, EVD  
 H. Colombo, EFD  
 H. Ith, EFD  
 Botschafter Reverdin, Exekutivdirektor BERD,  
 London  
 H. Frunz, EDA

## Traktandum 6:

Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
 Botschafterin von Grünigen, EDA  
 Botschafter Simonin, EDA  
 Botschafter Girard, BAWI, EVD  
 Divisionär Regli, Unterstabschef Nachrichten  
 H. Godet, stv. Generalsekretär EMD  
 H. Frunz, EDA

## Traktandum 7/8:

H. Frunz, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, B. Pitteloud

Protokoll: I. Stauffer (d), G. Québatte (f,  
 5.7.), H. Baessler (f, 6.7.)

## TAGESORDNUNG

1. Aktuelles aus dem EDA
2. Die schweizerische Währungspolitik (verschoben)
3. Europäische Integration (EG)  
 (Siehe Teilprotokoll 1)
4. Europaratgipfel vom 8./9.10.1993 in Wien:  
 Zielsetzungen der Schweiz  
 (Siehe Teilprotokoll 2)
5. Die schweizerische Osthilfe
  - 5.1 Schwerpunkte und Entscheidungsabläufe  
 innerhalb der Verwaltung
  - 5.2 Verwendung der Mittel: bilateraler  
 oder multilateraler Rahmen?
  - 5.3 Einsatz der Mittel: projektbezogen,  
 nicht projektbezogen?
  - 5.4 Bundesbeschluss über die Zusammen-  
 arbeit mit den Staaten Osteuropas:  
 Stand der Vorarbeiten
  - 5.5 Europäische Bank für Wiederaufbau und  
 Entwicklung (BERD): bisherige  
 Erfahrungen  
 (Siehe Teilprotokoll 3)
6. Die politischen, wirtschaftlichen und  
 militärischen Beziehungen der Schweiz  
 zu Südafrika  
 (Siehe Teilprotokoll 4)
7. Vorbereitung der Sitzung vom 30./31. August  
 1993

- (Siehe Teilprotokoll 5)  
8. Verschiedenes  
(Siehe Teilprotokoll 5)

## ORDRE DU JOUR

1. Actualités du DFAE
2. La politique monétaire Suisse (reporté)
3. Intégration européenne (CE)  
(Voir procès-verbal particulier 1)
4. Sommet du Conseil de l'Europe des 8/9  
octobre 1993, à Vienne: Objectifs de la  
Suisse  
(Voir procès-verbal particulier 2)
5. L'aide suisse aux pays de l'Europe de  
l'Est
  - 5.1 Points principaux et processus de  
décision au sein de l'administration
  - 5.2 Utilisation des moyens: sur le plan  
bilatéral ou multilatéral?
  - 5.3 Engagement des moyens: lié à un projet?  
non lié à un projet?
  - 5.4 Arrêté fédéral sur la coopération avec  
les Etats d'Europe de l'Est: état des  
travaux préparatoires
  - 5.5 La Banque européenne pour la reconstruc-  
tion et le développement (BERD); expé-  
riences faites jusqu'à ce jour  
(Voir procès-verbal particulier 3)
6. Les relations de la Suisse avec l'Afrique  
du Sud sur le plan politique, économique  
et militaire  
(Voir procès-verbal particulier 4)
7. Préparation de la séance des 30/31 août  
1993  
(Voir procès-verbal particulier 5)
8. Divers  
(Voir procès-verbal particulier 5)

## 1. Aktuelles aus dem EDA

In Anbetracht der Aktualität der Kurdendemonstration vom 4. Juli auf dem Bundesplatz beschliesst die Kommission, entgegen der Traktandenliste vorzugehen und über die Aktualitäten eine Diskussion zu führen. Herr Moser reicht einen Antrag ein mit dem Begehren, den türkischen Botschafter des Landes zu verweisen (siehe Anhang).

**Bundesrat Cotti:** Zunächst werden Sie die Vertreter des Krisenstabes, den der Bundesrat in der ersten Stunde nach den Vorfällen vor der türkischen Botschaft eingesetzt hat, über die bisherigen Entwicklungen informieren. Im Krisenstab sind neben dem EDA auch das EJPD vertreten. Eine systematische Absprache zwischen diesen beiden hauptbeteiligten Departementen war nötig, denn die Ermittlungen und die Frage der damit verbundenen Sanktionen mussten immer wieder mit den Problemen des internationalen öffentlichen Rechts und insbesondere der diplomatischen Immunität in Einklang gebracht werden. Wie dies innerhalb des Krisenstabes vor sich ging, werden Ihnen die beiden anwesenden Vertreter bekanntgeben. Ich werde Ihnen anschliessend kurz die Beurteilung der Geschehnisse durch den Bundesrat vortragen.

**Meier:** Der Anlass der ganzen Problematik, mit der wir uns jetzt konfrontiert sehen, war eine konzertierte Aktion der Kurden in ganz Europa, die punkt 10.00 Uhr am 24. Juni 1993 begonnen hat und die unter anderem - z. B. in München und in Marseille - das Ziel hatte, Geiseln zu nehmen und Einrichtungen der türkischen Behörden z. T. zu besetzen und allenfalls Sachschaden anzurichten. Es scheint uns wichtig, dass wir diesen Ausgangspunkt nicht ganz ausser acht lassen.

Die Ereignisse vom 24. Juni 1993 stehen in einem Kontext, den wir menschlich allzu gut verstehen, vor allem nachdem einzelne von uns gestern mit Vertretern der Kurden gesprochen haben. Zu erwähnen ist auch, dass in den letzten zwei Jahren 13 türkische Botschafter im Ausland und zahllose Diplomaten ermordet wurden. Wir sanktionieren die Reaktion nicht, können sie aber irgendwie verstehen - was nicht gleichzusetzen ist mit akzeptieren -, die auf das Durcheinander erfolgt ist, das an diesem 24. Juni um 10.00 Uhr morgens entstand, als rund 70 Leute durch ein Tor, das gerade an diesem Tag ausgewechselt wurde, auf die türkische Botschaft zustürmten, bewaffnet mit Schlagstöcken, Steinen, Farbbeuteln etc. Über die polizeilichen Aktionen möchte ich mich nicht äussern; jedenfalls war die schweizerische Polizei entgegen den türkischen Behauptungen drei Minuten nach Alarmierung auf Platz. Die Differenz hat sich dadurch ergeben, dass der türkische Botschafter den ersten Schweizer Polizisten erst nach 25 Minuten zu Gesicht bekommen hat, weil er sich in einem anderen Gebäude aufhielt. Die Polizei hat also schnell eingegriffen. Das Resultat ist bekannt: neun Verletzte und ein Toter. Durch Ermittlungen wurde klar nachgewiesen, dass der Mann durch einen Querschläger getötet worden ist. In der Zwischenzeit hat sich auch herausgestellt, dass gezielt geschossen wurde.

Wir haben diesen Sonderstab gebildet, weil unsere Departemente ein gemeinsames Problem hatten: die Bundesanwaltschaft mit den

Ermittlungen einerseits und das EDA mit den ganzen Implikationen auf internationaler Ebene andererseits. Wir haben sofort mit einer Beurteilung der Lage begonnen und unsere vorgesetzten Behörden jeweils ins Bild gesetzt. Relativ schnell erschien dann die Delegation aus Ankara, die vom türkischen Aussenminister nach Bern und in die anderen europäischen Hauptstädte geschickt worden war. Dabei standen für uns zwei Dinge klar im Vordergrund: wir hatten ausserordentlich widersprüchliche Zeugenaussagen, und objektive Ermittlungsergebnisse sind für uns nur dann erreichbar, wenn wir direkte Befragungen vornehmen können. Gerade dies aber bildete den eigentlichen Zankapfel, zusammen mit der Forderung nach der Herausgabe der Waffen. Diese Fragen waren Gegenstand der diversen Gesprächsrunden; es waren keine Verhandlungen, wo es darum geht, dass in einem Do-ut-des etwas ausgehandelt wird. Wir haben von Anfang an unsere Position ganz klar markiert, weil wir wussten, dass unser Spielraum relativ beschränkt ist. Denken Sie an andere Fälle, z. B. die Vorkommnisse vor der libyschen Botschaft in London: Auch die Engländer mussten letztendlich den eindeutig identifizierten Schützen ziehen lassen. Unser Spielraum war also von Anfang an nicht allzu gross; wir haben versucht, den Haupttaktzent auf die Ermittlungen zu legen mit dem klaren Ziel, die Verantwortlichen der schweizerischen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten wir Zugang zu den Verantwortlichen und den Tatwaffen erhalten. Staatssekretär Kellenberger hat dies gegenüber seinen türkischen Gesprächspartnern unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Nach unserem Gesuch um Aufhebung der Immunität haben die türkischen Behörden die drei betroffenen Leute abgezogen. Im Endeffekt kommt dies auf das gleiche heraus, wie wenn wir hier selber aktiv geworden wären. Aus unserer Sicht wäre es aber völlig falsch, die Angelegenheit damit als erledigt zu betrachten. Es gibt noch eine Möglichkeit, nämlich ein Strafabtretungsgesuch, d. h. ein Ersuchen, dass die Türkei die Verantwortlichen vor ein türkisches Gericht stellt. Für uns ist somit diese Angelegenheit, aber auch das Kurdenproblem in seiner Gesamtheit, in keiner Weise erledigt. Ebenfalls nicht erledigt ist für uns der Umstand, dass der Bürgerkrieg eines Landes zum Teil in unserem Land ausgetragen wird. Wir machen uns aber über unsere Möglichkeiten keine Illusionen, dürfen Ihnen aber versichern, dass wir den uns gegebenen Spielraum voll ausgenützt haben. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen, bei der Bewachung der türkischen Botschaft, der Durchsuchung und der Sicherstellung sind wir an die Grenze dessen gegangen, was wir vertreten konnten.

Im Gegensatz zu anderen problematischen Situationen, z. B. mit dem Irak, gilt es hier nach wie vor, gewisse Güter gegeneinander abzuwägen. Wie auch die Zusammensetzung des Kernstabes des Sonderstabes - da waren Staatssekretär Kellenberger, Generalsekretär Walpen (EJPD), Vizekanzler Casanova und ich - zeigt, gibt es widerstreitende legitime Interessen, die es gegeneinander abzuwägen und auszutarieren gilt. Das wird auch in Zukunft eine der Hauptschwierigkeiten sein. Es stellt sich zudem die Frage nach dem, was wir zur Beilegung des Kurdenproblems beitragen können. Dieses hochkomplizierte Problem ist ja 3000 Jahre alt und kann sicher

nicht mit einem Federstrich von heute auf morgen gelöst werden. Das braucht einen langen Atem, und wir sind bereit, diesen langen Atem aufzubringen; aber dazu braucht es, auf beiden Seiten, ein Minimum an Kommunikationskanälen.

**Walpen:** Ich habe im Moment keine zusätzlichen Anmerkungen.

**Kellenberger:** Für die Gespräche mit den türkischen Vertretern setzte ich zwei Rahmenbedingungen. 1. Die mutmasslichen Täter dürfen den Ermittlungen und der Gerichtsbarkeit nicht entzogen werden. 2. Die guten Beziehungen zur Türkei dürfen nicht unnötig gefährdet werden.

Zum Verlauf der Gespräche: Die Türken haben schon am 24. Juni 1993, erklärt, dass sie bereit seien, bei der Abklärung der Vorfälle mit uns zusammenzuarbeiten. Am Abend des 24. Juni sagte ich der türkischen Delegation, dass es jetzt darum gehe, konkret zu beweisen, dass sie zu dieser Zusammenarbeit bereit sei. Dabei habe ich zwei Forderungen gestellt: dass die Türken die Befragung der Botschaftsangehörigen über die Vorfälle zulassen und dass sie alle Waffen, die sich in der Botschaft befinden, aushändigen. Wir haben die Gespräche am Abend des 27. Juni, fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit haben die Türken ihre Bereitschaft erklärt - was für sie kein kleiner Schritt war, aber für uns völlig ungenügend - ,sie seien bereit, die Befragung der betroffenen Botschaftsangehörigen zuzulassen, allerdings in Gegenwart von Mitgliedern der türkischen Delegation. Ich habe den türkischen Gesprächspartnern am gleichen Abend, in einer zweiten Runde, erklärt, dass uns das nicht genüge und dass wir vor allem auch auf der Aushändigung sämtlicher Waffen bestünden. Dem haben die Türken nicht zugestimmt. Wir haben diese Forderung aufrechterhalten, bekamen aber keine weitere Reaktion auf dieses Begehren.

Am Mittwoch den 30. Juni 1993 wurde vom Bundesrat das Begehren um die Aufhebung der diplomatischen Immunität für drei Personen gestellt. Im Laufe des Donnerstags ist klar geworden, dass die Türken der Aufhebung der Immunität nicht zustimmen werden. Damit wurde ebenfalls klar - zu unserem enormen Bedauern, und Bedauern ist ein mildes Wort -, dass diese Leute nicht der Justiz zugeführt werden können. Ich lege grossen Wert auf die Feststellung, dass diese Leute der Justiz nicht hätten zugänglich gemacht werden können, auch wenn sie durch uns zu Personae non gratae erklärt worden wären. Es macht in bezug auf unser Hauptziel keinen Unterschied, ob diese Leute einfach verschwinden oder zu Personae non gratae erklärt werden. Wenn wir nicht gegen das Völkerrecht verstossen wollen, gibt es keine Handhabe, solche Leute für die Bedürfnisse der Justiz im Lande zurückzuhalten.

Bundesrat **Cotti:** Ich möchte zuerst allen Beteiligten, die mit mir und Herrn Bundesrat Koller in ständigem Kontakt gewesen sind, herzlich danken. Ich habe die z. T. ausserordentlich schwierigen Bemühungen, von der türkischen Behörde ein Minimum an Zusammenarbeit mit der schweizerischen Justiz zu erreichen, stündlich verfolgen können. Diese Zusammenarbeit war das zentrale Ziel des Bundesrates, alles andere war nebensächlich. Ich habe an der Pressekonferenz vom 30.6.1993 ohne Wenn und Aber gesagt: Eine volle Zusammenarbeit der Türkei, eines

Rechtsstaates - so will sich die Türkei nennen -, mit einem Rechtsstaat bedeutet, dass Rechtsverletzungen klar eruiert, die Tatbestände festgelegt und dann allfällige Sanktionen beschlossen werden.

Vom ersten Tag an sind wir ohne grosse Illusionen an die Arbeit gegangen, denn es war zu erwarten, dass von seiten der Türkei kein grosser Wille zur Mitarbeit bekundet würde. Ich möchte hier kurz auf die ganze Problematik hinweisen: der Konflikt mit den Kurden ist über tausend Jahre alt und spielt sich nicht nur in der Türkei ab. Wenn hier definitive Werturteile verlangt würden, wäre wahrscheinlich niemand in der Lage, hier als politisch-ethnischer Richter zu walten. Auf der einen Seite haben wir ein Land, welches seine Behörden zweifellos durch demokratische Wahlen bestellt hat. Trotz dieser demokratischen Grundeinstellung werden der Türkei immer wieder schwerwiegende Verletzungen der Minderheitenrechte vorgeworfen, mit denen auch Menschenrechtsverletzungen verbunden sind. Auf der anderen Seite gibt es eine Minderheit, die unbestrittenermassen mit guten Gründen für ihre Rechte eintritt. Dies ist aber zugleich eine Minderheit, die sich immer wieder mit terroristischen Anschlägen bemerkbar macht und die deshalb von der Gegenpartei als terroristische Bewegung betrachtet wird. Wenn wir die täglichen Berichte aus der Türkei über die beiderseitigen Massaker zur Kenntnis nehmen, müssen wir sagen, dass eine objektive, definitive Bewertung der Situation wahrscheinlich für niemanden möglich ist. Das Tragische dabei ist, dass - aufgrund unserer Begriffe wenigstens -, eine verhältnismässig kleine Anstrengung, nämlich die Anerkennung dieser Minderheit, wohl genügen würde, um diese Frage zu lösen. Aber das sind unsere Kriterien, nicht diejenigen von Völkern, die sich seit langer Zeit bekämpfen und deren Hass Tag für Tag steigt, geschürt durch die Anschläge, die fast täglich zu verzeichnen sind.

Herr Kellenberger hat mir einige Zeitungen aus Ankara gezeigt. Diese - regierungsfreundlichen - Zeitungen enthielten Bilder von verbrannten oder sonstwie getöteten Kindern und Aussagen, die so reisserisch formuliert waren, wie wenn sie in einer Boulevardzeitung erscheinen würden. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf das Klima zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen in der Türkei. Das Ziel des Bundesrates war vom ersten Tag an, unbesehen von der ideologischen Farbe der einzelnen Gruppierungen, der schweizerischen Justiz die Möglichkeit zu geben, die Tatsachen zu ermitteln und entsprechende Schlussfolgerungen für die Sanktionen zu treffen. Unabhängig davon, ob es sich um Kurden oder Türken handelte. Ich glaube, sagen zu können, dass die schweizerische Justiz dieser Auflage voll und ganz nachgekommen ist. Es sind Kurden verhaftet worden; die Justiz geht ihren Lauf, und wir werden sehen, was letztenendes im Rahmen eines normalen Strafverfahrens herauskommt. Kompliziert ist das Problem natürlich mit den Türken, denn hier spielen völkerrechtliche Aspekte eine Rolle. Das war das Hauptproblem, vor das wir gestellt waren. Herr Kellenberger hat in eigener Kompetenz und in ständigem Kontakt mit dem Bundesrat eine Woche lang verhandelt. Die Schweiz hatte zwei Hauptbegehren: erstens die anwesenden Mitarbeiter der türkischen Botschaft einer normalen Strafuntersuchung zu unterziehen und zweitens die Auslieferung der Waffen. Wir haben

Druck ausgeübt: so haben wir z. B. eine ganze Woche lang alle Eingänge und Ausgänge aus der türkischen Botschaft auf Waffen hin kontrolliert. Die völkerrechtliche Abdeckung dieser Massnahme schien uns an der Grenze dessen zu liegen, was möglich ist. Unser Spezialist, Botschafter Krafft, der sich damals - tragische Ironie - an der Völkerrechtskonferenz in Wien befand, teilte uns mit, dass solche Untersuchungen nur während weniger Tage möglich seien, und zwar in Extremfällen. Inzwischen hat die ermittelnde Behörde ihre Untersuchungen weitergeführt. Wir wollten von der völkerrechtlichen Seite nur so weit auf sie einwirken, als völkerrechtliche Elemente im Wege standen. Als die ersten Ermittlungsergebnisse vorlagen, stellten die Behörden dem Bundesrat das Begehren, gegenüber drei besonders verdächtige Personen der türkischen Botschaft die Aufhebung der diplomatischen Immunität zu beantragen. Am 30.6.1993 beschloss der Bundesrat, diese Aufhebung zu verlangen. Der Bundesrat hat sich auch mit den alternativen Möglichkeiten befasst, und ich habe dann an der Pressekonferenz folgendes mitgeteilt: Sollten innerhalb der gesetzten 48stündigen Frist die türkischen Behörden nicht positiv auf unser Gesuch reagieren, dann bestünde die Möglichkeit, diese drei Personen als *Personae non gratae* zu erklären. Dies hätte die Konsequenz, dass sie des Landes verwiesen würden. Der Bundesrat hat diese Beschlüsse in voller Anerkennung der Tatsache gefasst, dass die Justizbehörde unparteiisch sowohl gegenüber den Kurden, die mindestens einen Hausfriedensbruch begangen haben, als auch gegenüber den Türken vorgeht.

Im Verlaufe des letzten Freitags verlautete von türkischer Seite, dass die Aufhebung der Immunität nicht in Frage komme. In Anbetracht der bürgerkriegsähnlichen Zustände in der Türkei haben wir ein gewisses Verständnis für die Haltung der türkischen Behörde gezeigt; aber wir haben zugleich gesagt, dass, wenn die Türkei die drei Botschaftsangehörigen bis zum Ablauf der Frist am Freitag nicht zurückruft, der Bundesrat sie als *Personae non gratae* erklären werde. Der Beschluss wurde, unter Vorbehalt, gefasst; wir konnten ihn nur nicht in Kraft setzen, denn in der Zwischenzeit haben die Türken diese drei Personen zurückgezogen. Auf materieller Ebene kommt es auf das gleiche hinaus, ob die türkische Behörde ihre Leute zurückruft oder ob wir diese zurückschicken. Die Leute sind einfach nicht mehr da. Aber ich räume ein: psychologisch macht es einen grossen Unterschied.

Ich wäre sehr dankbar, wenn sich die Kommission über die dramatischen Ereignisse der letzten Woche aussprechen würde. Der Bundesrat hat immer im vollem Bewusstsein der Möglichkeiten und Grenzen, die einer Regierung im Rahmen der internationalen diplomatischen Beziehungen gegeben sind, gehandelt. Der Fall ist noch nicht erledigt; die Behörde führt ihre Ermittlungen weiter, und es könnten weitere Gesuche um Aufhebung der Immunität kommen. Ein Gesuch ist vor wenigen Minuten eingetroffen. - Die Meinung Ihrer Kommission ist sehr wichtig, und der Bundesrat wäre bereit, sie in seine Überlegungen einzubeziehen.

**Präsident:** Ich schlage vor, dass wir auch die Vorkommnisse von gestern und die Berichterstattung in den Medien erläutern und dann das Ganze diskutieren. Aus meiner Sicht möchte ich sagen:



Als Präsident der Aussenpolitischen Kommission habe ich mich schon letzte Woche mit Herrn Staatssekretär Kellenberger in Verbindung gesetzt, und Herr Kellenberger hat mich über den Stand der Dinge orientiert. Gestern vormittag hat mir Herr Vollmer telefonisch mitgeteilt, dass hier auf dem Bundesplatz eine Demonstration der Kurden stattfindet. Herr Vollmer hat mir gesagt, er sei zusammen mit dem Chef des Sonderstabes, Herrn Meier, hier im Bundeshaus, die Polizei wolle den Platz räumen und die Lage sei gespannt. Er frage mich deshalb an, ob es möglich sei, dass Vertreter der APK mit den Kurden sprechen, damit diese den Platz räumen. Meine Antwort war sehr klar:

1. Im Namen der APK könnten wir nicht handeln, d. h. ich würde nicht ohne Kommissionsbeschluss zulassen, dass eine Delegation der Kurden von unserer Kommission empfangen würde. Das wurde in den Medien falsch dargestellt; woher das kommt, weiss ich nicht. Ich habe gesagt: Wenn dadurch ein Beitrag geleistet werden kann, dass die Kurden den Bundesplatz ohne Zwangsräumung verlassen, bin ich als Präsident der APK bereit, heute diese Leute anzuhören. Nicht mehr und nicht weniger. Das haben wir heute getan. Folgende Mitglieder - nicht Vertreter! - der APK waren dabei: Frau Segmüller, Frau Bär, Frau Bäumlín, Herr Vollmer, Kommissionssekretär Aebi und ich. Von Seiten der Kurden waren da: Herr Amad, Frau Evin, Herr Kara und Frau Kilia, Leute vom Kurdistanverein und vom Kurdistankomitee. Diese Leute haben uns die allgemeine Lage der Kurden geschildert und gesagt, alles, was hier passiert sei, sei in diesem Rahmen zu sehen. Sie beklagten sich bitter darüber, dass ihr Volk unterdrückt wird, dass es bis jetzt keine Möglichkeit gegeben habe, auf normale, demokratische Weise eine gewisse Autonomie zu erreichen und anständig und korrekt mit den Türken zu verkehren; die PKK hätte sogar in Anatolien einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, aber die türkische Regierung hätte darauf nur mit dem Einsatz von Militär reagiert. Von ihnen aus gesehen sei es legitim, sich zu verteidigen. Die Kurden in Europa und in der Schweiz hätten viele Verwandte und Bekannte, die in diesen Gebieten leben, und es sei nicht verwunderlich, dass diese Kurden in den europäischen Ländern sehr aufgewühlt seien. Auf unsere Frage, was sie konkret wünschten, haben die Kurden folgendes gesagt:

1. Sie wünschten, dass parlamentarische Delegationen aus Westeuropa, auch aus der Schweiz, sich an Ort und Stelle selber im kurdischen Gebiet ein Bild machen.
2. Sie wünschten, dass die Schweiz den bewaffneten Kampf der Türkei gegen das kurdische Volk verurteilt.
3. Sie verlangten die Wegweisung des türkischen Botschafters aus der Schweiz.
4. Sie wünschten, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
5. Sie wünschten, dass die Schweiz nach Möglichkeit die Guten Dienste zur Verfügung stellt, um in diesem Konflikt zu helfen - was immer das heissen mag. Wir haben uns neutral verhalten, indem wir gesagt haben: Wir nehmen Ihre Wünsche auf und werden das, was Sie hier vortragen, der ganzen Kommission mitteilen. Das war das einzige Versprechen, das wir gegeben haben. Die Kommission ist nun völlig frei, wie Sie darauf reagieren will. Der einzige Grund, warum ich an dieser Besprechung teilgenommen habe, ist, dass ich das Versprechen dazu abgegeben hatte. Das mag dazu beigetragen haben, dass es nicht zu einer Eskalation gekommen ist.

Einen Schatten hat die ganze Sache: dass sowohl im Radio wie in einzelnen Zeitungen immer wieder die Aussenpolitische Kommission genannt wurde, die eine Delegation empfangen. Diese Fehlinformation ging weder vom Präsidenten noch vom Sekretariat aus. Ich bitte Herrn Vollmer, der auf dem Bundesplatz sehr aktiv war, zu erklären, was er gemacht hat und warum.

**Vollmer:** Ich möchte Ihnen ganz kurz den Ablauf der Dinge schildern: Gestern vormittag hat mich unsere Kollegin Frau Fankhauser angerufen. Sie wurde von der Berner Stadtpolizei angerufen mit dem Hinweis darauf, dass seit Samstag nachmittag eine grosse Zahl von Kurden den Bundesplatz besetzt hielten und dass immer mehr Leute hinzukämen. Die Polizei hätte ein Ultimatum gesetzt, dass der Bundesplatz mittags um 12.00 Uhr geräumt werde. Es sei ihr nicht möglich, einen Ansprechpartner zu finden, denn von den Kurden sei niemand zuständig, mit dem man verhandeln könne. Die Polizei teilte dies Frau Fankhauser mit, weil sie wusste, dass diese früher einmal mit den Kurden in Kontakt gestanden habe. Ich habe mich dann sofort auf den Bundesplatz begeben, mir die Situation angeschaut und Kontakt aufgenommen mit der Stadtpolizei und dem Chef des Sonderstabes, Herrn Felix Meier. Dann habe ich mich bemüht, einen Verantwortlichen als Ansprechpartner zu finden, was mir relativ rasch gelungen ist. Es war mir sofort klar, dass diese Demonstration politisch für keine Seite einen Gewinn darstellen könnte, dass es nur Verlierer geben würde, und dass sie friedlich aufgelöst werden musste. Ich habe überlegt, wie dies möglich wäre. Das hat dazu geführt, dass ich Herrn Rychen kontaktiert und gebeten habe, ein Zeichen zu setzen, indem eine Delegation der APK mit einer Delegation der Kurden ein Gespräch führen würde. Herr Rychen war damit einverstanden, und ich habe im Beisein von Herrn Felix Meier mit einer Delegation der Demonstranten verhandelt. Wir hatten ein sehr langes und eingehendes Gespräch, in dem sie uns die ganze Situation geschildert haben. Ich konnte diesen Kurden dann anbieten, dass der Präsident und andere Mitglieder der Kommission heute um 13.00 Uhr bereit wären, sie anzuhören, um ihre Anliegen in die Aussenpolitische Kommission tragen zu können. Ich habe mich dann persönlich an die Demonstranten auf dem Bundesplatz gewendet, und das hat dazu geführt, dass die Demonstration aufgelöst wurde. Eine halbe Stunde später war der Bundesplatz leer und von den Kurden selber aufgeräumt, es blieb kein Papierfetzen mehr übrig, und wir waren alle sehr glücklich über diesen guten Ausgang.

Ich habe dann festgestellt, dass in den Zeitungen unterschiedliche Interpretationen abgedruckt wurden, und vor allem wurde am Radio die Meldung durchgegeben, die Aussenpolitische Kommission sei bereit, eine Delegation dieser Demonstranten zu empfangen. Dies entsprach in keiner Weise unseren Zusicherungen, Herr Meier kann dies bestätigen. Wir haben nie die Kommission als offiziellen Ansprechpartner genannt. Ich habe versucht, herauszufinden, woher diese Meldung kommt. Die schweizerische Depeschagentur hat eine Meldung gemacht, die den Tatsachen entspricht. Diese Meldung war Grundlage für verschiedene Zeitungsberichte; die Berner Presse z. B. hat absolut korrekt informiert. Leider hat dann die "Schweizerische Politische Korrespondenz" auch eine Meldung über den Ticker laufen lassen, in der tatsächlich steht, dass es unsere

Kommission sei, die die Kurden empfangen. Ich habe mich mit dieser Agentur in Verbindung gesetzt, um abzuklären, wie es zu dieser Fehlinformation gekommen war. Der zuständige Redaktor hat mir versichert, sie hätten von der Polizei verschiedene Informationen gehabt, und dabei sei einem unerfahrenen Redaktor ein Fehler passiert, der zu diesem Missverständnis geführt habe. Ich bedauere, dass diese Falschmeldung zu Missverständnissen bei verschiedenen Kolleginnen und Kollegen in unserer Kommission geführt hat. - In bezug auf die inhaltlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit diesen Vorfällen ergeben, werde ich später Stellung nehmen. Ich fühle mich insofern verpflichtet, als wir versprochen haben, die Anliegen der Demonstranten in unsere Kommission zu tragen.

**Meier:** Ich möchte noch eine persönliche Bemerkung anfügen: Ich glaube, diese Verhinderung einer Konfrontation, die absehbar war, war deshalb möglich, dass Herr Vollmer nicht nur grosse Worte gemacht hat - ich bewundere das -; wir standen da unten in einer Menge von 500 Leuten, die zwar nicht gerade zu allem, aber doch zu vielem entschlossen waren, und es brauchte Mut, da anwesend zu sein. Ich möchte mich ganz herzlich bei ihm bedanken.

**Moser:** Die Vorkommnisse der letzten Wochen haben Öffentlichkeit sehr aufgeschreckt. Die Handlungen des türkischen Botschafters mit seinen fragwürdigen, vielleicht sogar kriminellen Hintermännern hätten durch den Bundesrat eigentlich nicht so kleinlaut, wie es der Presse zu entnehmen war, verurteilt werden sollen. Etwas mehr Klartext wäre besser gewesen. Die Ausführungen, die wir heute gehört haben, rücken die Sache jetzt in ein anderes Licht. Trotzdem meine ich, dass ein Handlungsbedarf in Richtung Landesverweisung besteht, und zwar, weil man sich auf türkischer Seite geweigert hat, einer sauberen Abklärung Hand zu bieten.

Ein anderer Problemkreis betrifft die nicht bewilligten Demonstrationen, die in diesem Lande zunehmend stattfinden. Ich sehe das als eine sehr grosse Gefahr an. Wer übernimmt letztlich die Verantwortung für deren Tolerierung? Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn eine Eskalation stattgefunden hätte. Es brauchten nicht einmal Schweizer verwickelt zu sein, abgesehen von der Polizei. Kann sich der Bundesrat vorstellen, welche Folgen es für unser Land haben könnte, wenn fremde Streite in unserem Lande ausgetragen würden? Was würde dies für unser Image, für unsere Wirtschaft und für unseren Finanzplatz bedeuten? Ich möchte vom Bundesrat klar wissen, ob er in Zukunft die Verantwortung für solche nicht bewilligten Demonstrationen von ausländischen Gruppierungen tragen wird. Ich warne aber jetzt schon vor einer largen Haltung gegenüber solchen Demonstrationen. Eher würde ich raten, grössere Ansammlungen von Menschen gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern diese bei der Entstehung zu unterbinden. Denn einmal aufgebaute Demonstrationen lassen sich nicht mehr leicht unter Kontrolle halten. Wir hatten jetzt Glück, dass weder auf dem Bundesplatz in Bern, noch in Zürich oder in Basel etwas passiert ist. Aber der Bundesrat muss sich dieser Probleme annehmen und sich der Öffentlichkeit stellen. Ich habe Angst, dass, wenn solche Vorfälle Schule machen, wir

eines Tages vor eine Eklat stehen werden. Dann werden irreparable Schäden entstehen.

Zum Treffen von heute um 13.00 Uhr: Ich habe mich auch bemüht, herauszufinden, wie es zu solchen Meldungen gekommen ist. Ein Mitarbeiter der SRG teilte mir mit, dass die Meldung selbstverständlich von der APK gekommen sei. Herr Vollmer hat vorher klar gesagt, sie hätten den Kurden versprochen - und ich zitiere jetzt -, eine Vertretung der Kommission werde die Kurden empfangen. Das heisst doch nichts anderes, als dass er einen legitimierten Eindruck hinterliess. Und die Besprechung fand erst noch in einem Zimmer im Bundeshaus statt. Ich glaube nicht, dass man sich hier herausreden kann, indem man sagt, das sei nicht so gemeint gewesen. Es darf nicht Schule machen, dass sich jeder von uns das Recht herausnimmt, im Nebenzimmer vor unserer Sitzung unsere Freunde von einer anderen Gruppierung einzuladen und als Sprecher eines Teils unserer Kommission aufzutreten. Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, ein klärendes Wort darüber zu sagen, was Mitglieder dieser Kommission überhaupt dürfen und was nicht.

**Mühlemann:** Wir haben jetzt einen interessanten Fall, der sich wiederholen wird - da hat Herr Moser recht. Wir sind am Anfang einer Auseinandersetzung, wo bürgerkriegsähnliche Zustände auf fremdem Territorium ausgetragen werden. Das ist wahrscheinlich so, aber das heisst noch nicht, dass wir nicht aus diesem Vorfall lernen müssen. Man muss mit aller Entschiedenheit sagen, dass wir das nicht wollen. Wir wollen nicht, dass aus einer Botschaft heraus geschossen wird und Menschen getötet werden. Wir dulden auch nicht, dass Botschaften angegriffen werden. Die Kurden sind, so viel ich weiss, gewaltsam eingedrungen. Wir wollen natürlich auch nicht ein neutraler Staat sein, der Gesinnungsneutralität bis ins Extreme pflegt. Wir haben im Europarat wiederholt die Haltung der Türkei gegenüber den Kurden kritisiert mit dem Erfolg, dass die türkische Delegation, die ihre Büros neben den unseren hat, nie mit uns gesprochen hat, sondern direkt in die Schweiz kam, um Hilfe bei anderen Schweizer Parlamentariern zu suchen. Das ist auch eine Art von Politik, die wir nicht akzeptieren können.

Der Bundesrat und der Krisenstab haben ihre Aufgaben nach ihren Möglichkeiten gelöst. Es ist sehr schwierig zu sagen, ob man einen Botschafter ausweisen muss oder nicht. Ich glaube nicht, dass es hier richtig gewesen wäre, aber man hat den vorbehaltenen Entschluss gefasst, drei mögliche Täter als Personae non gratae zu erklären. Damit, dass sie gegangen sind, ist m. E. der Fall erledigt. Was mich beschäftigt, ist das Führungsproblem in Krisenlagen. Hier spielt natürlich die Information eine entscheidende Rolle. Ich bin nicht sicher, ob die Information so gut war, dass jedermann sofort im Bild war, um was es geht. Ich weiss heute noch nicht richtig, wer die PKK ist, Herr Bundesrat. Darüber müsste man wohl mehr wissen. Die Zusammenarbeit zwischen dem EDA und dem EDI war gut. Es gehört auch zur Information, dass man klar weiss, wer verantwortlich ist. Dort wird es schwierig, wo die Polizei, die ausführendes Organ ist, Parlamentarier herbeiruft. Erlaubt uns die Aufgabenteilung in unserem Staat plötzlich exekutiv tätig zu werden? Ich habe viel Sympathie für Herrn Vollmer, und ich glaube auch, dass er es gut gemacht hat, weil das Resultat ihm

recht gibt. Es hätte aber auch anders herauskommen können. Ich habe kein Verständnis für den Präsidenten unserer Kommission, das muss ich offen sagen. Der Präsident einer aussenpolitischen Kommission ist eine neutrale Person; er ist jetzt in dieser Frage nicht mehr neutral, und wenn ich ganz böse wäre, würde ich sagen, er müsse sein Amt dem Vizepräsidenten abtreten. Das mache ich nicht, aber ich muss sagen: Wir dürfen die Aussenpolitische Kommission nicht missbrauchen. Man hätte die kurdische Delegation erst nach unserer Kommissionssitzung empfangen dürfen. In dem Sinn, Herr Präsident, bin ich einmal ausnahmsweise mit Ihrer Führung der Kommission nicht einverstanden.

**Präsident:** Ich nehme das zur Kenntnis, verzichte aber auf einen Kommentar.

**M. Ziegler Jean:** Je tiens à féliciter M. Cotti, conseiller fédéral pour la manière dont il a maîtrisé cette crise, ainsi que MM. Meier Félix et Vollmer.

La Suisse devrait avoir au niveau fédéral une politique anatolienne sur la base de laquelle on prendrait des décisions à usage interne. La Suisse, attachée à la protection des minorités, sait que 12 millions de Kurdes subissent chaque jour la négation totale de leurs droits de minorité aux niveaux politique, culturel, économique, linguistique; l'armée turque, ayant déclaré l'état de siège en Anatolie de l'Est, se comporte comme une armée d'occupation et viole tous les droits de l'homme. Nous devons vouloir un dialogue qui aboutira à la création d'un statut pour la minorité Kurde à l'intérieur de l'Etat Turque. Sans une claire analyse de la situation et sans une politique intérieure, rien ne se fera. On ne peut pas simplement dire que ce qui se passe au Kurdistan turc ne nous regarde pas.

Concernant l'exportation d'armes vers la Turquie, que répond le DFAE au DMF lorsqu'il est consulté?

Quelle est aujourd'hui la politique du Conseil fédéral face à la présence de la Turquie au Conseil de l'Europe?

Certains hommes politiques se déplacent en Suisse accompagnés de gorilles armés. Il ne semble pas y avoir de politique fédérale quant au port et à la présence d'armes dans les ambassades. Par exemple, la police genevoise désarme à leur arrivée en suisse les gardes du corps africains, mais laisse leurs armes aux gardes du corps venant des Etats-Unis. Quelle est la position du Conseil fédéral sur la présence d'armes dans les ambassades et sur les gardes du corps accompagnant en Suisse des hommes politiques étrangers?

**Frau Bäumlín:** Herr Moser, ich kenne solche Demonstrationen vor Botschaften seit Jahrzehnten, das ist nichts Neues. Sie entsprechen jeweils einer ganz kritischen Situation in den Herkunftsländern dieser Botschaften. - Am Donnerstag wurde ich von der türkischen Botschaft zu einem Gespräch mit den extra hergereisten türkischen Europaratsparlamentariern aufgeboten, ich kann es nicht anders sagen. Eine berndeutsch sprechende Sekretärin der türkischen Botschaft hat mich angerufen, ich hätte anzutreten, denn diese Herren Parlamentarier wünschten schweizerische Parlamentarier zu sehen, um über die ganzen Vorgänge zu sprechen. Ich habe geantwortet, erstens käme ich nicht allein und zweitens nicht in die türkische Botschaft. Ich

habe angeboten, hier im Hause ein Zimmer zu suchen für dieses Gespräch, und ich habe Namen genannt von Mitgliedern der APK, die angefragt werden sollten, weil sie innerhalb von zwei Stunden dasein könnten. Ich habe mich bei Herrn Felix Meier erkundigt, ob ich mich richtig verhalten hätte. Es wurden verschiedene Leute angefragt, und zum Glück haben alle abgesagt. Somit war meine Bedingung nicht erfüllt, und die Begegnung hat nicht stattgefunden; aber die Pressekonferenz dieser türkischen Europaratsparlamentarier hatte schon vorher stattgefunden. Nur um zu sagen: In solchen Zeiten geht es nicht nach Büchlein und nach Vorschriften. Meine Absicht war es, eine gewisse Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Mir scheint es etwas vom Allerwichtigsten, dass man einen Beitrag zur Entspannung einer Situation leistet.

Ich finde, dass die schweizerische Regierung und der Sonderstab bisher ihre Sache gar nicht schlecht gemacht haben, vor allem wenn ich höre, dass die Angelegenheit damit nicht beendet ist und dass die Schweiz das Problem des kurdischen Volkes in der Türkei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weiterverfolgen werde. Ich habe Vorstellungen, was gemacht werden könnte, möchte aber zuerst noch andere Meinungen dazu hören.

**Oehler:** Ich habe nicht wenig gestaunt, als mir gestern durch das Radio mitgeteilt wurde, was wir heute auf der Traktandenliste hätten, und ich bin froh über Ihre Klärung, Herr Vollmer. - In den letzten zwei, drei Jahren haben wir durch unsere Diskussionen im Plenum über Waffenexport in die Türkei und Entwicklungs- und andere Hilfe im Prinzip das Terrain geebnet dafür, dass solche Manifestationen in unserem Lande stattfinden können. Nicht umsonst ist auch Frau Fankhauser angefragt worden, ob sie hier nicht eine Hilfeleistung bieten würde. Was machen wir beim nächsten Mal, wenn die Nachbarn der Türkei dieselbe Veranstaltung durchführen, die Iraner z. B. oder die Iraker? Insofern weiss ich nicht, Herr Mühlemann, wie Sie als ehemaliger Brigadier gehandelt hätten, wenn Sie am Sonntag angesprochen worden wären, ob Sie nicht Hilfe dazu bieten würden, diese Demonstration hier bei schönstem Wetter und bei aufgeheizter Stimmung zu beenden. Hätten Sie dann wirklich anders entschieden als der Präsident? Ich für meine Person hätte vielleicht auch Hand geboten, um etwas noch Schlimmeres zu verhindern. Jeder von uns weiss auch, in welche Situation er dann und wann von den Medien gestossen wird. Für mich zählt erstens das Ergebnis und zweitens versuche ich, die Lehre daraus zu ziehen: Was machen wir in einem nächsten Fall? Die Sache ist natürlich nicht erledigt: in den letzten Tagen wurde in der Türkei hier ein Hotel angezündet, dort ein Anschlag verübt. Herr Bundesrat, ich frage mich, ob es angesichts der Lage nicht angebracht wäre, mit Blick auf die Reisesaison ein klärendes Wort zu sprechen und der türkischen Regierung vorher darzulegen, dass, wenn sie nicht mitspielt, wir ein anderes Mittel hätten, nämlich eine negative Information unserer Touristen über das Reiseland Türkei. Ich sage das, auch wenn ich bekannt bin dafür, dass ich in erster Linie die Wirtschaft vertrete. Man kann diese ganze Geschichte nicht mit unseren Wirtschaftsbeziehungen zu der Türkei abdecken. Wohl wissend, dass wir das Problem nicht lösen können, sind wir doch imstande, einen Beitrag zu leisten. Ich ziehe daraus den Schluss, dass wir die Guten Dienste intensiver anbieten müssen.

Ich habe aber Mühe, Herr Bundesrat, wenn ich mich an den Fall Bühler erinnere: Bühler sass monatelang - und zwar im Iran - im Gefängnis, nur, weil er mit Iranern zusammen herumgezecht und vielleicht noch ein Mädchen angeschaut hat. Das zeigt, dass hier andere Spielregeln gelten. Ein Blick auf die Vorgänge um die türkische Botschaft bestärkt mich in der Ansicht, dass Diplomaten Leute sind, die alles dürfen, und wenn sie nicht mehr tragbar sind, ziehen sie von dannen. Ich weiss aufgrund meiner Kontakte nach Irak, dass jene Leute alle wieder hier sind, und alle mit Waffen ausgerüstet. Auch dort gibt es verschiedene Bevölkerungsgruppen, die vielleicht diesen Bundesplatz brauchen möchten. Deshalb frage ich: Was machen wir das nächste Mal?

**Frau Haller:** Ich möchte jenen, die jetzt am Präsidenten oder überhaupt am Vorgehen Kritik geübt haben, folgendes zu Bedenken geben: Wir können nicht das, was hier passiert ist, einfach fortschreiben und sagen, das könne ja jeden Tag wieder geschehen. Es ist insofern eine ausserordentliche Situation, als in unserem Land jemand erschossen worden ist, aus einer Botschaft heraus, von Leuten, die aus völkerrechtlichen Gründen nicht belangt werden können. Wenn die Geschehnisse so anfangen, dass ein ausländischer Staatsangehöriger aus einer Botschaft heraus erschossen wird, und sich dann am Samstag - ich habe das selber gesehen und die Betroffenheit dieser Leute gespürt - ein riesiger, bewilligter und absolut disziplinierter Trauerzug an diesem Sarg vorbei formiert, sollte man nicht einfach sagen, so etwas könne jeden Tag passieren.

Es ist auch wichtig, das Verhältnis zwischen der Stadt Bern als Bundesstadt und dem Bund zu bedenken. Wenn in einer Sache, die sich in Bern abspielt und die klar nationalen Charakter hat - und zuständig für die Ordnung hier ist die Stadtpolizei von Bern - sich die Stadtpolizei erkundigt, ob nicht nur der Sonderstab, der bei allem guten Willen den Demonstranten dieses Angebot nicht hätte machen können, sondern auch in Bern wohnhafte Parlamentsmitglieder sich einschalten würden, dann halte ich das für sehr klug und sehr weitblickend. Stellen Sie sich vor, die Berner Stadtpolizei hätte dies nicht getan, sondern einfach den Bundesplatz geräumt. Das hätte zu Verhältnissen führen können, die für die Schweiz auch international gesehen nicht sehr angenehm gewesen wären. Wir sind da keineswegs in einer einfachen Situation. Aus Gesprächen mit türkischen Europaratsmitgliedern weiss ich, dass auf türkischer Seite behauptet wird, die Polizei habe das Botschaftsgebäude nicht richtig geschützt.

Ich finde es sehr erfreulich, dass man hier einen Weg gefunden hat, um Gewaltanwendung zu verhindern. Es hätte viel schlimmer herauskommen können, und ich möchte denen, die da gehandelt haben, insbesondere Herrn Vollmer, dafür danken. Es ist vorbildlich, wenn man irgendeinen Weg sucht, um Eskalationen zu vermeiden. Ich finde, dass auch das, was der Präsident getan hat, in seiner Kompetenz lag. Wenn etwas so gut gegangen ist, sollten wir vorsichtig sein mit Kritik unter Kollegen.

Ein Letztes: Herr Ziegler hat gefragt, ob man die Türkei nicht aus dem Europarat ausschliessen solle. Man muss einfach wissen, dass im Anschluss an die Staatenbeschwerde, die es vor einigen

Jahren gegeben hat, die Türkei bei der Menschenrechtskonvention die Individualbeschwerde anerkannt hat. Seither sind in Strassburg Fälle aus der Türkei hängig. Wenn man jetzt die Türkei formell aus dem Europarat ausschliesst, dann sind die Voraussetzungen für die Fortsetzung dieser Verfahren zu Ende.

**M. Frey Claude:** Nous sommes face à un cas concret d'application de l'article 47 de la loi sur les rapports entre les Conseils. Cet article a été bien appliqué dès que notre président a été informé par l'administration fédérale. En revanche, je ne peux pas suivre Mme Haller en ce qui concerne l'attitude de la commission. Lorsque nous avons abordé la question sous l'angle théorique, j'avais mis en garde contre le danger de confusion des compétences, le risque d'ambiguïté. Or c'est ce qui se passe. Dès qu'un membre de notre commission participe à une manifestation et dit que la commission traitera de la question, il rend la chose officielle. Il ne faut pas jouer sur les mots: on est en présence d'une délégation. Utilisons cet exemple pour savoir quoi faire à futur et établissons une procédure pour les membres de notre commission. Chaque fois que la place fédérale sera occupée, quelqu'un risque de demander de rencontrer une délégation de la commission avant d'évacuer la place. Il y a un grand risque de précédent. La même question pourrait se poser pour une prise d'otages. Face à de telles situations nous ne devons jamais céder!

De même, notre commission ne doit pas céder à la confusion des compétences. La proposition de M. Moser est irrecevable, nous n'avons pas à la traiter dans cette commission.

Il serait important de voir comment nous devons réagir quant aux délégations inofficielles et approfondir cette question lors d'une prochaine séance. Je suis partisan d'une extrême retenue, parce que les précédents peuvent être dangereux. Quelle position allons nous adopter face à la presse. Je propose que nous fassions un communiqué disant que nous avons pris connaissance des explications du Conseil fédéral. Je remercie le Conseil fédéral pour les informations qui nous ont été données. Mais le style adopté face à la presse a ouvert la porte à la critique. Au départ de l'affaire, le Conseil fédéral a manifesté une volonté dure, deux Conseillers fédéraux et le vice-chancelier assistaient à la conférence de presse. Lors de la deuxième conférence de presse, l'image avait changé: M. Kellenberger, secrétaire d'Etat, prenait acte des développements.

Diplomatiquement, n'aurait-il pas été possible de rappeler notre ambassadeur pour consultation ou de manifester par un signe supplémentaire?

M. Meier Félix a rappelé que l'affaire n'était pas liquidée. Que peut-il encore se passer, quelles sont les ultimes étapes possibles pour tirer définitivement un trait?

**Präsident:** Ich möchte kurz zu der Frage der Kompetenzen Stellung nehmen. Diese Frage habe ich mir auch gestellt, als am Sonntag der Anruf kam. Meine Meinung ist klar: als Aussenpolitische Kommission müssen wir die Kompetenzordnung ganz klar beachten. Wir dürfen nicht jemandem etwas versprechen, das in der Kompetenz des Bundesrates liegt. Hier bei dieser Demonstra-



tion ging es aber um etwas ganz anderes. Ob diese Demonstration aufgelöst wird oder nicht, liegt nicht in der Kompetenz des Bundesrates. Das haben viele Kolleginnen und Kollegen nicht gewusst, und ich nehme das niemandem übel. Es ist auch nicht in der Kompetenz unserer Kommission, aber wir haben uns diese Kompetenz gar nicht genommen. Ich habe klar entschieden, keine Delegation vor die Aussenpolitische Kommission einzuladen und auch keine offizielle Delegation der APK zu ernennen. Ich bin lediglich eingegangen auf die Frage, ob wir bereit wären, die Leute anzuhören, um ein Tohuwabohu zu verhindern. Das ist kein Eingriff in irgendeine Kompetenzordnung.

Noch etwas: Dies geschah in enger Tuchfühlung mit dem Sonderstab des Bundesrates, und ich erkläre hier, dass mein Entscheid sowohl vom Sonderstab als auch vom Bundesrat und dem Staatssekretär voll gestützt ist. Bitte nehmen Sie diese Klarstellung zur Kenntnis. - Für das Argument mit dem Präzedenzfall habe ich Verständnis. Aber die Kommission wurde offiziell nicht hineingezogen; leider wurde dies durch Falschmeldungen in den Medien so dargestellt, das stimmt.

Gestatten Sie mir noch folgende Bemerkung: Wenn der Präsident einer Finanzkommission, einer Verkehrskommission oder einer aussenpolitischen Kommission überhaupt nichts machen darf, nicht einmal so etwas, dann schreiben Sie lieber ins Reglement: Wir wählen Eunuchen als Präsidenten. - Unser Eingreifen war nicht so dramatisch, wie es vielleicht ausgesehen hat, und ich stehe voll dazu.

**Frau Segmüller:** Ich stehe voll hinter dem Vorgehen des Präsidenten. Ausserordentliche Lagen erfordern ausserordentliche Massnahmen, das weiss ich, auch ohne dass ich Militärdienst geleistet habe. In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass Herr Vollmer situationsgerecht gehandelt hat. Er ist ein Risiko eingegangen, indem er gesagt hat, dass einige Mitglieder der Kommission die Delegation anhören würden. Er hat dann am Sonntag abend mit viel Einsatz versucht, einige Parlamentarier aufzubieten. Nachdem sein Versprechen zum Erfolg geführt hat und damit er dieses Versprechen auch einhalten könne, habe ich mich bereit erklärt, heute eine Stunde früher in Bern zu sein. Mir schien, dass das der Mühe wert war. Es war wichtig, dass man sagen kann, dass diese Aktion parteipolitisch breit abgestützt war, und ich bedauere, dass die Freisinnige Partei da nicht mitgemacht hat. Aber immerhin waren wir von links bis rechts einigermassen vertreten. - Herr Rychen hat situationsgerecht gehandelt, indem er verhandlungsbereit war, aber nicht selber auf dem Bundesplatz erschienen ist. Diesen Unterschied muss man beachten. So gesehen ist dies kein Präjudiz, aber es ist klar, dass - wie Herr Oehler gesagt hat - die Lehren aus daraus zu ziehen sind. Für mich stand das Ganze unter dem Motto Gute Dienste, und zwar nicht nur des Bundesrates, sondern auch von uns Parlamentariern. Für die unmittelbare Zukunft stellt sich auch die Frage, wie wir mit den Medien umgehen sollen. Wir sollten da mit einer Stimme sprechen, und da ich nicht glaube, dass ein Communiqué genügt, stelle ich den Antrag, dass unser Präsident sich der Presse stellt und kurz Auskunft gibt, während wir uns des Kommentars enthalten.

M. **Tschopp**: Au sujet de la manifestation d'hier: tout est bien qui finit bien.

Il est important que nous sachions exactement ce qui s'est passé et que la population en soit informée. On a parlé d'un Kurde tué par ricochet de balle, mais on sait qu'il y a eu des tirs ciblés. La police a suffisamment d'éléments pour donner une information unilatérale.

Ma question: qui a été visé par les tirs ciblés?

Je ne comprends pas que nous ayons été à ce point surpris et qu'une action ait pu avoir lieu en dix endroits différents en Europe occidentale, à un moment précis sans que les services secrets n'aient été au courant. A-t-on réellement été surpris? Si tel est le cas il faut à l'avenir prendre toutes les précautions pour être informé à temps de telles opérations.

Frau **Bär**: Herr Kellenberger hat uns dargelegt, dass er zwei Ziele verfolgt hat, erstens die mutmasslichen Täter den Ermittlungen der Justiz zuzuführen und zweitens die guten Beziehungen mit der Türkei nicht aufs Spiel zu setzen. Gleichzeitig hat er gesagt, sie hätten den Türken zwei Forderungen gestellt: erstens, die Waffen auszuhändigen, und zweitens, die Befragung ihres Botschaftspersonals durch die Schweizer Behörden zuzulassen. Ich stelle heute fest, dass die Türkei diese Forderungen nicht erfüllt hat und frage deshalb etwas provokativ: Müssen wir jetzt tatsächlich noch gute Beziehungen zur Türkei aufrechterhalten? Müssten wir nicht vielmehr, mindestens verbal und psychologisch, zur Türkei schlechte Beziehungen haben, wenn wir gehört haben, dass es nicht viel Spielraum gibt, weiter zu handeln? Herr Meier hat wörtlich gesagt: Die Sache ist nicht abgehakt. Was gibt es auf politischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Ebene noch für Möglichkeiten, um unserem Unwillen Ausdruck zu verleihen? Ich finde es etwas gefährlich, wenn Herr Bundesrat Cotti sagt, es sei schwierig, in dieser Situation, wo zwei ethnische Bewegungen aufeinanderprallen, zu handeln. Ich möchte doch festhalten, dass auf der einen Seite der Staatsterrorismus des türkischen Staates steht und auf der anderen das Minderheitsvolk der Kurden, das seit Jahrtausenden unterdrückt wird. In der letzten Ausgabe der Weltwoche ist diese ganze Problematik auf einfache Weise in einem Artikel von NZZ-Redaktor Arnold Hottinger nachzulesen. Die Schweiz sollte sich dieses Problems ernsthafter annehmen, nicht nur aus der Optik, nach der sich zwei ethnische Bewegungen bekämpfen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich der Staatsterrorismus des türkischen Staates in der letzten Zeit vehement verstärkt hat. Mit diesem Problem sollte sich unsere Kommission in nächster Zeit ernsthaft befassen, weniger mit der Frage, was vor den Medien falsch gelaufen ist und wer zu wenig zum Zug gekommen ist. - Frage: Herr Bundesrat Cotti, welche konkreten Möglichkeiten gibt es noch, und ist der Bundesrat bereit, diese Möglichkeiten auch auszuschöpfen?

Herr Mühlemann hat sich in einer Art und Weise widersprochen, wie es einem Brigadier eigentlich nicht passieren dürfte: Einerseits hat er gesagt, Gesinnungsneutralität könne man jetzt wirklich nicht bis zum Exzess betreiben, und gleichzeitig hat er unserem Präsidenten vorgeworfen, er hätte die Neutralität seiner Position verletzt, wenn er heute mit den Kurden Gespräche geführt hat. Ich bin sehr dankbar, dass Herr Rychen

gestern so reagiert hat, und ich bin auch dankbar, dass Herr Vollmer so rasch reagiert hat. Solange man Gespräche führt, ist noch keine Gewalt angewendet, und das Resultat hat dieser Strategie Recht gegeben. Ich verstehe deshalb auch das Votum von Herrn Frey Claude nicht. Wenn ich richtig orientiert bin, war er gestern mit denjenigen, die für das heutige Gespräch mit den Kurden zugesagt haben. Ich bedauere den kurzfristigen Rückzieher unseres Vizepräsidenten, denn wir müssen dieses Problem des kurdischen Volkes, das jetzt nach Europa getragen wurde, wirklich beachten und uns damit auseinandersetzen. Dabei überschreiten wir in keiner Weise unsere Kompetenzen, sondern nehmen die Aufgaben wahr, die man als gewähltes Mitglied dieses Parlamentes hat.

**Präsident:** Demnächst wird eine Sitzung des Bundesrates über das Problem, das wir diskutieren, stattfinden. Darum möchte ich jetzt Herrn Bundesrat Cotti das Wort geben.

M. Cotti, conseiller fédéral: Je donnerai quelques réponses aux questions posées tout en reconnaissant que nous nous trouvons dans une situation d'état de nécessité qui oblige la commission à travailler sans la continuité nécessaire et qui m'oblige à m'absenter de temps en temps.

(à M. Mühlemann) Comment les compétences sont-elles réparties entre les différents départements? La situation est très claire, le groupe de crise était présidé par le vice-secrétaire général du DFAE, ce département étant compétent pour toutes les questions qui concernent les relations avec les Etats, en l'occurrence la Turquie, et les problèmes de droit international public, en particulier pour les questions d'immunité des représentants diplomatiques. Les autorités judiciaires bernoises et fédérales sont compétentes pour enquêter, déterminer les faits, les évaluer et conclure les procédures; celles-ci sont parfois bloquées par des véto, des portes qui se ferment, de part le droit international public. M. Walpen répondra à la question des manifestations non autorisées, et sur le déroulement des faits, voire sur les éventuels rapports de services secrets, sur la sécurité et les rapports entre la Confédération et le canton de Berne.

(à M. Frey Claude) Vous voyez une contradiction dans la manière dont se sont déroulées les deux conférences de presse. Si vous regardez bien, vous admettez qu'il n'y a eu aucune contradiction; j'ai moi-même déclaré à la première conférence de presse que si la Turquie ne donnait pas suite à la requête de levée d'immunité, la voie à suivre serait vraisemblablement la déclaration de persona non grata, donc l'éloignement de ces trois personnes. Du moment que cet éloignement a eu lieu avant l'échéance - les Turcs qui s'attendaient à cette déclaration ont réagi en renvoyant les personnes en Turquie - le résultat est exactement le même. M. Kellenberger a déploré avec une grande fermeté l'attitude de "l'Etat de droit" Turquie qui n'a pas collaboré avec un pays qui tentait d'établir la vérité. En tant que juriste, j'ajoute que les juges d'instruction seront confrontés avec le problème d'une éventuelle légitime défense de l'ambassade turque. Le fait que treize ambassadeurs turcs aient été tués ces derniers temps est un problème que les juges devront examiner. Cela jouerait à la faveur des Turcs, mais comme ils ont bloqué toute possibilité d'enquête objective, la

Suisse ne peut que déplorer globalement. C'est ce que M. Kellenberger a fait lors de la deuxième conférence de presse. Je ne vois pas de contradiction dans les deux attitudes. J'avais annoncé le déroulement des événements, la seule chose est que ce déroulement a été anticipé par une action préventive des autorités turques.

M. Kellenberger pourra vous donner quelques informations sur l'état de la situation dramatique en Turquie. J'ai personnellement beaucoup d'admiration pour ceux qui parlent des bons offices que la Suisse pourrait apporter. Même quelques membres de votre commission entendent s'engager dans cette voie. La situation me paraît tellement dure que je pense que le moment n'est pas propice à cette solution. Nous ferons néanmoins tout ce que nous pourrons. La Suisse dispose d'un know-how particulier en matière de minorité. Nous estimons avoir résolu nos problèmes de minorité, mais cela n'est pas suffisant pour prétendre pouvoir arriver aux racines parfois très profondes du mal.

A propos des conditions-cadres dont a parlé M. Kellenberger, je dirai que nos intentions ne sont pas de compromettre nos relations avec la Turquie. Ces conditions doivent être mises au service de la condition prioritaire qui est celle d'arriver à établir les enquêtes nécessaires dans le cadre d'un état de droit. S'il devait en découler une détérioration de nos relations, cela ne serait pas de la faute de la Suisse, notre objectif n'étant pas d'empirer artificiellement ces relations. Voilà le cadre général dans lequel nous évoluons.

**Präsident:** Wie sich jetzt herausstellt, lässt sich die ursprünglich geplante Traktandenliste nicht einhalten. Ich beantrage Ihnen, **Traktandum 2, die schweizerische Währungspolitik, auf die nächste Sitzung zu verschieben.** So beschlossen.

**Walpen:** Zu den Kompetenzen bezogen auf die Ermittlungen: Die Ermittlungen fallen in die Kompetenz des Bundes, soweit die strafbaren Handlungen gegen Diplomaten oder gegen die Botschaft gerichtet waren, d. h. die Ermittlungen gegen die Kurden ist Sache der Bundesanwaltschaft; inzwischen hat sie diese bereits an den Kanton Bern delegiert, was möglich ist. In die Kompetenz des Kantons Bern fallen jene Ermittlungshandlungen gegen Straftaten, wo diplomatisches Personal gegen Dritte deliktisch gehandelt hat. D. h. die Schüsse aus der Botschaft gegen die Demonstranten abzuklären, ist nicht Sache der Bundesanwaltschaft, sondern Sache des Kantons Bern.

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass die Zusammenarbeit zwischen EDA und EJPD auch aus unserer Sicht hervorragend gespielt hat. Die Zusammenarbeit mit dem Polizeikommando der Stadt Bern hat ebenfalls hervorragend geklappt, trotz gegenteiliger Äusserungen im "Tages-Anzeiger" vom Samstag.

Herr Tschopp hat gefragt, wer eigentlich Ziel dieser Schüsse war. Wir wissen aufgrund der jetzigen Ermittlungen vorläufig folgendes: Es wurde insgesamt von vier Personen geschossen. Diese vier Personen haben wir identifiziert, zwei davon haben mit Maschinenpistolen geschossen, die zwei anderen mit

Pistolen. Wir dürfen annehmen, dass drei dieser vier Personen nicht nur in die Luft, sondern gezielt in Richtung der Demonstranten geschossen haben, wenn auch, aufgrund der Einschusslöcher, nicht auf Brust- und Kopfhöhe, sondern eher tiefer. Ich verweise darauf, dass wir diese Sachlage an einer Pressekonferenz vom letzten Mittwoch sehr detailliert dargestellt haben.

Genauso wie die Deutschen hatten wir Vorwarnungen nachrichtendienstlicher Natur. Nur das Entscheidende wussten wir nicht, nämlich die Zeit und den Ort. Wir wussten aber, dass die PKK daran war, eine europaweite Aktion zu organisieren.

Für die Bewilligung von Demonstrationen und den Befehl zum Einschreiten ist nicht der Bundesrat zuständig, auch nicht die Bundesanwaltschaft, sondern die Stadtpolizei Bern. Jetzt gestatte ich mir eine persönliche Anmerkung: Diese Stadtpolizei Bern hat hervorragende Arbeit geleistet.

Gemäss Völkerrecht ist jedes Land verantwortlich für die Sicherheit der ausländischen Botschaften auf seinem Territorium. Diese Sicherheit gewährleisten wir in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei und mit der Kantonspolizei; es gibt hier auch eine gewisse Entschädigung. Was die türkische Botschaft angeht, halte ich fest, dass das Sicherheitsdispositiv mit der türkischen Botschaft abgesprochen war. Die kurdischen Demonstranten sind in einer gewalttätigen Weise in dieses Gelände eingedrungen, aber, das muss ich auch festhalten, durch eine Türe, die offengestanden hat. Die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Stadtpolizei Bern können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass Angestellte der türkischen Botschaft vergessen, Türen in ihrem Zaun zu schliessen. - Zum Präsidenten: Sobald ich frei bin, stehe ich Ihnen wieder zur Verfügung.

**Fischer Theo:** Ich glaube, wir müssen diese Demonstration vor der türkischen Botschaft in einem grösseren Rahmen sehen. Die Demonstration in Bern war keine normale Demonstration, sondern Element einer konzertierten Aktion in ganz Europa, die unter anderem auch zu Geiselnahmen geführt hat. Ich verstehe daher, dass sich die Leute in der türkischen Botschaft in Gefahr fühlten. Beim Mitteleinsatz haben sie sich vielleicht etwas vergriffen, aber dies wird - wie aus Schriften der PKK hervorgeht - wohl kaum die letzte Aktion der Kurden sein. Ich habe sicher gewisse Sympathien für das kurdische Volk, aber mit der PKK ist eine militante Gruppe am Werk, die sich dem Terror verschrieben hat. Wenn wir ins Gespräch kommen mit diesen Leuten, die sich lieb und brav geben, müssen wir uns bewusst sein, wer dahinter steckt. Die PKK ist sehr aktiv, man bekommt von ihr sehr viele Schreiben. Ich war auch schon in Kontakt mit ihr und habe mich daher bemüht, mich über sie zu orientieren. Es wäre gut, wenn unsere Kommission einmal - sei es durch unseren Botschafter in der Türkei oder durch das Departement - einen genauen Überblick über die Aktivitäten der PKK und eine objektive Einschätzung der ganzen Situation in der Türkei erhielte. Wir bekommen natürlich meist gefärbte Information, einerseits von der türkischen Regierung, andererseits von der PKK.

Der Sonderstab hat sehr gut gearbeitet. Hier kommt ein anderes Problem dazu, das Wiener Abkommen. Grosse Teile unserer Bevölkerung stört es natürlich, zu sehen, welche Privilegien mit dem Diplomatenstatus verbunden sind. - Frage: Gibt es in absehbarer Zeit keine Revision dieses Wiener Abkommens? Sind die Vorstellungen über den Status der Diplomaten nicht etwas veraltet, so dass man eine Revision zur Diskussion stellen könnte? Gerade wenn Verbrechen im Spiel sind, ist die völlige Immunität doch fragwürdig.

Zu den Aktionen vom Sonntag: Hier zeigt sich, wie wichtig die Sprachregelung ist. Vielleicht war da ganz am Anfang die Sprachregelung nicht richtig - ich kann das nicht beurteilen -, aber es hat dann zu falschen Schlüssen geführt. Das Ganze hat einen offiziellen Anschein bekommen, was nicht unbedingt glücklich ist, denn eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen dem Departement und der Kommission erscheint mir nach wie vor wichtig.

**Stamm Luzi:** 1. Diplomatie bedeutet, dass man miteinander im Gespräch bleiben will, selbst wenn gravierende Schwierigkeiten im Weg sind. 2. Ein Element dieses diplomatischen Systems ist die Immunität, die die Diplomaten geniessen. Entweder hat man sie, oder man hat sie nicht. 3. Über diese Immunität kann man reden. Es wäre auch denkbar, dass man internationale Vereinbarungen macht, bei denen man festlegt, dass in gewissen Fällen, z. B. bei Tötungsdelikten, die diplomatische Immunität eingeschränkt wird.

In meinen Augen geht es jetzt vor allem auch um die Unruhe, die in der Schweiz hervorgerufen wurde. Das Volk versteht kaum, dass man Leute, die für diese Tötung verantwortlich sind, einfach laufen lässt. Ich gehe davon aus, dass auch die meisten Anwesenden hier für diese Tat wenig bis gar kein Verständnis haben. Es stellt sich die Frage, was man machen muss. Hier möchte ich wiederholen, was Herr Mühlemann schon gesagt hat: Die Führung hat auch viel mit Information zu tun. Ich bin der Meinung, dass man der Bevölkerung sagen muss: Es ist der Anfang vom Ende, wenn man beginnt, das Recht zu missachten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um internationales Recht handelt oder um nationales Recht. Aufgrund der internationalen Bestimmungen muss man diese Leute laufen lassen. Man muss der Bevölkerung auch sagen, dass es nicht in Frage kommt, an einem einzelnen Beispiel diese internationalen Regeln zu ändern, weil einem das Ergebnis nicht passt. Wenn Frau Haller vorhin gesagt hat, dass wir in einer nicht einfachen Situation waren, teile ich diese Meinung; aber die nicht einfache Situation entsteht dann, wenn man das Recht verletzt; wenn man es einmal durchsetzt und ein anderes Mal nicht, begibt man sich aufs Glatteis.

**M. Rebeaud:** Je ne partage pas les reproches qui ont été faits à notre président; il a agi comme il sentait qu'il devait le faire. Si la manifestation avait dégénéré et qu'il avait refusé d'agir, les reproches qu'il subirait seraient beaucoup plus lourds. Il fallait agir avec esprit de finesse, s'adapter à la situation, et pour une fois que cela réussit, j'en suis plutôt content. La manifestation n'était peut-être pas autorisée, mais c'est tout de même beaucoup plus grave de tuer quelqu'un que de

manifester sans autorisation. C'est une question d'appréciation. Si MM. Vollmer et Rychen étaient restés à la maison sous prétexte de neutralité, on les mettrait face à d'autres responsabilités, on pourrait les rendre coupables d'avoir refusé d'intervenir. La police bernoise a requis leur assistance. Si des parlementaires peuvent être utiles et actifs pour éviter qu'une situation tourne mal, il faut s'en féliciter. Il ne faut pas y voir un précédent, chaque situation est unique. Si on peut éviter que la police bernoise matraque des étrangers qui sont ôtes ou réfugiés chez nous, il ne faut pas se priver d'intervenir.

La situation est assez choquante: il y a eu un meurtre en Suisse où, du balcon d'une ambassade, une personne en a tué une autre. Les coupables de ce meurtre ont filé, mais la question n'est pas réglée parce que ces gens ne sont plus là. La Turquie nous a même privés du plaisir de les déclarer persona non grata en les retirant à l'avance. La question est de savoir si un meurtre commis en Suisse peut être poursuivi régulièrement par la justice suisse. Ne pourrait-on pas aller un peu plus loin? A-t-on fait l'inventaire complet des possibilités ouvertes dans le cadre du Conseil de l'Europe, dont la Turquie est membre, pour que l'enquête puisse être menée correctement et que les responsables soient jugés et condamnés? Au cas où il serait totalement impossible de mettre la main sur les meurtriers, serait-il tout de même possible de les juger par contumace? Est-il possible d'envoyer une commission rogatoire en Turquie pour obtenir des dépositions permettant d'établir la vérité? Il est très important d'épuiser toutes les possibilités et d'éviter ce qui a permis à certains journalistes romands de dire que le gouvernement laissait tomber par cynisme, parce qu'il ne voulait pas de mettre en danger les relations commerciales entre la Suisse et la Turquie.

**Frau Grendelmeier:** Ich komme nicht um den Eindruck herum, dass wir uns immer noch unheimlich schwertun mit Aussenpolitik. Die Schweiz scheint immer noch nicht begriffen zu haben, dass die Aussenpolitik ein Teil der Innenpolitik ist. Das manifestiert sich vor allem da, wo Vorwürfe an den Präsidenten oder an Kollegen oder Kolleginnen gehen, man hätte zu viel gemacht. Mein Verdacht geht da in die Richtung, es könnte sich um freundeidgenössischen Neid handeln. Im Moment, wo jemand in einer ausserordentlichen Situation selbständig handelt, aber sich klar eine Linie gibt und sich nicht als Delegation bezeichnet, tut er das, was er machen muss. Ich hätte gerne gehört, wie es heute getönt hätte, wenn eisiges Schweigen aus unserer Kommission diese ganze Affäre begleitet hätte. Dann hätten wir uns nämlich auflösen können. Wenn wir eine aussenpolitische Kommission sein wollen, die sich mit Artikel 47bis GVG neue Kompetenzen gegeben hat, dann müssen wir den Kolleginnen und Kollegen, die angefragt werden, auch zugestehen, dass sie handeln können. Auch dem Sonderstab möchte ich meinen Dank aussprechen. Ich kann mir vorstellen, dass es eine andere Lösung nicht gab; Sie haben gemacht, was Sie konnten. Die offizielle Reaktion des Bundesrates dagegen hat mich enttäuscht, und die Teilantwort von Herrn Bundesrat Cotti konnte mich nicht überzeugen. Sicher kommt es de facto auf dasselbe heraus, ob die Schweiz diese Leute zu Personae non gratae stempelt und sie damit ausweist oder ob sie von der Türkei selber abgezogen werden; aber der psychologische Schaden

ist perfekt vor allem dann, wenn dieser Rückzug von offizieller Seite mit nicht viel mehr als mit einem Achselzucken und einer spürbaren Erleichterung zur Kenntnis genommen wird. Nun haben wir aber gehört, dass man die Sache weiterverfolgen wird, und ich bin schon sehr gespannt, wie das ablaufen soll.

Wir haben auf die heutige Sitzung ein Papier bekommen, datiert vom 11. Juni. Darin ist einerseits die Rede von Herrn Bundesrat Cotti abgedruckt, die er in Wien anlässlich der Menschenrechtskonferenz gehalten hat, und andererseits ist ein Papier beigefügt, das am 11. Juni der Presse zugesandt wurde. Darin werden auf Seite 3 die Möglichkeiten des Bundesrates, zu reagieren, angeführt. Da steht z. B. "offizielle Demarchen mit öffentlicher Erklärung", wenn man eine bestimmte Politik nicht billigt. Ich habe davon nichts gehört. Es wird aber gleich hinterhergeschoben, dass man diese Form in der Schweiz sehr selten anwendet, da die vertrauliche Intervention dem betreffenden Staat ermöglicht, sein Gesicht zu wahren. Nun ist hier nicht irgendein kleines diplomatisches Malheur passiert, sondern ein Mord. Ich weiss nicht, was es noch braucht, damit man sich deutlich, sehr deutlich einem Staat gegenüber ausdrückt, der es zulässt, dass man sich durch den Rückzug der drei Diplomaten aus der Affäre zieht.

Ein weiterer Punkt in diesem Papier ist, dass der Bekanntheitsgrad der unter der Verletzung leidenden Person eine Rolle spielt. Eine Demarche hat grössere Erfolgsaussichten, wenn sie bei einer Regierung unternommen wird, mit der die Schweiz enge Beziehungen unterhält. Das ist doch eigentlich der Fall; aber es handelte sich nicht um eine bekannte Persönlichkeit.

Schliesslich - und das ist etwas, was mich am meisten stört -: Seit Jahren wissen wir, dass wir einen regen Waffenhandel mit der Türkei betreiben. Seit Jahren weise ich darauf hin und fordere, dass man keine Waffen mehr in dieses Land schickt, wo man genau weiss, dass das, was da geführt wird, ein Krieg gegen eine Minderheit im eigenen Land ist. Dass man sich da allein dadurch heraushält, dass man sagt, das sei ein interner Konflikt - das war die Antwort des Bundesrates auf meine letzte Intervention -, ist stossend. Für ein Land, das sich sehr viel zugute hält bezüglich Einhaltung der Menschenrechte, halte ich eine solche Haltung für nicht in Ordnung. 1992 war die Türkei mit Käufen über 63 Millionen Franken der wichtigste Kunde der Schweiz in Sachen Waffenhandel. Ausgerechnet in diesem Zusammenhang halte ich es für unhaltbar, wenn sich der Bundesrat dermassen zurückhält. Wir dürfen uns nicht immer fragen, ob es sich um einen guten Handelspartner handelt, bevor wir auf die Menschenrechtssituation in einem Lande reagieren, sondern müssen halt einmal die Wirtschaft Wirtschaft sein lassen und uns ganz klar auf die andere Seite stellen. Sonst wird die Schweiz in meinen Augen unglaubwürdig. Ich frage den Bundesrat, ob er bereit ist, innerhalb sehr kurzer Frist zu reagieren. Es sollte nicht passieren, dass er wie 1988 nach der Ermordung des Theologen Jürgen Weiss in El Salvador fast ein halbes Jahr braucht, um zu protestieren, aus lauter Angst, dass sich irgendwelche Geschäftsleute verschnupft zeigen könnten. Ich finde, die Aussenpolitik hat die Aufgabe, unser Land auch im Ausland als das darzustellen, als was es sich sonst am



1. August darstellt, nämlich als Hort der Menschenrechte. Dies dürfen wir nicht bei der ersten Gelegenheit ausser acht lassen und uns - verzeihen Sie, Herr Bundesrat Cotti - etwas leisetreterisch aus der Affäre ziehen.

**Vollmer:** Ich bin sehr erfreut über diese Diskussion. Vielleicht war es notwendig, dass einige Kommissionsmitglieder ein bisschen gekränkt waren, damit jetzt überhaupt die Bereitschaft vorhanden ist, einmal ausführlich über die Kurdenfrage zu diskutieren. Ich möchte nicht mehr eingehen auf die Vorfälle von gestern. Nur so viel: Ich würde es als völlig falsch ansehen, wenn wir jetzt meinten, wir könnten daraus irgendwelche Schlüsse ziehen in bezug auf die Zukunft oder das zum Präzedenzfall machen. Es hat sich gezeigt, dass es nötig ist, in einer derartigen Situation flexibel zu reagieren. Das beinhaltet auch ein Risiko, und ich möchte dem Präsidenten und Herrn Meier danken, dass sie bereit waren, ein solches Risiko einzugehen. Wir Parlamentarier sind in unserem Handeln viel ungebundener als die Verwaltung oder der Bundesrat. Es kann daher ein nützliches Zusammenspiel geben zwischen unserer Unabhängigkeit, diese Fragen anzugehen, und den Zwängen, in denen die Verwaltung und die Regierung stecken.

Es gibt für mich zwei Aspekte: 1. Die Vorfälle in Bern und die Bewältigung dieser Krise, die eine konsequente Politik in bezug auf die Aufarbeitung dieses Mordes fordern. Ich erwarte vom Bundesrat, dass er nach aussen ganz klare Signale setzt - er hat das heute bereits gesagt. Wir dürfen die Sache nicht auf sich beruhen lassen, sondern die Schweiz muss eine Politik verfolgen, die dazu führt, dass diese Mörder bestraft werden können. - 2. Wir müssen jetzt auch Folgerungen ziehen für die Politik gegenüber der kurdischen Frage. Bis heute hat es in der Schweiz keine Kurdistan-Politik gegeben; wir haben eine Türkei-Politik, eine Irak-Politik, eine Iran-Politik, aber um eine Kurdistan-Politik haben wir uns bisher gedrückt. Die Vorfälle um die türkische Botschaft zwingen uns nun, unsere Position zu überdenken. Ich möchte den Bundesrat ganz konkret anfragen, was er zu tun gedenkt. Herr Fischer Theo hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es schwierig ist, überhaupt einigermaßen objektive Informationen zu bekommen über das, was sich in Kurdistan abspielt, über den Krieg, der dort stattfindet. Unter Umständen wäre es wichtig, dass die Schweiz ihre Guten Dienste auch dadurch anbietet, dass sie bestimmte neutrale Beobachtungsstellen, Menschenrechtsinstitutionen, in diesem Gebiet unterstützt und damit einen Beitrag leistet zur objektiven Information in diesem Gebiet. Wir sollten auch lernen, unsere Beziehungen zur Türkei mit dem Kurdistanproblem zu verknüpfen, das heisst, dass wir die Türkei-Politik mit der Menschenrechtspolitik verknüpfen. Frau Grendelmeier hat mit Recht darauf hingewiesen, wie unsere Beziehungen ausenwirtschaftlich, in bezug auf die Waffenlieferungen, ausgesehen haben. Wir haben vor kurzem im Parlament ein Efta-Abkommen ratifiziert, in dem wir der Türkei im Interesse der ökonomischen Entwicklung dieses Landes gewisse Sonderkonditionen zugestehen. Wir haben bereits damals darauf hingewiesen - das war ein Antrag von Frau Bäumlín -, dass wir eigentlich dieses Abkommen verkoppeln müssten mit einer bestimmten Menschenrechtspolitik. Ich hoffe, dass die Vorfälle, die sich in Bern abgespielt haben, ein Ausgangspunkt sind für eine neue

Politik des Bundesrates gegenüber der Türkei. Wenn wir die Antwort des Bundesrates auf die Motion von Frau Fankhauser, die sie im letzten Herbst eingereicht hat, lesen, erscheint diese sehr, sehr zögerlich und zaghaft: Er ist bereit, seine Guten Dienste anzubieten, er wartet auf Signale von beiden Seiten. Er weiss ganz genau, dass diese Signale von beiden Seiten so gar nicht kommen können, also muss er eben die Macht, die auch die Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht hat, ausnützen, um selber die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Guten Dienste auch wirklich greifen können. Ich erwarte also vom Bundesrat nicht nur eine härtere Haltung gegenüber der Türkei, sondern auch eine Neuorientierung im Sinne einer Verknüpfung der Aussenwirtschaftspolitik mit der Menschenrechtspolitik.

Die Vorfälle in Bern haben auch uns als Parlamentarier einen Anlass gegeben, uns zu äussern und unsere Haltung zu definieren. Wenn das Parlament seine Meinung hier ein wenig freier, forscher und klarer zum Ausdruck bringt, scheint mir das sehr notwendig zu sein; der Bundesrat ist so eingebunden, dass er uns nicht in allen Punkten folgen kann. Aber das Zusammenspiel zwischen Bundesrat und Parlament müsste hier im Richtung einer neuen Politik greifen. Ich bitte den Vertreter des Bundesrates, konkrete Aussagen darüber zu machen, welche Möglichkeiten die Schweiz hat, nicht nur in bezug auf diesen Konflikt, sondern in bezug auf die gesamten Beziehungen zur Türkei.

**Frey Walter:** Ich bin gar nicht der Meinung von Herrn Vollmer, dass man aus den Vorfällen der letzten Tage nichts lernen könne, da sich alle solchen Evènements unterscheiden; ich bin der Meinung, dass wir etwas daraus lernen sollten und bitte daher um präzise Abklärung folgender Fragen: War die Demonstration der Kurden auf dem Bundesplatz vom letzten Wochenende verboten, ja oder nein? Wenn ich richtig informiert bin, war sie verboten. Wer hat das Verbot ausgesprochen, wer hat es verantwortet, wer hat es nachher nicht durchgesetzt? Herr Stamm Luzi hat gesagt, es sei der Anfang vom Ende, wenn man das Recht missachte. Gerade die Leute, die sich stark machen für die Rechte der Ausländer und die Harmonie zwischen Ausländern und Schweizern, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass unbewilligte Demonstrationen von Ausländern mit Sicherheit der Harmonie und der Integration der Ausländer mehr schaden als nützen. Um eine solche unbewilligte Demonstration hat es sich ja anfänglich gehandelt bei den Vorfällen, die dann mit dem tragischen Ereignis, das dann vollmundig als "Mord" bezeichnet wird, geendet haben. Diese Demonstration war mit Sicherheit nicht bewilligt, sondern sie war inszeniert, um den - berechtigten oder unberechtigten - Kampf der Kurden mit der türkischen Regierung im Ausland zu manifestieren. Wenn wir jetzt von der Annahme ausgehen, dass diese Demonstration nicht bewilligt war, stellt sich wirklich die Frage, was ein Parlamentarier tun soll, wenn er zur Vermittlung aufgefordert wird. Es wäre wertvoll, wenn wir uns mit dieser Frage einmal auseinanderzusetzen würden; denn in einem Staat, wo Exekutive und Legislative ihre eigenen Pflichten haben, dürfen die Kompetenzen nicht verwischt werden, sonst verlieren wir beim Volk jegliche Glaubwürdigkeit. Dass es gut gegangen ist, dank persönlicher Initiative, darüber sind wir sicher alle froh; aber wenn man das Recht bricht, wenn man einfach Demonstratio-

nen zulässt, die man vorher verboten hat, dann beginnt die Rechtsstaatlichkeit zu bröckeln, mit allen Konsequenzen. Die Konsequenzen - das kann ich Ihnen jetzt schon sagen; dazu müssen wir die Pogrome in Deutschland nicht studieren - müssen dann meistens Leute tragen, um die es uns eigentlich leid tut, die integrationswillig sind.

**Steffen:** Auch ich wurde gestern durch diese Radiomeldung aufgeschreckt, und bei der Fahrt nach Bern habe ich den Artikel 47bis GVG durchgelesen. Ich möchte feststellen, dass das, was gestern, und das, was heute um 13.00 Uhr hier passiert ist, niemals auf diesen Artikel abgestützt werden kann. Die Herren der Verwaltung sollen mich bitte belehren, wenn ich als Nichtjurist hier zu einem falschen Schluss komme. Das heisst nun gar nicht, dass die Situation, wie sie sich gezeigt hat, nicht vielleicht zu Entschlüssen geführt hat, die unter dem Titel "der Zweck heiligt die Mittel" vollzogen wurden. Aber wir müssen aufpassen: Das ist ein schlechter Grundsatz. Wir haben jetzt einen Präzedenzfall geschaffen, der uns unter Umständen in Zukunft noch einiges Bauchweh machen könnte. Nun, die Aussenpolitische Kommission hat ihre klipp und klaren Aufträge, und wir müssen aufpassen, dass wir jetzt nicht in Einzelaktionen verfallen, in denen jeder ein kleiner Aussenminister wird oder ein Repräsentant dieses Staates. Ich möchte dem Präsidenten nicht wehtun - ich schätze ihn als Präsidenten und ich hätte möglicherweise genau gleich gehandelt -, aber wir müssen im nachhinein doch sehen, dass diese Handlung, rechtlich gesehen, eben doch nicht richtig gewesen ist. Nun, es waren Parlamentarier aus dem Kanton Bern, die heute um 13.00 Uhr gekommen sind. Ich bedauere ausserordentlich, dass diese Leute als Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission mit diesen Kurdenvertretern verhandelt haben. Natürlich, im nachhinein ist man immer klüger, aber ich weiss, dass es in diesem Saale eine ganze Menge Leute gibt, die auch auf der europäischen Ebene tätig sind. Es wäre wahrscheinlich ein bisschen anders herausgekommen, wenn die Kurden unter diesem Titel empfangen worden wären; denn als Mitglieder auf dieser höheren, europäischen Ebene haben diese Leute vielleicht eine Aufgabe zu erfüllen. Ich möchte hier als einer, der ja noch mehr Eidgenosse ist als Europäer, jetzt unsere Vertreter in der KSZE oder in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ermuntern, das Problem dieser Kurden weiterzutragen. Wir Schweizer haben jetzt schlechte Erfahrungen gemacht, wir haben uns die Finger verbrannt in einer Sache, und jetzt müsste das Problem von uns aus auf diese Ebene geschoben werden. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, seine Sicht der Dinge kundzutun: Ist es möglich, hier eine Initiative zu entwickeln und vielleicht einen Vertreter der Europaratsparlamentarier-Delegation bitten, dieses Problem weiterzutragen? Dann hätten wir aus dieser Situation etwas gewonnen. Damit, was Herr Vollmer am Anfang gesagt hat, bin ich voll einverstanden: Wir dürfen nun nicht einfach die Wunden lecken, sondern wir müssen zielgerichtet etwas für die Zukunft tun. Ich glaube, hier wäre ein solcher Weg.

**Mme Aubry:** Nous sommes face à un problème inattendu qu'on a peut-être grâce à M. Vollmer et d'autres personnes pu contrôler.

(à M. Vollmer) Vous êtes-vous un instant posé la question de ce que vous auriez fait si des groupes de Turcs étaient arrivés sur la place? J'ai été très étonnée de vous entendre déclarer au Téléjournal que ces gens seraient reçus devant notre commission. Il n'y a pas eu là d'interprétation. Cela me ramène à une remarque que vous aviez fait à M. Fischer - cela figure au procès-verbal - et à M. Stucky parce que nous étions allés à nos frais dans les Pays Baltes et que, par hasard, une agence de presse avait transmis l'information qu'une délégation de parlementaires s'était rendue dans les Pays Baltes. A l'époque vous nous aviez reproché cette délégation, je me permets aujourd'hui de faire le reproche à cette soi-disant délégation qui a reçu une délégation Kurdes.

A ce sujet, a-t-on reçu des représentants du PKK, organisation terroriste, ou des représentants du peuple Kurde très souvent mis sous pression par le PKK? Les travailleurs kurdes doivent souvent payer le PKK sous la menace. Je sais de quoi je parle pour avoir été en contact avec certains. Il faut dissocier certains Kurdes du PKK du peuple Kurde.

Quant aux bons offices de la Suisse, il ne faut pas oublier qu'ils sont ceux d'un petit pays. Nous ne pouvons pas tout seul changer le problème kurde et turc. Le Conseil de l'Europe ne parvient à aucun résultat avec l'ex-Yougoslavie, pas plus que la CE ou tous les autres pays. Ne jouons pas à la grenouille qui veut se faire plus grosse que le boeuf.

**Kellenberger:** Aus mehreren Voten habe ich den Eindruck bekommen, man meine, die Schweiz habe sich nicht engagiert in bezug auf die Probleme, die sich innerhalb der Türkei stellen. Vergleichen Sie einmal unser Engagement mit dem anderer Länder. Ein paar Beispiele: 1. Wenn Sie die schweizerischen Interventionen in der KSZE, im Europarat, im bilateralen Verhältnis verfolgen, dann werden Sie feststellen, dass wir immer zu denjenigen Ländern gehört haben, die mit Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Minderheitenfrage eine ausserordentlich deutliche Sprache gesprochen haben. In der KSZE z. B. haben wir die Entsendung einer Beobachterdelegation in das kurdische Gebiet vorgeschlagen. Allerdings finden wir für unseren Vorschlag fast keine Unterstützung. Wir haben überall - auch wo es nicht einfach war - eine deutliche Sprache gesprochen, auch gegenüber den Türken. Als ich letzten September in der Türkei war, habe ich gegenüber einem türkischen Staatssekretär sehr deutlich unsere Auffassung in bezug auf die Gewaltakte der türkischen Sicherheitskräfte mitgeteilt. Natürlich verurteilen wir Terrorismus auf allen Seiten, auch den Terrorismus der PKK gegen demokratisch gewählte Regierungen.

Zu den Guten Diensten: Letzten September habe ich meinen türkischen Gesprächspartnern sehr deutlich unsere Bereitschaft für die Leistung Guter Dienste, in welcher Form auch immer, signalisiert. Aber ein Land kann seine Guten Dienste nur dann zur Verfügung stellen, wenn alle an einem Konflikt beteiligten Parteien damit einverstanden sind. Es ist realistisch, wenn ich Ihnen hier sage, dass die türkische Regierung nie bereit sein wird, unsere Vermittlung in ihrem Konflikt mit der PKK zu akzeptieren.

Das bringt mich zur Frage eines eventuellen Ausschlusses der Türkei aus dem Europarat. Wenn es um den Kampf gegen die Gewalt geht, wenn es darum geht, bei den Türken mehr Verständnis für die Bedürfnisse der kurdischen Minderheit zu wecken, dann erreichen wir das sicher nicht mit einem Ausschluss der Türkei aus dem Europarat. Wir würden uns damit politische und moralische Wirkungsmöglichkeiten verbauen.

Zur internen Lage in der Türkei: Herr Fischer Theo, wir sind Ihnen dankbar für den Auftrag, dass wir der APK ein Papier vorlegen sollen, wo wir versuchen werden, die Lage in der Türkei nüchtern und objektiv darzustellen. Eines der grossen Probleme aus meiner persönlichen Sicht ist es, auf der kurdischen Seite Gesprächspartner zu finden, die die kurdische Bevölkerung repräsentieren. Wenn unsere Botschaft in Ankara Kontakte mit verschiedenen Persönlichkeiten hat, dann hört sie verschiedene Stellungnahmen. Sie müssen sich bewusst sein: Es gibt alles andere als eine einheitliche Haltung. Es gab in letzter Zeit z. B. Kontakte mit einem Vertreter der gemässigten kurdischen Opposition, der sich im Gespräch mit unseren Leuten weigerte, im Rahmen des jetzigen Konfliktes einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen. Es ist keine Frage, dass die türkische Regierung mit den kleinen Liberalisierungsmassnahmen zugunsten der kurdischen Minderheit, die sie in letzter Zeit eingeführt hat, weit davon entfernt ist, die kurdischen Begehren bezüglich kultureller Identität und einer vermehrten Dezentralisierung zu erfüllen. Aber auch die kurdische Position ist nicht einheitlich: Es gibt Kurden, die schlicht und einfach die Trennung vom türkischen Staat. Es gibt aber auch Kurden, die sich eindeutig zum Verbleiben im türkischen Staat bekennen, aber eine Autonomieregelung anstreben. Ich möchte damit nur darauf hinweisen, dass es ausserordentlich schwierig ist, Gesprächspartner zu finden, die eine klare kurdische Position vertreten. Zum Thema Kurdistan aus historischer und kultureller Perspektive möchte ich noch anmerken, dass das Problem Kurdistan nicht nur ein türkisches, sondern ebenso ein iranisches und irakisches Problem ist. Wenn wir unsere Position gegenüber Kurdistan neu überdenken, dürfen wir dies nicht aus dem Auge verlieren.

Herr Oehler, ich hoffe, ich habe Ihnen zeigen können, dass es in der Vergangenheit nicht an unserem Willen gefehlt hat, anzuzeigen, dass wir bereit sind, Gute Dienste zu leisten. Die von uns angestrebte Entsendung einer KSZE-Delegation in das Gebiet der Kurden wäre eine typische Aufgabe der KSZE, denn zu deren geheiligten Grundsätzen gehören die Wahrung der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten. Wir werden auch in Zukunft versuchen, alle Möglichkeiten, die Guten Dienste anzubieten, zu nutzen.

Zur Frage der diplomatischen Immunität: Gibt es nicht eine Möglichkeit, die Bestimmungen der Wiener Konvention zu revidieren, so dass der diplomatische Schutz nicht mehr so umfassend wäre? So etwas ist nicht im Gange; wenn überhaupt Revisionstendenzen vorhanden sind, dann eher in die Richtung, die Immunität noch zu verstärken oder zu erweitern. Ich möchte etwas wiederholen, was ich schon am Freitag sehr deutlich gesagt habe: In gewissen Fällen ist es zwar ausserordentlich

schmerzlich, dass die Immunität ein Hindernis dafür ist, dass Leute, die ein Verbrechen begangen haben, abgeurteilt werden. Andererseits muss man sehen, dass gerade Staaten wie die Schweiz auch ein Interesse daran haben, dass Ihre Diplomaten im Ausland geschützt sind, insbesondere in Staaten, die nicht die gleichen rechtsstaatlichen Verhältnisse haben wie wir und wo die Diplomaten einer Willkür und einem Druck ausgesetzt werden könnten, die sie daran hindern könnten, die schweizerischen Interessen in diesen Staaten zu vertreten.

Frau Bär: Wir haben in der Vergangenheit das Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte in aller Klarheit verurteilt.

(à M. Rebeaud) Pour que le langage reste claire, je préciserai qu'il n'y a pas eu de meurtre. Vous connaissez notre attitude face aux forces de l'ambassade qui ont tiré. La personne qui a été tuée l'a été par ricochet, mais cela ne change rien à l'aspect humain.

Ce que nous pouvons faire, c'est par exemple présenter à la Turquie une demande d'assistance judiciaire, ce qui nous permettrait de poursuivre cette affaire. Nous pouvons également faire ce que Mme Haller propose au niveau du Conseil de l'Europe ("Schadensbeschwerde"), mais cela prend énormément de temps, des années selon les spécialistes.

Frau Grendelmeier, ich glaube, es ist nicht gerecht, wenn man unterstellt, dass unser Wunsch nach guten Beziehungen zur Türkei einseitig durch wirtschaftliche Überlegungen diktiert sei. Natürlich ist die Aussenwirtschaft ein Teil der Aussenpolitik und spielt bei der Beurteilung der Beziehungen eine Rolle. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass es psychologisch nicht auf das gleiche herauskommt, ob die mutmasslichen Täter von der Türkei abgezogen oder von der Schweiz zu Personae non gratae erklärt und ausgewiesen werden. Aber damit hätten Sie für die Justiz nichts gewonnen, und die Reaktion der Türkei hätte dann wahrscheinlich darin bestanden, Leute aus unserer Botschaft in Ankara auszuweisen.

Herr Vollmer, Sie haben sicher recht, wenn Sie sagen, dass das, was passiert ist, ein zusätzlicher Ansporn für uns sein muss, uns in der Aussenpolitik - ohne uns Sachen vorzumachen, die wir nicht können - so stark wie möglich dafür einzusetzen, dass diese ungeheure Gewaltspirale nicht weitergeht. Sie ist in vollem Drehen. Aber es wäre nicht gerecht zu sagen, dass wir diese Ereignisse gleichgültig verfolgt und nicht versucht hätten, im Rahmen unserer Möglichkeit alles zu tun, hier unseren Beitrag zu leisten.

Etwas Persönliches: Ich war gestern dankbar, dass Herr Vollmer zusammen mit Herrn Meier sich zur Verfügung gestellt hat, um die Situation zu entspannen. Die Informationen, die ich hatte, wiesen darauf hin, dass, wenn man keinen solchen Versuch unternähme, ein echtes Risiko bestünde, dass erneut Gewalt angewendet würde. Nach meiner Einschätzung war es für eine Beruhigung der Situation nötig, dass sich Parlamentarier für informelle Gespräche mit diesen Leuten zur Verfügung stellten.

Herr Frey Walter: Wir müssen unterscheiden: Die Demonstration der Kurden am 24. Juni vor der türkischen Botschaft war nicht bewilligt, aber die Demonstration vom 3. Juli auf dem Bundesplatz war bewilligt.

**Frey Walter:** Wer hat sie bewilligt, wer übernimmt die Verantwortung?

**Meier:** Ich habe hier eine Kopie der Bewilligung der Stadtpolizei Bern, in der für diese Demonstration vom 3. Juli 1993 in Bern alle Details geregelt sind. Es sind unter anderem die Besammlungsroute und Beginn und Dauer der Veranstaltung darin festgehalten. Bewilligende Instanz ist das Polizeikommando der Stadt Bern. Diese Bewilligung bezieht sich auf die Zeit von 13.00 - ca. 16.30 Uhr. Dieser Trauerzug am Samstag nachmittag war eindeutig eine bewilligte Veranstaltung; was sich daraus ergeben hat, von Samstag nachmittag bis Sonntag gegen Mittag, ging über diese Bewilligung hinaus. Deshalb sah sich die Polizei, vor allem auch aufgrund von Interventionen von Anwohnern, genötigt, einzugreifen. Die Berner Polizei von hat schon am Samstag zuvor die Operation gegen die Demonstration um die türkische Botschaft mit hohem, in der Zwischenzeit auch international anerkanntem, psychologischem Geschick geführt; die Schweiz hat als einziges Land in Europa - gegenüber Berlin oder München z. B. - diese Demonstration zugelassen, um zur Beruhigung beizutragen und Dampf wegzunehmen. In der Führung dieser Operation hat die Polizei konsequent das angewendet, was sie in den letzten Jahren, seit den ersten grossen Ausschreitungen im Jahre 1986, gelernt hat. Sie hat diesen Weg gewählt in vollem Bewusstsein, dass irgendeinmal der Punkt kommt, wo sie einschreiten muss. Nun gibt es auch hier, wie auf völkerrechtlicher Ebene, eine Grauzone, wo es um die Güterabwägung geht und wo danach gefragt werden muss, was nun intelligent, sinnvoll und richtig sei. Die Stadtpolizei Bern hat sich für diese Güterabwägung entschieden und einen Versuch gewagt. Herr Vollmer und ich hatten eine klare Dead line. Ca. um 9.00 Uhr haben wir gesagt: Bis um 12.00 Uhr schauen wir noch zu, das können wir verantworten; aber nachher ist Schluss, ausser es fällt Euch etwas ein. Und diese Frist haben die Kurden genutzt, um eine Lösung vorzuschlagen, die eine gewaltfreie Beendigung der Demonstration möglich gemacht hat. Die Polizeibehörden der Stadt Bern haben hier ihren Ermessensspielraum genutzt und den bekannten Lösungsvorschlag gemacht.

**Frey Walter:** Haben Sie nicht auch das Gefühl, das man hier etwas, das aussenpolitisch von grosser Relevanz ist, an die Stadtpolizei delegiert und dass dadurch eine für alle Beteiligten unbefriedigende Situation entsteht, die man wieder einmal diskutieren muss?

**Meier:** Ich bin mit Ihnen völlig einverstanden; das ist nicht die einzige Kuriosität, die wir angetroffen haben. Ich darf Sie noch auf etwas hinweisen: Die Vorkommnisse um die türkische Botschaft z. B. untersucht der Kanton Bern, die Kurden, die verhaftet wurden, dagegen untersucht die Bundesanwaltschaft. Das ist eigentlich völlig falsch und sollte gerade umgekehrt sein. Ich sage es noch einmal: Es gibt hier gewisse Graubereiche, Ermessensspielräume. Es war nicht einfach, und

wir haben uns entschlossen, das Risiko einzugehen. Dabei wussten wir, dass wir am Schluss möglicherweise noch Prügel beziehen. Wir haben uns gesagt, dass sich das lohnt, wenn es gelingt, die Sache anständig und ohne Gewaltanwendung zu lösen. Das war unser einziges Motiv. Aber ich bin sicher, dass es immer einen Graubereich geben wird, der der Interpretation bedarf und der politischen Verantwortung, die gewisse Leute übernehmen oder nicht übernehmen.

**Walpen:** Das ist nicht eine Delegation des Bundesrates, sondern eine Delegation aufgrund unserer Rechtsordnung. Wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie die Rechtsordnung ändern. Der Bundesrat hat hier keine Entscheidungsbefugnis.

**Präsident:** Diese letzte Feststellung ist entscheidend: Aufgrund der bestehenden Rechtsordnung kann man nicht plötzlich bei einer Demonstration sagen, jetzt müsse der Bundesrat entscheiden, ob sie verboten werden soll.

**Walpen:** Wir haben auch keinerlei Mittel, um einen derartigen Ordnungsdienst vollziehen zu können.

**Frau Haller:** Wir können uns natürlich nicht überall auf der Welt unserer föderalistischen Strukturen rühmen und dann dort, wo dieser Föderalismus zum Tragen kommt, plötzlich in einem ersten Fall sagen, jetzt müsse für alles der Bund zuständig sein. Ich bin froh, dass wir so feingliedrige föderalistische Strukturen haben, und manchmal bin ich geradezu stolz darauf.

**Frey Walter:** Dass die Bewilligung der Demonstration in der Kompetenz der Stadtpolizei lag, die ihren Spielraum geschickt ausgenutzt hat, ändert nichts an der Tatsache, dass es von einem bestimmten Zeitpunkt an eine nicht bewilligte Demonstration war und an der Frage, ob ein Parlamentarier da eingreifen darf.

**Präsident:** Für uns stellt sich jetzt die Frage des weiteren Vorgehens.

**Fischer Theo:** Ich wäre froh, wenn wir die Öffentlichkeit noch heute orientieren könnten.

**Mühlemann:** Wir hatten eine erspriessliche und äusserst konstruktive Diskussion. Ich würde es begrüssen, wenn heute Abend unser Präsident oder Vizepräsident sich am Fernsehen zu dieser Frage äussern würde. Es wird allerdings nicht einfach sein, weil wir ja keine Schlussfolgerungen gezogen haben. Vielleicht wäre eine schriftliche Mitteilung an die Medien besser. Herr Oehler, ich habe Herrn Vollmer nie angegriffen, sondern nur den Präsidenten. Ich begreife zwar, dass Herr Vollmer Rückendeckung brauchte; aber der Präsident hätte nicht selber bei einem informellen Gespräch dabeisein dürfen, bei dem man nicht weiss, wer auf kurdischer Seite dabei ist. Sie haben gehört, was über die PKK gesagt wird: das ist eine stalinistische Terrororganisation. Ich hätte es begrüsst, wenn dieses informelle Gespräch erst nach unserer Sitzung stattgefunden hätte.



**Präsident:** Die Medien sind offensichtlich sehr interessiert am Verlauf unserer Sitzung. Wir haben nun drei Möglichkeiten: überhaupt nichts tun, eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, oder eine Pressekonferenz zu veranstalten. Nichts tun halte ich für die dümmste Lösung, ein Communiqué hat den Nachteil, dass der Präsident trotzdem noch x-mal Auskunft geben muss. Ein Communiqué könnte in etwa folgendes enthalten: 1. Gewaltsame Auseinandersetzungen hier sind nicht akzeptabel. 2. Wir verurteilen, dass aus Botschaften geschossen wird, wir wollen aber auch nicht, dass Botschaften angegriffen und Hausfriedensbruch begangen wird. 3. Es ist eine ausserordentliche Situation entstanden, weil ein Mensch erschossen worden ist. 4. Daher ist die Sache für die Schweiz nicht erledigt, und die APK fordert den Bundesrat auf, alles daran zu setzen, dass die Verantwortlichen entweder in der Türkei oder in der Schweiz zur Verantwortung gezogen werden können. 5. Wir unterstützen den Bundesrat in seiner bisherigen Politik. - Auf die Frage, wer mit den Kurden gesprochen habe, würden wir darauf hinweisen, dass es keine offizielle, sondern eine informelle Delegation der Kommission war. Die Kommission hat erkannt, dass das Kurdenproblem besteht, kann aber im Moment nicht dazu Stellung nehmen. - Ich schlage Ihnen die Abhaltung einer Pressekonferenz vor; dann haben wir Ruhe.

**Frau Segmüller:** Ich möchte den Präsidenten ermuntern, in diesem Sinne der Presse Rede und Antwort zu stehen.

**Vollmer:** Ich bin weitgehend einverstanden mit dieser Zusammenfassung. Der Präsident soll in seiner Funktion als Präsident seine Äusserungen machen; es braucht nicht ein von uns abgesegneter Beschluss zu sein, was er vertreten wird. Die Schlüsselfrage wird wohl sein, welche Anliegen die Kurden vorgebracht haben. Wie trägt der Präsident diese Botschaft weiter?

**Präsident:** Wenn danach gefragt wird, kann man das sagen, was sie uns vorgetragen haben.

**Frey Walter:** Wenn wir das machen, dann werden - nach allen Gesetzen der Public Relation und der Werbung - zukünftige Pressure groups genau das gleiche Vorgehen wählen, wenn Sie wünschen, dass ihre Forderungen in den Medien verbreitet werden. Ich würde ein einfaches Communiqué im Sinne, wie Sie es vorgetragen haben, abgeben und allenfalls noch ein paar Fragen beantworten; aber unsere Kommission darf nicht Hand bieten für Werbung für Pressure groups.

**Oehler:** Ich möchte Herrn Walter Frey bestärken. Wenn wir anders vorgehen, laufen wir Gefahr, die PKK umschreiben und qualifizieren zu müssen, und diesbezüglich habe ich eine andere Meinung als einige Kommissionsmitglieder hier. Ich beantrage Ihnen, dass der Präsident die Pressekonferenz jetzt durchführt.

**Präsident:** Eine Möglichkeit ist auch, dass wir nur sagen, wir hätten die Kurden angehört, und was diese gesagt hätten, solle man sie selber fragen.

**M. Tschopp:** Je vous prie de ne pas dire ce que la délégation kurde vous a dit puisque nous avons constaté que le rôle de ce

groupe informel était plus d'informer le chef du DFAE que de négocier directement. Je pense que l'on a tort de ne parler que de ce Kurde mort et d'oublier les blessés. Dans l'évaluation de la gravité de cet incident il faut insister sur les blessés, sur lesquels il y a eu actes délibérés. Il faut préciser que nous ne tolérons pas que l'on tire sur des gens.

**Moser:** Ich ziehe meinen Antrag, den türkischen Botschafter des Landes zu verweisen, formell zurück.

**Frau Bär:** Wir machen nicht eine PR-Übung, wie Herr Frey Walter sagt, denn es geht hier nicht um den Verkauf von Toyota und Subaru. Einen Punkt möchte ich präzisieren: Man hat jetzt immer gesagt, wir hätten mit der PKK gesprochen. Das ist eine gefährliche Formulierung. Wir haben mit Mitgliedern des Kurdistankomitees gesprochen, mit vier Einzelpersonen, die sich nicht zur PKK bekannt haben. Wir dürfen nicht alles in einen Topf werfen: es gibt Tausende von Kurden in Europa, die nicht terroristisch sind.

**Präsident:** Ich meinte eigentlich, die Kommission wolle einfach das unterstützen, was der Bundesrat will.

**Frau Bär:** Ich möchte, dass die Kommission nicht nur den Bundesrat unterstützt, sondern dass sie fordert, dass man alle Möglichkeiten ausschöpft, um diesen Anschlag zu verurteilen.

**Frau Grendelmeier:** Es muss betont werden, dass wir das unterstützen, was Herr Bundesrat Cotti hier gesagt hat, nämlich, dass die Sache für ihn nicht erledigt ist und dass er weitere Schritte zu unternehmen gedenkt.

**Frau Bäumlín:** Ein wichtiger Punkt, auf den die Kommission hinweisen sollte, scheint mir, dass jetzt nach politischen Lösungen für das Kurdenproblem gesucht werden muss.

**Vollmer:** Der Präsident hat zu Recht gesagt, wir hätten keine Beschlüsse gefasst. Gerade deshalb ist es falsch, als Schlussfolgerung einfach zu sagen, wir unterstützten den Bundesrat. Wir haben in einzelnen Voten bestimmte Positionen des Bundesrates gestützt.

**Frau Haller:** Der beste Weg scheint mir, nur über Tatsachen zu informieren. Es wurden hier verschiedene Meinungen zur Kurdenfrage geäußert, aber eine Einigung ist nicht erfolgt. Einig sind wir uns darin, dass die Sache weiterverfolgt werden muss.

**Präsident:** Ich danke für dieses Votum. Ich habe in meinem Entwurf versucht, die Punkte zusammenzufassen, in denen wir uns einig sind. Was darüber hinaus geht soll nicht Erwähnung finden.

**Frau Nabholz:** Ich glaube nicht, Herr Präsident, dass Sie den Medienvertretern auf eine Frage nach dem Inhalt des Gesprächs mit den Kurden einfach sagen können, sie sollten diese selber fragen. Im übrigen sind ja diese Punkte mehr oder weniger bekannt. Wurde eigentlich zwischen den Leuten, die an diesem

Gespräch teilgenommen haben, irgend etwas abgesprochen? Man kann einfach sagen, dass es sich um die bekannten Forderungen handelt; damit vergeben wir uns nichts.

Wir haben darüber gesprochen, dass es für viele Leute nicht nachvollziehbar ist, dass man in diesem Falle den Schützen nicht einfach belangen kann, wie dies sonst möglich ist. Wir sollten daher auch auf die völkerrechtlichen Spielregeln, die dem Bundesrat die Hände binden, hinweisen und sagen, dass das die Sache erklärt, dass sie damit aber nicht erledigt ist.

**Präsident:** Frau Nabholz, selbstverständlich wurden keine Absprachen getroffen - dazu hätten wir kein Recht gehabt. Wir haben die kurdische Delegation nur angehört.

**Meier:** Morgen um 08.00 Uhr wird Herr Bundesrat Cotti wieder da sein und über das weitere Vorgehen orientieren.

**Walpen:** Zur Frage der Rechtshilfe möchte ich Sie bitten, sich hier keinen Illusionen hinzugeben. Wir können zwei Dinge machen: 1. Ein Auslieferungsbegehren für die drei Personen stellen. Die Türkei liefert, genau wie die Schweiz, keine eigenen Staatsangehörigen aus. Somit fällt diese Möglichkeit weg. - 2. Ein Strafübernahmebegehren stellen, d. h. die Türkei ersuchen, diese drei Personen in der Türkei abzuurteilen. Diese Möglichkeit wird zurzeit geprüft. Wenn überhaupt, werden wir dies erst dann machen, wenn wir noch vermehrt Informationen und eine erhärtete Situation haben, weil dann unsere Position besser ist.

**Präsident:** Ich schlage vor, dass ich jetzt die Presse orientiere.

So beschlossen.

Die Kommission unterbricht die Behandlung dieses Traktandums.

6. Juli 08.00 Uhr

Fortsetzung der Behandlung des Traktandums 1

M. Cotti, conseiller fédéral: J'avais annoncé hier à la commission qu'une nouvelle demande de levée d'immunité diplomatique avait été présentée hier par le procureur de la Confédération et par l'autorité judiciaire bernoise contre un quatrième employé de l'ambassade de Turquie à Berne. Cette personne paraît être impliquée de façon directe, comme l'atteste le texte ci-après délivré par l'autorité judiciaire en accompagnement de ladite requête: elle est "...verdächtig, mindestens einen Demonstranten mit einer Pistole Schussverletzungen beigelegt zu haben." Le Conseil fédéral a siégé hier à 5 heures et quart pour prendre une décision. La décision du Conseil fédéral s'appuie sur plusieurs points: 1) Demande au gouvernement turc de lever l'immunité dans les plus brefs délais. Notre ambassadeur à Ankara s'y emploie en ce moment même. 2) Si le gouvernement turc ne se rangeait pas à cette demande, le Conseil fédéral a décidé de déclarer ce ressortissant turc

"persona non grata", ce qui conduirait à l'éloigner de notre pays.

Le délai imparti aux autorités turques est de 24 heures. En répétant la même procédure utilisée la semaine passée, le Conseil fédéral, après discussion approfondie, a voulu marquer encore une fois le lien indissoluble qui existe entre les structures et les processus en place dans notre Etat de droit. Il s'agit pour le Conseil fédéral de permettre à la justice d'accomplir sans entrave et en toute indépendance la fonction qui est la sienne. Les personnes soupçonnées d'être impliquées dans la fusillade qui a fait des blessés et a coûté la vie à l'un des manifestants kurdes doivent se soumettre aux procédures régulières en vigueur dans notre pays. C'est pour cela que l'immunité diplomatique doit être levée.

Le Conseil fédéral ne se fait aucune illusion quant à la réaction que les autorités turques pourront avoir. Après l'expérience de la semaine passée avec les trois autres personnes impliquées, la réaction turque risque d'être la même. Cependant, le Conseil fédéral se doit de requérir la levée d'immunité -selon la procédure d'un Etat de droit- avant de pouvoir déclarer quelqu'un "persona non grata".

Le Conseil fédéral espère néanmoins vivement que la Turquie, dans son propre intérêt, qui se targue d'ailleurs d'être un Etat de droit, n'empêchera pas la justice suisse de faire la lumière, objectivement et sans aucun préjugé, sur les actes graves qui ont été commis à l'ambassade de Turquie.

Le Conseil fédéral, pour terminer, a décidé que si l'immunité diplomatique n'était pas levée pour la personne impliquée, il transmettra une note de protestation à la Turquie mettant l'accent sur les problèmes en jeu ainsi que sur les motifs de déception et d'indignation de la Suisse devant le fait que des tueries perpétrées dans des ambassades ne puissent faire l'objet d'une enquête selon le droit en vigueur.

Telle est la déclaration que je m'appête à faire dans quelques instants à la presse.

Anhang

NR Kommissionssitzung APK vom 5. Juli 1993

Antrag Moser

Der Bundesrat wird aufgefordert den türkischen Botschafter in der Schweiz des Landes zu verweisen.

Begründung persönlich.

Pressemitteilung

Die aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 5. und 6. Juli 1993 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Albrecht Rychen (V/BE) und im Beisein der Bundesräte Cotti und Stich.

Die Kommission befasste sich eingehend mit den Ereignissen vor der türkischen Botschaft in Bern vom 24.6.1993 und den seither eingetretenen Entwicklungen. Die Medien sind schon gestern Abend vom Kommissionspräsidenten über die Ergebnisse der Kommissionsberatungen zu diesem Thema orientiert worden.

Traktandiert war auch eine Orientierung über den Stand der europäischen Integration nach dem Ja Dänemarks zum Unionsvertrag von Maastricht sowie über die Entwicklung der Beziehungen Schweiz-EG.

Die Zielsetzungen der Schweiz für den Europaratgipfel vom 8./9.20.1993 in Wien waren ebenfalls Gegenstand einer Aussprache. Die Kommission misst dem Gipfel grosse Bedeutung im Zusammenhang mit der Verstärkung der Stellung des Europarates als wichtiger Teil der "Europäischen Architektur" zu. Die Kommission wird sich anlässlich ihrer Sitzung von Ende August 1993 noch einmal mit diesem Thema befassen.

Nach der Ankündigung eines schweizerischen Beitrages aus dem Osthilfekredit an ein vom IWF und der Weltbank für Kirgistan auf die Beine gestelltes Hilfsprogramm sind anlässlich der letzten Kommissionssitzung (17./18.5.1993) kritische Fragen über die Verwendung der Mittel aus dem Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten aufgetaucht. Die Kommission befasste sich demzufolge vertieft u.a. mit den Schwerpunkten der Osthilfe und den Entscheidungsabläufen innerhalb der Verwaltung sowie mit der Frage, ob die Mittel eher projektbezogen oder nichtprojektbezogen eingesetzt werden sollten. Die Kommission drückte klar den Wunsch nach einem möglichst projektbezogenen Einsatz der Mittel unter schweizerischer Kontrolle aus.

Die Kommission befasste sich ebenfalls mit den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika. Die Kommission nahm mit Befriedigung von den Erklärungen Bundesrat Cottis Kenntnis, wonach man den Entwicklungen in Südafrika grosse Bedeutung zumesse und weiterhin den Reformprozess in diesem Land mit namhaften Mitteln unterstützen werde.

3003 Bern, den 6.7.1993

Parlamentsdienste  
Fachdienst II

## COMMUNIQUE DE PRESSE

La commission de politique extérieure du Conseil national a siégé les 5 et 6 juillet 1993 à Berne, sous la présidence de M. le conseiller national Albrecht Rychen (UDC/BE) et en présence de MM. les conseillers fédéraux Cotti et Stich.

La commission a traité de façon détaillée les événements survenus à l'Ambassade de Turquie à Berne le 24 juin dernier ainsi que les développements ultérieurs. Le Président de la commission a informé les journalistes sur le résultat des délibérations de la commission à ce sujet, lundi soir déjà.

La commission a également été informée sur l'état de l'intégration européenne après le oui du Danemark au Traité d'union de Maastricht ainsi que sur le développement des relations Suisse-CE.

Les objectifs de la Suisse au Sommet du Conseil de l'Europe des 8 et 9 octobre 1993 à Vienne ont également fait l'objet d'une discussion. La commission considère ce Sommet d'une très grande importance pour le renforcement de la position du Conseil de l'Europe comme partie prenante à la construction de l'Europe. La commission reviendra sur ce Sommet lors de sa prochaine séance, fin août.

Après l'annonce d'une participation financière suisse, provenant du crédit d'aide aux pays de l'Est, au programme d'assistance pour le Kirghizistan, mis sur pied par le Fonds Monétaire International et la Banque mondiale, des questions critiques avaient été posées lors de la dernière séance du 17 et 18 mai 1993 sur l'utilisation des moyens du crédit-cadre pour la continuation de la collaboration avec les pays d'Europe centrale et orientale. La commission a poursuivi la discussion, entre autres, sur les points principaux de l'aide aux pays de l'Est et sur les processus de décision au sein de l'administration, ainsi que sur la question de savoir si les moyens devraient être utilisés pour des projets spécifiques ou non. La commission a clairement exprimé le désir que, autant que possible, les moyens soient utilisés pour des projets spécifiques sous contrôle suisse.

Les relations de la Suisse avec l'Afrique du Sud sur le plan politique, économique et militaire ont également été abordées. La commission s'est montrée satisfaite des explications de M. le conseiller fédéral Cotti, selon que l'on attache une grande importance aux développements de l'Afrique du Sud et que l'on continue de mettre à disposition des moyens considérables pour soutenir le processus de réforme.

Berne, le 6 juillet 1993

Services du Parlement  
Service spécialisé II

3003 Bern, 10. August 1993

**NATIONALRAT**  
Aussenpolitische Kommission

---

TEILPROTOKOLL 1 der Sitzung vom 5./6. Juli 1993,  
14.30 - 21.20 und 08.00 - 12.30 Uhr,  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4

TAGESORDNUNG 3. Europäische Integration (EG)  
(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR 3. Intégration européenne (CE)  
(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-  
verbal principal)

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bäumlín, Berger, Caccia (ersetzt am  
6.7. durch Darbellay), Columberg, Eggly (er-  
setzt durch Gros Jean-Michel), Fischer-  
Hägglín, Frey Walter, Grendelmeier,  
Haller, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler,  
Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,  
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 5.7. durch  
Stamm Luzi), Zbinden Hans, Ziegler Jean

Entschuldigt: Maitre

Weitere Teilnehmer:  
Staatssekretär Kellenberger, EDA  
Botschafter Spinner, Integrationsbüro,  
EDA/EVD  
H. Frunz, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, B. Pitteloud

Protokoll: I. Stauffer (d), G. Québatte (f,  
5.7.), H. Baessler (f, 6.7.)



### 3. Europäische Integration (EG)

**Kellenberger:** Zuerst einige Bemerkungen über den allgemeinen Stand der Integration. Anschliessend werde ich etwas detaillierter auf den Europäischen Rat in Kopenhagen eingehen. Botschafter Spinner wird Sie anschliessend über den Besuch der Bundesräte Cotti und Delamuraz in Brüssel orientieren.

*Allgemeiner Stand der Integration:* Ganz im Vordergrund steht die Tatsache, dass der Maastrichter Vertrag in einer zweiten Abstimmung vom dänischen Volk deutlich gutgeheissen wurde, 56,8 Prozent waren dafür und 43,2 Prozent dagegen. Eindrücklich war die hohe Stimmbeteiligung von 86 Prozent. Damit ist der Vertrag noch nicht von allen EG-Mitgliedstaaten ratifiziert, aber es ist ganz klar, dass mit dieser zweiten Abstimmung - zu deren Resultat die Gemeinschaft mit einer gewissen Flexibilität in bezug auf Dänemark beigetragen hat - ein wichtiger Schritt getan worden ist. Es fehlen noch zwei Staaten: Deutschland hat noch nicht ratifiziert, weil dort vor dem Bundesverfassungsgericht zwei Beschwerden gegen den Ratifikationsbeschluss des Bundestages noch hängig sind. In Grossbritannien hat das Unterhaus den Maastrichter Vertrag jetzt eindeutig genehmigt, aber das Oberhaus hat ihm noch nicht zugestimmt. Aus heutiger Perspektive darf man aber annehmen, dass auch das Oberhaus den Vertrag akzeptieren wird. Die Gemeinschaft wird wohl aus der ganzen Diskussion in Folge des ersten dänischen Neins etwas verändert hervorgehen. Ganz sicher hat die Diskussion um dieses Nein dazu geführt, dass das Bewusstsein der Dringlichkeit einer Gemeinschaft, die stärker nach dem Subsidiaritätsprinzip arbeitet und die versucht, eine bürgernahe Politik zu betreiben, ganz allgemein zugenommen hat.

*Europäischer Rat von Kopenhagen vom 21. /22. Juni 1993:* Es ist eigentlich interessant, dass am Europäischen Rat von Kopenhagen kaum mehr über den Maastrichter Vertrag diskutiert wurde. Im Mittelpunkt waren die folgenden Themen: Wie kann das Wachstum verbessert, und wie kann die Arbeitslosigkeit abgebaut werden? Herr Delors hat in einem Achtpunkteplan mittel- und langfristige Massnahmen vorgeschlagen. Es wurde stark unterstrichen, dass der Binnenmarkt, dort, wo er noch nicht vollendet ist, jetzt rasch vollendet werden sollte. Nicht vollendet ist er insbesondere noch in den Bereichen des Gesellschaftsrechts, des geistigen Eigentums und im Steuerbereich. Dann hat die Gemeinschaft die grosse Bedeutung in Erinnerung gerufen, die sie den GATT-Verhandlungen beimisst. Zur Erweiterung - und das war eigentlich eher überraschend -: die Gemeinschaft hat unterstrichen, dass in den Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen gute Fortschritte erzielt worden sind. Zum Ziel für die nächste Erweiterung hat sie sich den 1.1.1995 gesetzt. Es ist klar, dass in diesen Beitrittsverhandlungen noch ein grosses Wegstück zu gehen ist. Es ist auch klar, dass über ganz wichtige, heikle Themen heute noch nicht verhandelt wird; ich möchte aber trotzdem daran erinnern, dass in 21 von 29 Verhandlungskapiteln die Verhandlungen bereits eingeleitet sind. Zu den wichtigsten Bereichen, wo die Verhandlungen noch kaum begonnen haben, gehören die Landwirtschafts- und Regionalpolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Vertretung dieser Länder in den Organen, das Budget und natürlich auch wichtige

Einzelprobleme wie der Transit für Österreich. Interessant war, dass der Europäische Rat in Kopenhagen anerkannt hat, dass der Beitritt der zentral- und osteuropäischen Länder ein gemeinsames Ziel sein soll, wobei es klar ist, dass diese Länder gewisse Bedingungen erfüllen müssen. Das war für die sechs zentral- und osteuropäischen Staaten, die mit der EG ein Europaabkommen abgeschlossen haben, ein zentrales Ziel.

Dann hat die Gemeinschaft noch kurz über den Pacte de stabilité von Premierminister Balladur gesprochen. Weitere wichtige Themen waren Russland, Ex-Jugoslawien und die bürgernahe Politik.

**Spinner** zum Besuch der Bundesräte Cotti und Delamuraz in Brüssel: Ich möchte darauf hinweisen, dass das Integrationsbüro Ihnen aufgrund des neuen Artikels 47bis GVG einige Dokumente geliefert hat, die unter dem speziellen Schutz der Vertraulichkeit stehen. Wenn die Situation in der Schweiz als eine Art gespannter Ruhe beschrieben werden kann, so kann die Situation in Brüssel als eine Art freundschaftliches Desinteresse bezeichnet werden. Es ist gerade dieses Desinteresse, das wir nun in den Hauptstädten und in Brüssel seit Monaten zu stören und in ein Interesse umzuwandeln versuchen, damit wir unsere Desiderata, aber auch unsere Stärken, an den Mann bzw. die Frau bringen können. Aus dieser Optik war es ausserordentlich wichtig, dass die Bundesräte Cotti und Delamuraz diesen Besuch im Juni in Brüssel gemacht haben und damit die Schweiz auf die Tagesordnung der EG-Kommission stellten, damit dadurch auch ein gewisser Druck nach unten, in die Dienste der Kommission, ausgelöst würde. Den Bundesräten Cotti und Delamuraz ging es darum, bei all diesen Mitgliedern der Kommission in einer Gesamtsicht die Anliegen der Schweiz, die schweizerische Situation, klarzumachen, damit in der Gemeinschaft die Bereitschaft steigt, Vorschläge für Verhandlungsrichtlinien so schnell wie möglich den zuständigen Ministerräten vorzulegen. Die Reaktionen auf Kommissionsseite haben gezeigt, dass die Lagebeurteilung in der Schweiz und bei der Kommission nicht sehr verschieden ist.

Das Resultat kann wie folgt beschrieben werden: Auf der Seite der Gemeinschaft - Kommission und Mitgliedstaaten - ist die Bestandesaufnahme der Offensivinteressen noch nicht abgeschlossen. Die Interessen der Schweiz, die Gebiete, die wir als prioritäre Verhandlungsgegenstände angemeldet haben, sind bekannt, sie werden analysiert und in Rechnung gestellt. Die Kommissionsvertreter haben uns gesagt, dass die Position der Gemeinschaft eine Position sei, die gegenüber Drittstaaten definiert werde, d. h., dass eine genaue Abwägung der Interessenlage von Fall zu Fall stattfinde und dass insgesamt die verschiedenen Verhandlungsgegenstände in ein Bündel zusammengefasst würden, um die Interessenlage zu klären. Das Bündel müsse aber nicht einer Philosophie entsprechen, dazu gäbe es keinen Platz - es gebe schon genug Philosophien -, es gehe ganz pragmatisch um Interessen. Dass dabei insbesondere in den wirtschaftlichen Bereichen, in den Freihandelsbereichen, die Marktgrösse eine Rolle spiele, wurde uns wiederholt gesagt, d. h., dass in jedem einzelnen Fall die Marktgrössen miteinander verglichen würden. Insbesondere von Kommissionspräsident Delors wurde uns auch gesagt, dass die kulturellen

und die erziehungspolitischen Bereiche, wo wir Offensivinteressen hätten, allenfalls einen anderen Stellenwert hätten als die Integrationsbereiche, dass also eine gewisse Kategorisierung der Verhandlungsanliegen der Schweiz durchaus möglich und wahrscheinlich sei. Konkret wird nun die Gemeinschaft in Brüssel mit den Mitgliedstaaten zusammen diese Auflistung unserer Verhandlungsbegehren und die Auflistung der Verhandlungsbegehren seitens der EG-Staaten und der EG vornehmen, und zwar per Ende September, wenn im Verkehrsministerrat über das Verhandlungsmandat für die Aufnahme von Verkehrsverhandlungen mit der Schweiz entschieden werden soll. Bei diesem Entwurf für die Verhandlungsrichtlinien im Verkehrsbereich soll dann, als Beilage sozusagen, ein Gesamtbündel von Verhandlungsgegenständen definiert werden. Es ist zu erwarten - so wurde uns bestätigt -, dass dann dieses Paket hinuntergeschickt wird in die sogenannten Ratsgruppen, wo dann die Mitgliedstaaten dieses Gleichgewicht konkret prüfen und bearbeiten. Im Oktober oder November dann fallen vielleicht die Entscheide, in welchen Bereichen Verhandlungen aufgenommen werden können.

Bei unseren bilateralen Besuchen in den Hauptstädten versuchen wir immer wieder, auf allen möglichen Ebenen herauszufinden, was von uns erwartet wird, welches die Verhandlungsbegehren sind. Es ist sehr schwierig, hier darüber zu berichten - es geht ja nicht an, dass wir die anderen auf dumme Ideen bringen -; aber es kann schon gesagt werden, dass in den Bereichen Zugang zum schweizerischen Markt für Landwirtschaftsgüter und Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt und im Bereich der Zusammenarbeit der Amts- und Rechtshilfe sich gewisse Begehren vorbereiten. Auch zwei oder drei konkrete Anliegen für den Zugang zu den öffentlichen Märkten in Grenzregionen sind bekannt, insbesondere aus Deutschland.

Ich möchte Ihnen nicht verschweigen, dass unsere Bundesräte mit den EG-Kommissionsmitgliedern nicht nur diese bilateralen Fragen besprochen haben, sondern dass neben diesem zentralen Punkt auch ein Informationsaustausch über die grossen Probleme, die die Gemeinschaft beschäftigen, stattgefunden hat.

*Zur Situation im Bereich der bilateralen sektoriellen Verhandlungsanstrengungen:* Sie haben eine Liste erhalten mit den Bereichen, in denen wir konkret formelle Verhandlungen beantragt haben. Wir haben in allen diesen Bereichen diese Anträge begründet, unterstützt, mündlich und mit Gesuchen, und wir haben bei den Fachleuten auf der anderen Seite immer wieder Verständnis gefunden, immer unter dem Vorbehalt des Interessengleichgewichts des gesamten Pakets. In keinem dieser Bereiche laufen formelle Vertragsverhandlungen. Hingegen führen wir in drei Bereichen Vorgespräche im Hinblick auf Vertragsverhandlungen. Vorgespräche können sehr weit gehen; sobald dann das Mandat erteilt ist, können Vorgespräche sehr schnell zu einem unterzeichnungsreifen Vertrag führen. Es handelt sich hier um die Verkehrsbereiche - Luft- und Landverkehr -, die Forschung, d. h. die Beteiligung der Schweiz am 4. Forschungsrahmenprogramm der Gemeinschaft, und den Mediabereich.

Zum Verlauf der Vorgespräche im Bereich Luftverkehr: Das zweite und wahrscheinlich letzte Vorgespräch hat vor etwa 14 Tagen hier in Bern stattgefunden. Es ging auf unserer Seite vor allem darum, das Gras wachsen zu hören in bezug auf die institutionellen und rechtlichen Fragen, die sich in einem solchen Luftverkehrsabkommen stellen könnten. Es hat sich gezeigt, dass es sich hier um einen Integrationsbereich handelt, d. h. die Rechtsharmonisierung ebenso wie die wettbewerbsrechtlichen Fragen im Zentrum stehen. Wir haben dann hören müssen, dass für die Anwendung und Überwachung dieser harmonisierten Wettbewerbsregeln die EWR-Institutionen natürlich nicht mehr zur Verfügung stünden und dass andererseits die institutionellen Regeln, wie sie z. B. im Freihandelsabkommen stehen, ungenügend wären, so dass im jetzigen Moment der Reflexion auf EG-Kommissionsseite doch daran gedacht werde, die EG-Institutionen auch für diesen auf die Schweiz ausgedehnten Bereich ins Verhandlungsmandat aufzunehmen und durch den Ministerrat absegnen zu lassen. Wir haben sehr stark versucht, hier zu dämpfen; wir haben darauf hingewiesen, dass wir natürlich ganz andere Voraussetzungen mitbringen, um diesem Respekt des gemeinsamen Rechts Nachachtung zu verschaffen. - Ich wollte Sie darüber informieren, dass hier Dinge auf uns zukommen - in diesem Rahmen darf ich das sagen -, die wir in bezug auf ihre politische Tragweite nicht unterschätzen dürfen.

**Frey Walter:** Es ist schade, dass Herr Bundesrat Cotti nicht hier ist, denn ich hätte ihm gerne gesagt, dass ich mit der generellen Haltung des Integrationsbüros, wie ich sie subjektiv empfinde, nicht zufrieden bin. Diese generelle Haltung liest sich auch sehr leicht aus dieser vertraulichen Notiz über die schweizerische Integrationspolitik. Ein paar Beispiele:  
1. Obwohl dieses Papier am 30. Juni abgefasst wurde, ist auf Seite 3 nichts darüber enthalten, dass die Verkehrsminister der Kommission den Auftrag gegeben haben, das Verhandlungsmandat über das Luftverkehrsabkommen vorzubereiten. Darüber wurden wir erst heute informiert, in dem neuen Dokument über die bilateralen Verhandlungen vom 2. Juli.

2. Herr Bundesrat Delamuraz hat schon einmal angeführt, dass jetzt allen Ernstes eine wissenschaftliche Studie über die Auswirkungen des Nichtbeitritts der Schweiz zum EWR gemacht werden soll. Dies wird etwa so schwierig sein wie vor der Abstimmung zum EWR, als sich die Experten darüber gestritten haben, wie hoch die Zinsen werden, wenn wir nicht beitreten. Auf Seite 6 des Papiers vom 30. Juni wird unter "Erfolgsaussichten" davon gesprochen, dass solche Abkommen die Schweiz etwas kosten, aber davon, was es die Gemeinschaft kosten würde, die sehr guten Beziehungen mit der Schweiz nicht mehr zu haben, ist nicht die Rede. Auch da wurde das nachgereichte Papier wieder etwas konkreter, indem wenigstens die Aussenhandelsbeziehungen in Zahlen dargestellt werden, die uns als zweitbesten Kunden der EG ausweisen. In keinem Papier wird die sehr interessante Tatsache erwähnt, dass die Schweiz immerhin 725'000 EG-Bürgern Arbeitsplätze verschafft - es sei denn, sie zahle jetzt inzwischen das Arbeitslosengeld für diese Arbeitsplätze. Wenn man gebündelt verhandeln will, dann gehört das meiner Meinung nach stark ins Argumentarium der Schweiz, weil auch hier eine ausserordentliche Ungerechtigkeit besteht,

indem die Schweiz bedeutend mehr EG-Bürger beschäftigt als das umgekehrt der Fall ist.

Auf Seite 8 des Papiers vom 30. Juni ist davon die Rede, dass auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Schweiz Rücksicht zu nehmen sei. Heisst das, dass wieder Meinungsumfragen gemacht werden sollen, nachdem das Volk am 6. Dezember 1992 entschieden hat? Und soll etwa gestützt auf solche Umfragen dem Bundesrat empfohlen werden, das EG-Beitrittsgesuch wieder zu aktivieren?

Sie haben sachlich und faktisch richtig festgestellt, dass bei der EG, vor allem bei den politischen Vertretern, vielleicht weniger bei den europäischen Beamten, absolut ein Interesse besteht, mit der Schweiz bilateral weiterhin sehr gute Beziehungen pflegen zu können. Es ist jetzt an Ihnen, nicht permanent eine Defensivstrategie zu führen, sondern zu versuchen, auch einmal die Sonnenseiten der Schweiz in den Vordergrund zu rücken. Dies, meine sehr verehrten Herren, ist Ihnen bis jetzt einfach nicht gelungen, und das tut mir sehr leid. Mit dieser Defensivhaltung verunsichern Sie weiteste Bevölkerungskreise und tragen Mitverantwortung für einen Teil der sehr rezessiven Phase der Wirtschaft, denn verunsicherte Unternehmer und verunsicherte Konsumenten investieren nicht. - Wenn das Volk einen Entscheid gesprochen hat, wäre es doch an der Zeit, nicht nur von Optionen zu sprechen, sondern zu sagen: Wir haben jetzt den bilateralen Weg vor uns, und wir machen etwas Positives daraus. Wir haben auch etwas Positives in die Waagschale zu werfen. Ich danke Ihnen für die Auslegeordnung, die Sie gemacht haben, und hoffe, dass Sie jetzt von der defensiven langsam zur offensiven Phase übergehen.

**Mühlemann:** Im Gegensatz zu Herrn Walter Frey bin ich der Ansicht, dass wir zwei wertvolle Dokumente erhalten haben. Ich teile mit ihm die Ansicht, dass die offiziellen Stellen offensiver sein sollten. Die Bemerkung, dass man in Brüssel eher gelangweilt der Schweiz gegenüberstehe, stimmt aufgrund meiner Erfahrungen nicht. Vielmehr ist es so, dass die Kommissare auf unsere Vorschläge warten. Die aktive Politik müsste darin bestehen, dass das, was hier vorgezeichnet ist, rasch vorangetrieben wird. Aber, Herr Walter Frey, wir wollen doch mit Befriedigung feststellen, dass hier völlig pragmatisch klar gesagt wird: Kurzfristig gibt es jetzt nur den bilateralen Weg. Und dann wird klar gesagt, was mittel- und langfristige Möglichkeiten sind. Das ist eine vernünftige Prioritätenordnung, und ich freue mich auch, dass zum ersten Mal neue Bezeichnungen pragmatischer Art auftauchen: man spricht von einem Liberalisierungsabkommen. Die nächste EWR-Abstimmung muss mit einem anderen Namen geführt werden, etwa Liberalisierungsabkommen 94 oder etwas Ähnliches. Es wird auch von einem Kooperationsabkommen gesprochen, das ich als Forschungskooperationsabkommen bezeichnen würde, und von einem Transportabkommen. Das sind drei vernünftige Wege, die man jetzt gehen muss. Und dann glaube ich auch, dass man bei den Erfolgsaussichten ruhig etwas optimistischer sein könnte und eben die Stärken der Schweiz einbringen sollte. Man sollte auch nicht immer vom "Preis" für unsere Wirtschaft sprechen, sondern müsste vermehrt von Investitionen reden. Wir investieren etwas in ein solches Liberalisierungsabkommen, und das kommt wieder zurück.

Zugegeben, im politischen Bereich müsste man weiterhin von Preis sprechen, dort werden wir einen Preis bezahlen müssen, und wir werden auch einen finanziellen Preis bezahlen müssen für das EWR-Nein. Das kann niemand bestreiten.

Im Bericht des Integrationsbüros vom 30. Juni 1993 wird der kleine Grenzverkehr zwar erwähnt - man sollte dabei nicht nur das Postulat Onken und die Motion Schüle erwähnen, sondern auch die Motion, die der Nationalrat anlässlich der Aprilsession 1993 überwiesen hat -, aber ich vermisse die Massnahmen. In Brüssel können wir vielleicht wenig ausrichten, aber in den grenznahen Gebieten können wir heute schon in Verhandlungen eintreten, wenn wir den Grenzkantonen gewisse Kompetenzen geben. Ich erwähne nur drei Bereiche, die dringend einer Lösung bedürfen: 1. Der Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, wo wir einfach keine europakompatiblen Verhältnisse haben: Man könnte hier relativ leicht bilateral für die Grenzräume etwas aushandeln. 2. Die Zusammenarbeit in der Ausbildung: Es kann nicht sein, dass zwar ein schweizerischer Maturand Zugang hat zu einer ausländischen Hochschule, aber ein praktischer Student keinen Zugang zu einer Fachhochschule. 3. Der Verkehr: Es kann doch nicht sein, was die Bundesbahnen jetzt gemacht haben, nämlich die Schliessung ausgerechnet des einzigen Cargo-Domizil-Zentrums, das direkt eine Schnittstelle in einer Regio wäre, an der Landesgrenze Romanshorn. Oder man denke daran, wie einige Grenzübergänge sträflich vernachlässigt werden.

Generell kann man dieser Vorgehensweise zustimmen - mit etwas mehr Courage wäre wahrscheinlich mehr zu erreichen. Das Schwierigste fehlt, nämlich die Frage des schrittweisen Vorgehens hin zu dem ersehnten letzten Ziel, das viele von uns nicht aus den Augen verloren haben, die politische Union Europa. Der Maastrichter Vertrag hat eine ungeheure Hypothek, das politische Versagen Europas in Jugoslawien. Der wirtschaftliche Anschluss kann gefunden werden, der politische Weg dagegen ist noch sehr weit. Diese Aspekte fehlen in diesem Bericht, müssten aber wohl vom EDA behandelt werden und nicht von Ihnen, Herr Spinner.

**Präsident:** Ich gebe das Wort Herrn Vollmer und bitte ihn, unsere Kommission auch über die Aussprache der Efta-Parlamentarier zu orientieren.

**Vollmer:** Unsere Kommission ist ja mit Frau Segmüller, Herrn Wyss und mir in diesem Efta-Parlamentarierausschuss vertreten. Ende Juni fand in Bergen eine Sitzung statt. Diese Sitzung war insofern bedeutungsvoll, als zum ersten Mal das Parliamentary Joint Committee getagt hat, das gemeinsame Organ von EG- und Efta-Parlamentariern, die nun in einem gemeinsamen EWR-Parlamentarierkomitee verschmolzen werden. Da wächst ein neuer parlamentarischer Körper; die inhaltlichen Beratungen waren insofern nicht von grosser Bedeutung, als man sich erst einmal über die Geschäftsordnung und die Arbeitsweise unterhalten hat. Für uns war es von nicht geringer Bedeutung, als man in diesem Bereich der parlamentarischen Zusammenarbeit die Mitwirkung der Schweiz anerkannt hat. Man will uns einen Beobachterstatus zugestehen, der auch eine aktive Teilnahme an der Diskussion zulassen soll. Wir waren sehr erfreut zu sehen, dass man uns da trotz der Nichtmitgliedschaft im EWR in diesem Joint Committee

einbezieht und akzeptiert. Von besonderer Bedeutung für unsere integrationspolitischen Bemühungen ist, dass man in diesem EWR-Komitee auch Fraktionen gebildet hat und über die Fraktionen versucht, eine kohärentere Politik zu machen. Wir stehen also nicht mehr einfach als Länder einander gegenüber, sondern über die parlamentarischen Gruppen gibt es eine neue Kohäsion der gemeinsamen Tätigkeit. Das war an diesem Treffen in Bergen sehr deutlich zu spüren. Die anderen Länder, sowohl die Efta- wie die EG-Partner, erwarten, dass die Schweiz sich nicht einfach auskoppelt, sondern die Möglichkeiten nutzt, um möglichst rasch den Anschluss an Europa wieder zu gewinnen. Auf parlamentarischer Ebene stehen uns die Türen offen.

Ich möchte bestätigen, was Herr Staatssekretär Kellenberger gesagt hat: Die Kulissengespäche zumindest haben gezeigt, dass heute viel weniger die Frage von Maastricht im Mittelpunkt steht, als die konkreten, wirtschaftspolitischen Fragen der Überwindung der europäischen Krise. Mir scheint es gerade angesichts dieser Perspektive naheliegend zu sein, dass wir unsere Bemühungen nicht abbrechen, sondern versuchen, möglichst intensiv mitzumachen.

Fragen: Wie schätzt man von seiten des Bundesrates die Zukunft des EWR ein? Es gibt ja Vorstellungen, die davon ausgehen, dass mit dem Übertritt wichtiger Efta-Staaten dieser EWR in seiner Substanz an Bedeutung verliert. Will der Bundesrat hier abwarten, bis wir klarer sehen, oder will er eine aktivere Politik verfolgen? - Wie schätzt der Bundesrat den Stand der Verhandlungen mit Liechtenstein ein? Auf parlamentarischer Ebene haben wir gespürt, dass die Rolle der Schweiz sehr zwiespältig eingeschätzt wird. Liechtenstein, das bereit wäre, sich stärker in Europa zu integrieren, wird durch diesen Zollvertrag mit der Schweiz im Moment daran gehindert.

Frau **Segmüller**: Ich möchte bestätigen, was Herr Vollmer gesagt hat, und die Bedeutung der uns zugestandenen Beobachterrolle unterstreichen. Dabei muss ich eine Einschränkung machen: Die EG-Seite muss natürlich diese Beobachterrolle durch das Europäische Parlament absegnen lassen, und das wird dann stattfinden, wenn der EWR in Kraft tritt. So gesehen, müssen wir uns immer noch durch gutes Benehmen qualifizieren. Wir haben dies auch getan, indem wir sehr zurückhaltend waren, d. h. nur der Präsident, Markus Kündig, hat sich geäußert. Wir dürfen die Möglichkeit, einen Beobachterstatus mit Mitspracherecht zu erhalten, nicht durch allzu grosse Geschäftigkeit gefährden. Darum ging es uns, und darum haben wir mehrheitlich geschwiegen - offiziell, inoffiziell haben wir natürlich geworben. Ich hoffe, dass es nicht an finanziellen Erwägungen scheitern wird, weil uns nämlich zugestanden wird, dass die volle Delegation von sechs Leuten als Beobachter dort teilnehmen kann. Das ist eine wichtige Gelegenheit, um mit 33 Europaparlamentariern aus allen 12 EG-Ländern den Kontakt suchen und auch finden zu können. Durch die Tatsache, dass nach Fraktionen gruppiert wird, wird diese Durchmischung noch betont. Diese Fraktionen werden auch nicht mehr aufgeteilt in EG- und Efta-Seite. Man hat sich über den Abstimmungsmodus unterhalten: Soll es je eine EG- und eine Efta-Säule geben, oder soll es nur eine Mehrheitsabstimmung geben? Die Beschlüsse zum Verfahren werden erst gefasst, wenn der EWR in Kraft ist. -

Wie gesagt: die Schweizer Delegation in Bergen hat sich als Goodwill-Botschafter für die Zukunft verstanden.

**M. Rebeaud:** Mes questions s'adressaient au Conseil fédéral parce qu'elles sont plus psychologiques qu'institutionnelles. J'admire l'acharnement et la méticulosité avec lesquels le Conseil fédéral et l'administration tentent de réaliser un petit bout de l'EEE. Ils le font tellement bien que je crains que leur succès ne donne raison à M. Frey Walter, prouvant que l'on peut continuer à faire des affaires sans avoir joué le jeu. Néanmoins on ne peut pas demander au Conseil fédéral d'être offensif, agressif et euphorique dans une situation par nature défensive.

Il y a au niveau des instances de la Communauté et du gouvernement suisse une volonté de réparer les pots cassés, de faire en sorte que le commerce puisse se développer. On oublie d'ailleurs de plus en plus les dimensions politiques de l'intégration européenne. Mais il y a dans les régions directement touchées par les effets psychologiques du refus de l'EEE, des effets qui ne sont sensibles ni à Bruxelles, ni à Berne. Par exemple une maîtresse d'école, ayant décidé de se rendre avec sa classe sur le Salève, s'est vue dans l'impossibilité de le faire parce qu'en France on a le sentiment que les Suisses n'ont pas voulu de l'Europe; des exigences administratives ont été posées à cette maîtresse d'école. Ces effets sont imprévisibles, ils sont d'un poids négligeables lorsque l'on négocie à Bruxelles, mais ils montrent qu'un réflexe provinciale s'est développé en France permettant ce genre de situation. Le Conseil fédéral a-t-il conscience de ces difficultés qui deviendront politiques? La facilité de passer une frontière dans une région frontalière est un acquis auquel on ne renonce que dans la douleur; cela se traduit par une colère à l'égard de la Suisse allemande. Quelles sont les perspectives politiques d'intégration? Je ne suis pas un maniaque du Conseil de l'Europe, mais je regrette que le discours et la pratique de la politique extérieure suisse se résument à atténuer les dégâts du 6 décembre. J'aimerais que l'on développe autre chose, au niveau du Conseil de l'Europe et de la construction future européenne et au niveau local, notamment pour réparer les dégâts à la frontière.

**Columberg:** Ich sehe, dass eine offene und seriöse Diskussion in diesem Kreise sehr schwierig ist. Die Glaubenskriege, die jahrelang geherrscht haben, werden weitergeführt, und nach wie vor will man die europäischen Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen. Europapolitik wird nicht in diesem Saal gemacht, sondern irgendwo anders. Die Schweiz befindet sich in einer ausserordentlich schwierigen Situation. Wir müssen uns nun endlich aufrufen und wieder einen Kurs einnehmen! Nach dem Entscheid vom 6. Dezember getraut sich praktisch niemand mehr zu sagen, wohin der Weg gehen soll. Wir müssen die Folgen dieses Neins in aller Objektivität unserem Volk mitteilen. Wir sind verantwortlich dafür, denn der Bürger kann dies nicht von sich aus erkennen. Das ist ein politischer Auftrag, den wir zu erfüllen haben. Die Folgen merkt man jeden Tag. Wer im Ausland mit den Leuten spricht - nicht bei feierlichen Gesprächen, sondern in offenem Gespräch unter vier Augen -, merkt, dass es ganz anders tönt, als was wir hier gehört haben. Wir müssen



feststellen, dass eine latente Gefahr der Isolation unseres Landes besteht. Wenn unsere Vertreter - sie leisten gute Arbeit, und ich habe volles Verständnis für sie - ganz offen ihre persönliche Überzeugung äussern würden, würden sie vermutlich von einzelnen Mitgliedern unserer Kommission wieder aufs heftigste attackiert. Es mag jetzt gut tönen, von bilateralen Verträgen zu sprechen; aber ich warne Sie: Wenn Sie dem Volk vormachen, dies sei jetzt der Weg, werden Sie noch eine böse Enttäuschung erleben. Die Regierungsstellen sind selbstverständlich alle sehr höflich und bereit, das Gespräch aufzunehmen; aber ich bin überzeugt, dass dieser Weg nicht zum Ziele führen wird, und ich weiss, dass unsere Vertreter verpflichtet sind, mit vollem Einsatz diesen Weg zu gehen, bis wir dann endlich die Bestätigung haben werden, dass das nicht geht. Ich bin etwas überrascht, dass mein lieber Freund Ernst Mühlemann hier noch so viele Möglichkeiten sieht; anlässlich einer Einladung bei ihm hatte ich den Eindruck, dass die Mehrheit der Eingeladenen - hochkarätige Leute aus Wirtschaft und Gesellschaft - ganz anderer Meinung waren. Bitte glauben Sie nicht daran, dass wir unsere Probleme via bilaterale Verträge lösen können! Wir stellen bereits jetzt eine grosse Verunsicherung fest bezüglich des Standorts Schweiz; das sind Tatsachen, ob Sie dies wahrhaben wollen oder nicht - reden Sie doch mit Wirtschaftsführern. Optionen kann man eine Zeitlang haben, aber das ist kein Weg, denn wenn man einen Weg beschreiten will, muss man ein klares Ziel haben. Für Österreich z. B. ist das Ziel klar: die Abstimmung über den EG-Beitritt ist für den 6. Juni 1994 vorgesehen. Ich glaube, dass auch wir, diesem Lande zuliebe, wieder den Mut haben müssen, offen zu sagen, wohin der Weg führt.

**M. Tschopp:** J'ai la plus grande considération pour nos diplomates qui font un excellent travail bien que leur mandat de négociation soit impossible. J'arrive à la même conclusion que M. Frey Walter - cela m'inquiète - mais mon analyse est différente.

(à M. Frey Walter) Arrêtez de nous rabâcher que c'est grâce au non à l'EEE que nous avons retrouvé la "Zinsinsel Schweiz". Si cela est vrai dans le flou ambiant, cela peut avoir un effet induit extrêmement fâcheux: les PME suisses devront se lancer dans l'investissement direct pour s'implanter dans l'EEE ou dans la Communauté, ce qui détruira des emplois dont nous avons besoin.

Votre deuxième argument selon lequel nous sommes un bon client de la CE est aussi spécieux. L'état de notre balance des paiements et de notre balance commerciale avec l'EEE montre que si nous sommes un bon client, la Communauté est aussi notre premier client.

Vous ajoutez que nous sommes le premier employeur en Europe extérieure. C'est bien vrai, mais qu'allez-vous faire de ces travailleurs que nous avons importés de la CE? Voulez-vous renvoyer les chômeurs? Les mesures de rétorsion seraient telles que cela n'est pas imaginable.

Je ne fais pas de la politique pour les affaires, mais pour la politique et celle-là ne peut être faite en dehors de l'EEE.

Sans l'EEE, vous ne pouvez assurer aucun avenir universitaire à vos enfants hors EEE.

Je constate que nous devons nous fixer un but. Toute l'Europe rit de nous! Pendant des années notre terminologie faisait déjà sourire: option. Nous avons trouvé le courage, je ne sais pas où, de nous fixer un but et nous voici revenus aux options! Si M. Vollmer et Mme Segmüller ont été bien accueillis par des collègues parlementaires, les échos que j'ai de diplomates de l'AELE et de la CE sont beaucoup plus désastreux. Tous les Suisses qui travaillaient à l'AELE cherchent un nouvel emploi, ils sont tous sur le marché du travail parce que leur situation est insupportable. M. Delamuraz a été humilié à la dernière assemblée de l'AELE à Genève, il a passé son temps dans les couloirs parce que ses "ex-collègues" parlaient de choses sérieuses qui ne regardent pas la Suisse, membre fondateur de l'AELE. Face à l'Europe nous sommes un pays du tiers monde. M. Spinner l'a très bien dit: la CE nous donnera quelque chose dans la mesure de ses intérêts, qui ne sont pas encore fixés. Il y aura des revendications croisées, des négociations multilatérales sous prétexte d'un bilatéralisme dangereux. Cela sera un souk permanent, dans lequel nous serons perdants. Nous devons nous fixer un but. Ne pensez-vous pas que ce but puisse être un traité d'association, selon l'article 238 du traité de Rome?

**Frau Grendelmeier:** Diese ganze Diskussion erinnert mich sehr stark an die Diskussion, die wir vor nicht langer Zeit im Zusammenhang mit dem Folgeprogramm zum EWR-Nein geführt haben. Damals schon haben wir dieselben Töne gehört: Bitte etwas mehr Optimismus, bitte etwas mehr Draufgängertum, zeigen, wie gut wir sind. Nun sollte man aufhören zu versuchen, uns Sand in die Augen zu streuen. Wir haben einen Fehlentscheid getroffen und müssen nun schauen, wie wir rauskommen. Da sind die Optionen eben miserabel, und es sind keine Optionen, sondern Verlegenheitslösungen. Es gibt meines Erachtens nur eine wirkliche Option, nämlich den EG-Beitritt zu versuchen. Für mich gibt es in dieser verkachelten Situation nur eine gültige Lösung: so schnell wie möglich die Beitrittsverhandlungen aufnehmen. Das Gesuch liegt dort - Gott sei Dank hat man wenigstens das nicht verschlafen -, und nun sehe ich nicht ein, warum wir uns abquälen mit Bilateralismen, die - wie Herr Tschopp sehr schön gezeigt hat - immer auf mittlere Erpressungsversuche herauslaufen. Es ist klar, wer dabei der stärkere ist, und zudem laufen Bilateralismen nur dann, wenn der Partner ein eminentes Interesse an bilateralen Gesprächen hat. Es ist eine Tatsache - das lässt sich nicht leugnen, Herr Frey -, dass unsere Diplomaten zu Gartenzwerge werden und draussen bleiben müssen, weil wir kein Thema mehr sind. Dies ist die Realität, aber wir versuchen immer noch mit Hurrapatriotismus und Hurraoptimismus eine Sache zu retten, die Sie weitgehend zu verantworten haben. - Frage: Wie ist die Haltung des Bundesrates gegenüber dem EG-Beitritt?

**Präsident:** Ich habe den Eindruck, dass jedesmal, wenn wir über Integration sprechen, die genau gleichen Voten kommen. Das ist kein Vorwurf, aber ich hatte die Hoffnung, dass wir jetzt konkret über diese bilateralen Verhandlungen sprechen würden.

**Oehler:** Frau Grendelmeier, ich glaube, dass wir auf diese Weise die anstehenden Probleme nicht lösen können. Ich bin während Wochen, Abend für Abend, auf der gleichen Seite wie Sie, Herr Columberg, und andere in diesem Saal gegen die Gegner des EWR-Vertrages angetreten. Offenbar erfolglos. Wenn man nun den Gegnern des EWR-Vertrages Vorwürfe macht, glaube ich in der Tat, dass man die Realitäten nicht zur Kenntnis nimmt. Es ist eine Realität, dass wir am 6. Dezember verloren haben, und das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Es geht nicht an, dass wir den Repräsentanten der Volksmehrheit in diesem Saal nun vorwerfen, sie würden die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen. Das macht mir ein bisschen Kopfweh, weil wir nämlich die aufgelaufenen Probleme miteinander zu lösen haben. So oder so nähern wir uns Europa, und wenn wir nun die Gewinner des 6. Dezember auf diese Art vor den Kopf stossen, dann werden wir zu keinen Schlussfolgerungen kommen. Die letzte Schrift der AUNS z. B. mit Blick auf eine zweite Abstimmung lässt Böses erahnen. Wir sollten unsere Stellungen nicht zementieren, denn so lösen wir die Probleme nicht. Wir dürfen jetzt nicht mit Vorwürfen und mit Angstmacherei kommen, sondern müssen bessere Argumente bringen. Wenn man unserem Volk vormacht, unsere Diplomaten seien Gartenzwerge und taugten nichts, ist das sicher nicht der richtige Weg.

**Frau Grendelmeier:** Das habe ich nicht gesagt, ich muss das richtigstellen.

**Oehler:** Sie sagten aber, unsere Diplomaten würden als Gartenzwerge behandelt. Andere werfen ihnen vor, sie taugten zu nichts. Ja, was soll denn das Volk davon halten, wenn wir mit den gleichen Leuten wieder antreten? Bei den Diskussionen, wie wir sie hier führen, ist der Scherbenhaufen für eine zweite EWR-Diskussion vorprogrammiert; das nächste Mal aber tragen Sie die Verantwortung dafür, nicht mehr die Gegner. Wenn Sie so weitermachen, kann ich auch nicht mehr mitmachen.

**Präsident:** Mein Aufruf gilt beiden Seiten in dem Sinne, dass man sich vermehrt den konkreten Fragen zuwenden oder ganz neue Ideen bringen soll.

**Frau Haller:** Ich versuche, einen neuen Aspekt einzubringen, und dieser Aspekt heisst Psychohygiene. Ich habe eine ganz grosse Bewunderung für die Leute in der Verwaltung - Staatssekretäre, Botschafter, Diplomaten -, die es fertigbringen, in dieser Seriosität einen Weg zu verfolgen, an den sie letztlich nicht glauben können. Herr Tschopp hat jetzt erzählt, wie es die Beamten bei der Efta nicht mehr aushalten, wie Herr Delamuraz behandelt worden ist, und das zeigt doch auch, dass dieser Weg niemals zu dem führen kann, was Sie von der Verwaltung uns - freiwillig oder unfreiwillig - glauben machen müssen. Diplomatie ist letztlich professionalisierte Begegnungskultur zwischen Menschen, die etwas vertreten, und dabei muss man sich ernst nehmen. Die Schweiz aber wird nicht mehr ernst genommen. In der Wirtschaft kann ich es weniger beurteilen als in den anderen politischen Kontexten. Aber wenn wir schon in den humanitären Bereichen nicht mehr ernst genommen werden, um wieviel schlimmer muss es dann in der Wirtschaft sein!

Ich bin überzeugt, dass kein Mensch auf die Dauer in eine Richtung arbeiten kann, an die er nicht glaubt. Deshalb hätte ich einen Wunsch, nämlich dass die Mitarbeiter der Verwaltung täglich eine bestimmte Zeit, z. B. eine Stunde, einsetzen, um sich zu überlegen, wie man vorgehen müsste, um die Bevölkerung dieser so verletzlichen Schweiz, die sich an der Realität vorbeidrückt, dazubringen, die Schritte machen zu können, die notwendig sind, damit wir wieder ernst genommen werden. Es gibt zwei Möglichkeiten: einen EWR-Beitritt oder einen EG-Beitritt. Der Bundesrat wird dies zur Zeit nicht sagen können, aber in der Verwaltung hätte man das Recht und sogar die Pflicht, sich zu überlegen, wie dieser Weg angelegt werden soll. Was den EWR anbelangt, ist weniger Phantasie nötig, denn dieser Weg wurde schon einmal dargestellt. Aber auf den Weg eines eventuellen EG-Beitritts haben wir noch zuwenig Phantasie investiert. Ich hätte den Wunsch an die Verwaltung, dass sie sich - mit oder ohne Auftrag; ich halte es für eine staatsbürgerliche Verantwortlichkeit in diesem Land - Gedanken darüber macht, wie man im gegebenen Zeitpunkt die schweizerische Bevölkerung vor ihrer Illusion retten kann. - Die Investition von Energie und Phantasie in einen bestimmten Bereich kann dazu führen, dass sich dieser Bereich doch ein bisschen schneller realisiert, als man am Anfang gedacht hätte. Mein Votum möchte dazu beitragen, dass die Verwendung des Begriffs Gartenzwerge in dieser Kommission möglichst bald nicht mehr nötig wäre.

**Fischer Theo:** Über gewisse Voten muss ich einfach den Kopf schütteln, denn die Ausgangslage ist doch ganz klar: Das Schweizervolk hat am 6. Dezember nein gesagt. Es ist nun die Aufgabe von Bundesrat, Parlament und Verwaltung, aus dieser Situation einen Weg zu finden, und es hat keinen Wert, wenn wir darüber philosophieren, was anders sein müsste. Wenn ich mit der Wirtschaft im Gespräch bin, tönt es gar nicht so negativ wie in diesem Zimmer. Die Wirtschaft hat bereits versucht, dort einzugreifen, wo sie auf dem europäischen Markt das beste herausholen kann. Die gegenwärtige Rezession hat nichts zu tun mit der EG, nichts mit dem EWR-Nein, sondern sie ist ein europäisches, ja weltweites Problem. - Fragen an Herrn Kellenberger und Herrn Spinner: Haben Sie wirklich das Gefühl, dass Ihre Tätigkeit hier und in Brüssel völlig aussichtslos ist? Das Volk hat nun einmal die Aufgabe gegeben, nach bilateralen Wegen zu suchen. Somit muss man dies doch versuchen, und wenn es dann wirklich nicht geht, kann man das ja auf den Tisch legen. Aber solange man Verhandlungen führt, muss man dies mit Überzeugung tun, und daher muss auch das Parlament hinter dem Bundesrat und der Verwaltung stehen. - Man konnte in den letzten Tagen von bedeutenden Wirtschaftsfachleuten hören, es sei sogar gefährlich für die schweizerische Wirtschaft, wenn man im Rahmen eines Folgeprogrammes das Wirtschaftsrecht der Schweiz noch stärker auf das Europäische Recht ausrichte. Es sei recht gut, wenn man für die schweizerische Wirtschaft gewisse Sonderregeln beibehalte. Wie beurteilen die Leute an der Front diese Überlegung?

**Präsident:** Weil ich weiss, dass unsere Diplomaten auch Spass verstehen, gebe ich das Wort unseren Gartenzwerge.

**Kellenberger:** Aber Sie verzeihen, es sind sprechende Gartenzwerge. - Herr Walter Frey und Herr Mühlemann, wenn Sie

gesehen haben, wie rasch die Schweiz ihre prioritären Verhandlungsbegehren auf den Tisch gelegt hat, wenn Sie gesehen haben, wie rasch die institutionellen Mechanismen, die wir zur Verfügung hatten - gemischter Ausschuss Freihandelsabkommen, gemischter Ausschuss Forschung -, benutzt wurden, wenn Sie auch gesehen haben, wie diese Begehren diplomatisch begleitet wurden - mit Aide-mémoires, mit Interventionen in Brüssel und in den Mitgliedstaaten auf den verschiedensten Ebenen - werden Sie feststellen, dass wir den Vorwurf, man sei nicht offensiv und mit Erfolgswillen an die Sache herangegangen, nicht verdienen. Innerhalb der ersten drei Monate nach dem Volksentscheid wurden alle prioritären Verhandlungsbegehren auf den Tisch gelegt, begleitet mit der nötigen Dokumentation. Blitzschnell wurden die Massnahmen getroffen, um die Ausschüsse, die wir haben, zu aktivieren. Ich frage mich, wie man in der Situation, in der man war, noch offensiver hätte vorgehen können.

Ich glaube, es gehört schon zur Aufgabe - sogar von Gartenzwerge -, dass wir in einer solchen Kommission versuchen, die Dinge beim Namen zu nennen und eine realistische Einschätzung der Situation zu geben. Ich glaube nicht, dass es unvereinbar ist, die Dinge beim Namen zu nennen und gleichzeitig mit Wille zum Erfolg den Weg zu gehen, der jetzt im Moment innenpolitisch offen ist.

Wenn wir wieder bei der Frage sind, was Optionen sind und was Ziele: Der Bundesrat hat nach dem 6. Dezember ein klares Ziel formuliert, und dieses Ziel ist, dass sich die Schweiz weiterhin darum bemüht, einer politischen und kulturellen Isolierung auf dem Kontinent entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft zu erhalten. Dann hat er drei mögliche Wege zu diesem Ziel genannt. Es ist klar, dass innenpolitisch jetzt nur ein Weg offen ist. Aber ich muss Ihnen sagen: Die Gangbarkeit dieses Weges wird gemessen werden müssen an der Zielsetzung, die man sich gegeben hat. Es wurde nirgends gesagt, es sei nicht möglich, bilaterale Abkommen abzuschliessen; aber es ist eine Illusion zu meinen, wir würden etwas EWR-Ähnliches bekommen, bei dem alle Gebiete ausgeschlossen sind, die uns nicht passen, und alle Gebiete enthalten, die uns passen. Wenn wir es als wichtig erachten, unser europäisches Umfeld politisch mitzugestalten, können wir sicher nicht gerade sagen, wir seien im Zentrum dieser Gestaltung. Das meine ich ganz nüchtern.

Zur Handelsbilanz: Es stimmt, wir sind ein wichtiger Kunde der EG. Sie können sicher sein, dass diese Trümpfe gespielt werden. Wir sind uns auch im klaren über die anderen Zahlen. Aber ich möchte Sie doch darauf hinweisen: Die relative Abhängigkeit der Gemeinschaft und der Schweiz von den jeweiligen Märkten ist natürlich ziemlich unterschiedlich. Die Gesamtexporte der Gemeinschaft gehen etwa zu 5 Prozent in die Schweiz, und von unseren Gesamtexporten ca. 60 Prozent in die EG. Von der Dienstleistungsbilanz und von der Kapitalverkehrsbilanz haben wir noch nicht gesprochen, und auch nicht davon, dass ein grosser Teil unserer EG-Einfuhren raffinierte Erdölprodukte sind, die nicht aus der EG stammen, aber dort raffiniert werden und zu unserem Handelsbilanzdefizit beitragen.

Herr Vollmer, ob das Modell der Integration oder Kooperation des EWR in Zukunft noch Bestand hat, darüber bestimmen in erster Linie die Stimmbürger in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen, wenn sie über die EG-Beitrittsakte abstimmen. Der Bundesrat hat in dieser Sache noch keine definitive Strategie.

- Zu den Verhandlungen mit Liechtenstein: In den letzten Monaten hat man sämtliche Probleme, die sich stellen, identifiziert. Im letzten Treffen auf hoher Ebene zwischen den schweizerischen und den liechtensteinischen Behörden wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass Liechtenstein sehr interessiert daran ist, den Zollvertrag beizubehalten. Gleichzeitig hat der Bundesrat klargemacht, dass er kein Hindernis sein will für den Beitritt Liechtensteins zum EWR. In den nächsten Monaten werden in einer Arbeitsgruppe Lösungsansätze erarbeitet, und dann beginnen formelle Verhandlungen. Diese beiden Sachen können nicht unter einen Hut gebracht werden, ohne dass in Bereichen, wo ein Rechtsgefälle zwischen der Schweiz und Liechtenstein entsteht, Liechtenstein gewisse Vollzugsbehörden aufbaut.

(à M. Rebeaud) Ce qui vous dérange c'est que notre politique européenne soit restée braquée sur l'après 6 décembre. Avec la marge de manoeuvre très étroite que nous avons face à la CE, nous sommes conscients qu'il est encore davantage nécessaire que nous soyons présents dans les organismes où nous sommes, Conseil de l'Europe, CSCE, etc. Ce serait néanmoins une erreur et une illusion de penser que l'on peut résoudre nos problèmes face à une entité en étant plus actif dans une autre, les différentes organisations traitant de différents problèmes. Ce n'est pas par une politique active au Conseil de l'Europe que nous pourrions résoudre le problème de notre accès au marché de la CE. Le Conseil de l'Europe a son domaine privilégié d'activité et nous essayons d'en faire bon usage, idem pour la CSCE, mais nous devons rester le plus réaliste possible.

Zum Aspekt der Psychohygiene: Ich glaube, man muss uns zubilligen, dass wir einerseits mit bestem Willen den Erfolg suchen auf dem einzigen Weg, der zurzeit möglich ist, andererseits aber auch das Recht haben, die Dinge beim Namen zu nennen und auf die Probleme hinzuweisen, die sich stellen.

**Spinner:** Ich möchte klarstellen, dass das Papier, das Sie erhalten haben, kein Verhandlungspapier ist, sondern ein internes Reflexionspapier. Die Stärken der Schweiz sind hier nicht unterstrichen, die bringen wir an den Mann - oder an die Frau -, wenn wir an der Front sind. - Glauben Sie nicht, dass nun alle Verhandlungsführer gespaltene Persönlichkeiten seien. Das könnte ich persönlich überhaupt nicht; ich bin mit mir sehr wohl im Gleichgewicht. Ich habe einfach das Bedürfnis, gegenüber dem Bundesrat und hier bei Ihnen die Dinge sagen zu können, wie ich sie wirklich erlebe und empfinde, ohne befürchten zu müssen, zusammengestaucht zu werden, sobald ich etwas sage, das nicht begeistert tönt für den bilateralen Approach. Verstehen Sie: Wir haben im Moment keinen einfachen Stand in Paris, Rom, Madrid oder in Brüssel. Es ist nicht einfach, zu Wort zu kommen, unsere Stärken anzubieten. Es geht halt ein bisschen langsamer, als wir uns wünschen würden. Wenn wir dann zu Hause berichten, was die Schwierigkeiten waren, was uns erwartet und was vielleicht auch nicht, nochmals zusammengestaucht zu werden, ist vielleicht mit der Zeit ein

bisschen schwierig. Aber wir haben eine dicke Haut, und als Gartenzwerge sind wir aus Holz gemacht.

La Suisse n'a jamais donné autant d'argumentations, de débats, de combats et d'efforts à l'extérieur, avec nos voisins et nos partenaires les plus importants, non pas dans le cours d'une négociation, mais bien pour avoir le droit de négocier. Nous n'avons pas encore commencé la négociation.

Es scheint mir wirklich ausserordentlich wichtig, dass wir uns nicht in Illusionen wiegen, wenn wir von gemeinsamen Interessen und von Stärken der Schweiz sprechen und dabei diese Interessen und Stärken nur von unserer Seite her definieren. Wenn man etwa in einem Restaurant in Rom oder in Paris herumfragt, was eigentlich von der Schweiz gewünscht werde, stellt man fest, dass gar nichts oder nichts Wesentliches gewünscht wird. Aber in Brüssel habe ich gehört, wie Herr van den Broek von sich aus klar zu Herrn Delamuraz und zu Herrn Cotti gesagt hat: Selbstverständlich, wir betrachten Eure Begehren, aber eines ist sicher, von jetzt an müssen wir gegenüber unseren eigenen Parlamenten in den Mitgliedstaaten die Marktgrössen miteinander vergleichen, so wie wir es mit den Amerikanern, den Japanern und den Südkoreanern tun. Ich fühle mich einfach verpflichtet, Ihnen zu sagen, wie unseren Bundesräten die Sache auf den Tisch gelegt wurde. Am Recht, die Dinge hier beim Namen nennen zu dürfen, möchte ich festhalten, ohne dass uns dann der Vorwurf gemacht wird, wir setzten uns nicht 100prozentig für die vorgegebene Linie ein. Herr Nationalrat Walter Frey, die Frage ist nicht, ob wir in unseren Verhandlungen Erfolge oder Misserfolge haben; die Frage ist, wie hoch der Verhandlungspreis ist, wo das Gleichgewicht der Interessen liegt. Es scheint mir wichtig, dass hier keine Illusionen aufgebaut werden: das Gleichgewicht der Leistung und Gegenleistung wird relativ hoch sein.

Zu Herrn Fischer Theo: Sollten wir nicht vermehrt versuchen, unsere Rechtsordnung in Abweichung von der harmonisierten Rechtsordnung der EG zu gestalten, um dadurch Wettbewerbsvorteile zu erhalten? Eine Information dazu: Von den fünf EG-Kommissaren sind vier von sich aus darauf zu sprechen gekommen. Alle sind bestens informiert über die Fortschritte in bezug auf die Angleichung unserer Rechtsordnung an das europäische Recht via Swisslex. Alle haben gesagt, dass dies aus ihrer Sicht ausserordentlich wichtig sei. Wenn die Schweiz sich durch eine abweichende Rechtsordnung einen Wettbewerbsvorteil schaffen würde, würde dies von den umliegenden Ländern nicht ohne weiteres hingenommen.

**Frau Grendelmeier:** Ich möchte doch noch eine persönliche Erklärung machen zum Thema Gartenzweig. Ich habe bloss im Anschluss an die Bemerkung von Herrn Tschopp, Herr Bundesrat Delamuraz sei gedemütigt worden, gesagt: Jawohl, wir werden behandelt wie Gartenzwerge. Ich wollte damit sagen, dass die anderen versucht sind, uns als Nonvaleur zu behandeln.

**M. Tschopp:** Je répète ma question: pour éviter l'isolement politique, culturel et les dégâts économiques, ne pourrions nous pas envisager un traité d'association au sens bilatéral, dans l'esprit de l'article 238 du Traité de Rome?

**Kellenberger:** Der EWR-Vertrag ist ein typischer Assoziationsvertrag im Sinne von Art. 238 Römervertrag. Im Grund genommen geht Ihr Vorschlag stark in die Richtung eines bilateralen EWR-Vertrages. Unter dem Art. 238 gibt es weniger ambitionöse Assoziationsverträge, wie z. B. derjenige mit der Türkei; aber im Grunde genommen sehe ich persönlich nicht, inwiefern diese Modelle attraktiv sein könnten.

**Unterbruch der Sitzung von 21.20 - 08.00 Uhr**



Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 10. August 1993

**NATIONALRAT**  
Aussenpolitische Kommission

- TEILPROTOKOLL 2 der Sitzung vom 5./6. Juli 1993,  
14.30 - 21.20 und 08.00 - 12.30 Uhr,  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4
- TAGESORDNUNG 4. Europaratsgipfel vom 8./9.10.1993 in Wien:  
Zielsetzungen der Schweiz  
  
(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)
- ORDRE DU JOUR 4. Sommet du Conseil de l'Europe des 8/9  
octobre 1993, à Vienne: Objectifs de la  
Suisse  
  
(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-  
verbal principal)
- TEILNEHMER Präsidium: Rychen  
  
Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bäumlín, Berger, Caccia (ersetzt am  
6.7. durch Darbellay), Columberg, Eggly (er-  
setzt durch Gros Jean-Michel), Fischer-  
Hägglingen, Frey Walter, Grendelmeier,  
Haller, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler,  
Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,  
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 5.7. durch  
Stamm Luzi), Zbinden Hans, Ziegler Jean  
  
Entschuldigt: Maitre  
  
Weitere Teilnehmer  
Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
H. Frunz, EDA  
  
Kommissionssekretariat: A. Aebi, B. Pitteloud  
  
Protokoll: I. Stauffer (d), G. Québatte (f,  
5.7.), H. Baessler (f, 6.7.)

#### 4. Europaratsgipfel vom 8./9. 10.1993 in Wien: Zielsetzungen der Schweiz

M. Cotti, conseiller fédéral: A ce Sommet, la Suisse sera représentée par le président de la Confédération.  
Le point des sujets traités à ce Sommet:

1) Il y aura un débat politique sur le rôle du Conseil de l'Europe dans la "nouvelle Europe". Ce débat politique prendra différents aspects:

- création progressive d'une sorte de zone de sécurité démocratique sur notre continent
- soutien de l'évolution démocratique dans les Etats
- accueil des nouvelles démocraties sans délai au sein du Conseil
- approfondissement du problème des minorités, dont un aspect a été longuement abordé hier par la commission.

Tels sont les nouveaux problèmes que les membres la Délégation suisse auprès du Conseil de l'Europe connaissent bien, notamment l'examen des conditions de démocratie qui sont faites à l'égard des pays candidats à cette institution. Vous savez que certains cas prêtent à discussion: l'Estonie a été admise il y a quelques semaines, et il y a eu des réactions quant à sa politique à l'égard des minorités. Ce sera un examen ardu que de se fixer quant à certaines demandes d'adhésion.

2) Il faudra essayer de définir le rôle du Conseil de l'Europe par rapport aux différentes autres enceintes européennes. La nécessité d'éviter des doubles emplois se manifeste non seulement à son égard, mais cela touche aussi une série d'institutions européennes. L'OCDE s'emploie actuellement à ces vérifications.

3) L'adaptation du statut.

4) La représentation des pouvoirs locaux, que nous souhaitons voir s'instaurer dans le cadre de deux Chambres distinctes. Une série de cantons ont exprimé récemment leur mécontentement du fait qu'à Strasbourg, on ait -au niveau de l'Assemblée parlementaire- préféré établir une structure unique. Mais la décision n'est pas définitive. Nous soutenons en tous cas la réalisation, au sein de la Conférence des pouvoirs locaux, de deux Chambres distinctes des pouvoirs régionaux et des pouvoirs locaux plus précis.

On a discuté la dernière fois des points plus spécifiques à aborder à Vienne. Ils touchent strictement l'activité de la Suisse: d'un côté, la révision des structures de la Cour européenne des droits de l'homme en faveur d'une Cour unique. De l'autre, l'élaboration d'une convention sur la protection des minorités nationales. Je rappelle qu'au niveau de la CSCE, des efforts allant dans la même direction se font en ce moment, et notre tâche sera d'essayer de concentrer ce sujet plutôt sur

le Conseil de l'Europe. Inutile de dire que ce deuxième sujet revêt une importance particulière par les temps qui courent.

**Frau Haller:** Ich wundere mich, dass keine Vertreter der Verwaltung aus dem Dienst Europarat da sind, denn es gab eine sehr interessante Vorbesprechung betreffend den Europaratsgipfel in Wien, an der der Präsident und der Vizepräsident der Europaratsdelegation und zwei weitere Mitglieder teilgenommen haben. Warum sind die betreffenden Leute aus dem EDA heute nicht anwesend?

**M. Cotti, conseiller fédéral:** Nous pouvons faire appel à Mme Apelbaum si elle est encore là. M. von Däniken, son supérieur direct, est en train de rédiger la note de protestation contre l'ambassade de Turquie. J'espère aussi pouvoir répondre moi-même.

**Columberg:** Zu unserer Diskussion von gestern möchte ich noch folgende Bemerkungen machen, weil ich den Eindruck habe, dass es zu Missverständnissen gekommen ist: Ich habe gestern feststellen wollen, erstens, dass wir uns in einer fatalen Situation befinden, zweitens, dass die Gefahr der faktischen Isolation besteht, drittens, dass wir einen gangbaren, realistischen Weg finden müssen, viertens, dass wir uns nicht einer Illusion hingeben dürfen und fünftens, dass eine Verpflichtung besteht, unser Volk korrekt und objektiv über die Vorgänge in Europa zu informieren. Gestern haben wir in unserer Kommission noch keine Übereinstimmung zu diesem Thema gefunden. Wir sind aber Vollmitglied des Europarates, und ich hoffe, dass in dieser Beziehung eine grössere Übereinstimmung vorhanden ist. Obwohl man die Dimensionen des Europarates nicht verkennen darf, bin ich überzeugt, dass hier eine Möglichkeit ist, wo wir unsere Stimme in Europa zur Geltung bringen können. Darum bin ich ausserordentlich dankbar, wenn der Bundesrat sich voll engagiert für dieses Gipfeltreffen und alle Möglichkeiten ausschöpft, damit wir dort richtig zur Geltung kommen. Bei dieser Gelegenheit danke ich dem Bundesrat für die Beantwortung meiner Interpellation, wo die volle Unterstützung der hauptsächlichen Anliegen bekräftigt wird, nämlich die Revision des Statuts, die finanziell bessere Dotierung, die Reform des Kontrollsystems der Europäischen Menschenrechtskonvention im Sinne einer Schaffung eines einzigen permanenten Gerichtshofs und die Vorbereitungen der Konvention zum Schutze nationaler Minderheiten. Ich möchte bitten, noch einen Zusatz zu berücksichtigen, nämlich die Hilfe an die neuen Demokratien. Sie haben heute morgen das Dokument über die Empfehlungen bekommen, die die Parlamentarische Versammlung letzte Woche einstimmig verabschiedet hat. In diesem Bericht von Herrn Schieder - Herr Schieder ist einer der einflussreichsten österreichischen Parlamentarier - hat man sich absichtlich auf die wichtigsten Anliegen beschränkt, um bei den Staatschefs eine grössere Durchschlagskraft zu haben. Ich wäre froh, wenn unsere Abordnung zwei Anliegen mit Nachdruck vertreten würde, nämlich erstens die Notwendigkeit einer grundlegenden Strukturreform und zweitens die Aufwertung der Parlamentarischen Versammlung, auch im Hinblick auf das immer wieder zitierte Demokratiedefizit in Europa.

In Wien wird es so sein, dass jedem Staat zwei Sitze zustehen. Nach unseren Erkundigungen nehmen z. B. von Frankreich der Staatschef und der Ministerpräsident teil. Wir hätten den Wunsch, dass die Schweiz diese Gelegenheit wahrnehmen und ebenfalls zwei Exponenten schicken würde, d. h., dass sie sowohl durch den Bundespräsidenten als auch durch den Aussenminister vertreten wäre. Sicher kann man keine Wunder bewirken, aber die Präsenz ist wichtig, und auch die informellen Gespräche zählen. Wir hatten, wie auch Frau Haller gesagt hat, den Eindruck, dass die Angelegenheit auf schweizerischer Seite seriös vorbereitet wurde. Bei einer solchen Tagung ist ja der Tag der Zusammenkunft nicht das Entscheidende; die Vorbereitung und die Möglichkeit, andere Länder zu überzeugen, sind mindestens so wichtig. - Frage: Was gedenken der Bundesrat und das Departement in der verbleibenden Zeit zu unternehmen, um andere Länder zu überzeugen, damit das vorliegende Programm bei diesem Gipfeltreffen in Wien eine möglichst grosse Zustimmung finden wird? Was die finanzielle Dotierung des Europarates betrifft, ist ja die Schweiz mit gutem Beispiel vorangegangen, so dass sie hier ruhig auftreten und sich dafür einsetzen kann. Im übrigen möchte ich für den bisherigen Einsatz und die gute Vorbereitung des Gipfels danken.

**Frey Claude:** On a parlé de la création d'un fonds de solidarité qui serait financé par des contributions volontaires. Qu'entend faire la Suisse sur ce point pour renforcer le Conseil de l'Europe?

**Columberg:** Die Idee dieses Fonds kommt zum Teil daher, dass wir Anfragen bekommen haben - z. B. aus Litauen -, ob wir nicht direkt Hilfe leisten könnten, damit überhaupt das Geld für eine Delegation aufgebracht werden kann. Wir haben geantwortet, dass man hier gemeinsam vorgehen müsse.

Bundesrat **Cotti:** Schon die Beteiligung gewisser Länder an internationalen Treffen, nicht nur im Europarat, ist oft ein Problem. Zur Teilnahme: Wir haben daran gedacht, dass der zweite Stuhl durch einen Vertreter dieser Kommission besetzt werden könnte, damit die Synergien, die wir immer wieder zu entwickeln suchen, sich konkret manifestieren. Das Thema der Förderung der Demokratie ist zentral und wird zu den Hauptgegenständen der schweizerischen Aufmerksamkeit gehören. Wir werden mit allen Kräften dafür plädieren, dass ein möglichst breiter Konsens zustande kommt. Mein Eindruck ist, dass es bei den einzelnen Sachfragen viel mehr Probleme geben wird als bei der Schlusserklärung. Insbesondere die Frage des Gerichtshofes und die Minderheitenfrage sind noch offen, und auch in den westlichen Ländern bestehen hierüber verschiedene Meinungen.

**M. Ruffy:** Deux éléments très importants plaident en faveur du Conseil de l'Europe:

1) Aujourd'hui, compte tenu de la "grande Europe", c'est la seule institution qui soit dotée d'une Assemblée parlementaire -dénommée aussi consultative- constituée de parlementaires nationaux. Cela a une importance très grande eu égard au fonctionnement des institutions démocratiques en Europe.

2) Au moment où l'on se préoccupe du principe de subsidiarité, c'est une assemblée qui a constamment à l'esprit la volonté de respecter ce principe. Ce principe se manifeste en permanence par l'existence d'une Conférence permanente des pouvoirs locaux et régionaux, qui sera appelée à jouer un rôle très important dans la politique à l'égard des pays d'Europe centrale et orientale. Je me suis en outre laissé dire que l'on se préoccupe maintenant de mettre en place une banque de données qui va organiser tous les jumelages au niveau des établissements scolaires entre l'Europe occidentale, l'Europe centrale, et l'Europe orientale. On pourra donc s'adresser à cette Conférence quand on voudra, au niveau d'une commune ou d'une région, pour amorcer un programme de gymnase avec telle ou telle région ou commune.

Ces deux éléments doivent rester présents à l'esprit quand on discute du Conseil de l'Europe comparé aux autres institutions. C'est bien que l'OCDE se préoccupe d'éviter les doublets, il n'en reste pas moins que cette organisation est essentiellement constituée de hauts fonctionnaires. Il est nécessaire de situer l'intérêt du Conseil de l'Europe sur le plan institutionnel. Monsieur le conseiller fédéral, je déplorerais que vous soyez absent du Sommet de Vienne. On ne peut pas imaginer qu'il y ait deux places réservées à la Suisse, et qu'en face de M. Balladur ou M. Juppé, il y ait, à côté de M. Ogi, ce qui est légitime, M. Columberg, malgré tout le respect que j'ai pour lui. Il est inimaginable qu'il y ait des parlementaires de la part de la Suisse, alors qu'il n'y aura autour des tables que des représentants des gouvernements. Cela me paraît formellement impossible a priori.

En outre, j'ai un très grand respect pour le président de la Confédération, mais on ne va pas attendre de lui qu'il possède tous les éléments de la discussion sur le Conseil de l'Europe. Il se fera "briefing" et il ne pourra pas intervenir de manière pertinente et forte dans les discussions sur les institutions du Conseil de l'Europe. Monsieur Cotti, vous avez entendu parler de ces institutions et vous avez maintenant une certaine pratique de la question, ce qui fait que vous pourrez intervenir. J'en doute pour M. Ogi, président de la Confédération, sans aucunement remettre en question ses compétences.

Si vous voulez servir la cause du Conseil de l'Europe auquel nous tenons beaucoup, je vous implore d'aller à Vienne.

**Frau Haller:** Wir befinden uns bei der Vorbereitung des Mandates der Regierung an einer internationalen Konferenz zum ersten Mal in einem Verfahren nach Art. 47bis GVG. Nachdem Herr Bundesrat Cotti der einzige Bundesrat ist, der uns hier zuhört, sollte er an diese Konferenz gehen, damit das, was wir jetzt in unserer Kommission diskutieren, auch in diese Verhandlungen einfließt. Nicht nur für den Europarat sollte Herr Bundesrat Cotti an diesem Gipfeltreffen teilnehmen, sondern auch für das Image und für die Einflussnahme der Schweiz. Ich möchte Herrn Bundesrat Cotti ganz dringend bitten, zu sehen, ob er das nicht einrichten kann.

Es kann nicht genug betont werden, welches die beiden wichtigsten Gegenstände an diesem Gipfeltreffen sein werden: die Reorganisation des Schutzmechanismus der Menschenrechtskonvention und die Frage der Minderheiten. Wenn in diesen beiden Punkten etwas herauskommt, bin ich schon relativ glücklich. Ich weiss nicht, ob es im Moment möglich ist, strukturell viel zu erreichen.

Wenn es nicht erreicht werden kann, dass der Schutzmechanismus der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Art, wie er vorgeschlagen und von der Parlamentarischen Versammlung einstimmig genehmigt ist, reorganisiert wird, dann ist das der Anfang vom Ende des Europarates; denn die Menschenrechtsfrage, insbesondere deren juristischer Teil, stellt ein Herzstück des Europarates dar. Die Probleme der neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa sind mit diesem Schutzmechanismus nicht zu bewältigen, wenn es so weitergeht wie bisher. Deshalb bin ich gespannt auf die Antwort auf die Frage von Herrn Columberg, wie man die Zeit bis zum Gipfeltreffen noch auszunützen gedenkt, um bilateral Koalitionen herzustellen. - Zum zweiten Punkt, der Minderheitenfrage, hätte ich eine Frage. Herr Cotti hat sich gegenüber dem Arbeitgeberverband zur neuen Initiative Frankreichs für einen Pacte de Solidarité geäussert. Darin ergreift Frankreich die Initiative, um durch die EG ein Instrumentarium zu schaffen, das zur Befriedigung von Minderheitenproblemen in Mittel- und Osteuropa dienen soll. Das ist an sich eine sehr positive Angelegenheit, nur sind wir jetzt wieder in der Situation, dass die Organisation, die eigentlich am ehesten dafür geschaffen ist, den Schutz der Menschenrechte auch juristisch durchzusetzen, eventuell durch diese Initiative umgangen werden könnte. Man weiss ja, dass die Franzosen zur Minderheitenfrage ein gestörtes Verhältnis haben. Die Franzosen stehen immer noch auf dem Standpunkt, dass es in Frankreich keine Minderheiten gebe. Wenn man einen so rigorosen Standpunkt einnehmen muss, dann stimmt etwas nicht. Bei aller Bewunderung für diese Initiative stellt sich die Frage: Ist der Bundesrat immer noch auf dem Standpunkt, dass eigentlich der Europarat im Minderheitenbereich tätig werden müsste? Die grosse Grundfrage ist ja immer, ob die Minderheitenrechte Gruppenrechte sind oder Individualrechte. Wenn sie als Gruppenrechte definiert werden, gibt es mehr Schwierigkeiten, als wenn sie als Individualrechte definiert werden. Wenn man sie als Individualrechte definiert, tut man gut daran, den Weg über ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu beschreiten, einerseits, weil das in der Philosophie der richtige Aufbau ist, und andererseits, weil dann der Schutzmechanismus schon besteht. Es würde mich interessieren, wie der Bundesrat die Abwägung zwischen einem solchen Zusatzprotokoll und der französischen Initiative sieht. Vielleicht ist beides sinnvoll und kann sich gut ergänzen.

Über einen Punkt im Papier der Parlamentarischen Versammlung bin ich nicht ganz glücklich: dass man die Europäische Gemeinschaft auffordern sollte, die Menschenrechtskonvention zu unterzeichnen. Dabei bezieht man sich auf eine Resolution aus dem Jahre 1981, und das ist natürlich nicht gerade aktuell.

Eine persönliche Bemerkung zu den Strukturen: Je länger man den Ereignissen in Ex-Jugoslawien zusieht, desto mehr kommt man zur

Überzeugung, dass die Sicherheitsfrage, die Menschenrechtsfrage und die Wirtschaftsfrage sich immer mehr berühren. Vielleicht sollte man sich ab und zu überlegen, ob es nicht mit der Zeit einmal ein Zusammenwachsen von KSZE und Europarat geben wird. Manchmal scheint mir, dass im Europarat die Innovation und die Kreativität eher vom parlamentarischen Teil ausgehen und die Ministerebene eher etwas konservativer ist. In der KSZE dagegen ist der parlamentarische Teil nicht sehr stark, und die Ministerebene ist aktiver und handlungsfähiger. Langfristig könnte die Lösung vielleicht darin bestehen, dass der eine Teil eher die parlamentarische Innovation liefert und der andere Teil eher davon profitiert, auf der Ministerebene aktionsfähig zu sein. Diese Ideen äussere ich nicht im Hinblick auf das Gipfeltreffen, sondern darum, weil man manchmal langfristige Ideen haben muss, um die kurzfristigen zu formulieren.

**Mühlemann:** Ich bin der Ansicht, dass die Europaratsdelegation sich durch eine bemerkenswerte Geschlossenheit auszeichnet. Wir haben Unité dans la diversité, und das ist erfreulich. Herr Bundesrat, ich möchte noch einmal in die gleiche Kerbe hauen, und zwar mit sehr viel Ernst und Besorgnis. Als ich zum ersten Mal als Mitglied der Europaratsdelegation in Strassburg war, wurde gerade der Grundstein für das Palais des droits de l'homme gelegt, und Präsident Mitterrand war anwesend. Ich freute mich, unseren Aussenminister Felber neben Herrn Mitterrand in einer feierlichen Zeremonie sehen zu können, und war dann sehr enttäuscht, als neben Herrn Mitterrand ein schweizerischer Botschafter sass, der zwar sicher auch gut war -; aber so geht es einfach nicht, als Schweizer fühlt man sich so irgendwie deplaziert. Der Europarat ist eine der wenigen Stätten, wo wir Europa noch begegnen können, wo wir tatsächlich auch ernst genommen werden. Die Schweiz hat dort auch nach dem 6. Dezember von ihrem Gutpunktekonto, das sowieso zu hoch ist, keinen einzigen Punkt verloren. Mir scheint es sehr wichtig, Herr Bundesrat, dass Sie selber als Aussenminister den Stuhl neben dem Bundespräsidenten belegen und damit dokumentieren, dass die Schweiz voll dabei ist.

**M. Rebeaud:** Je soutiens ce qui vient d'être dit. Ce serait certainement un signe de mépris à l'égard du Conseil de l'Europe que notre ministre des Affaires étrangères n'y soit pas. Evidemment, nous en subirions les conséquences en retour. Je me joins à la prière très ferme qui est faite à M. Cotti, conseiller fédéral, pour qu'il se prenne le temps d'accompagner le président de la Confédération.

**Bundesrat Cotti:** Ich nehme das sehr gerne zur Kenntnis, möchte aber bemerken, dass bisher an Gipfeltreffen immer nur der Bundespräsident anwesend war. Ich war letztes Jahr nur deshalb in Rio, weil Herr Felber krank war. Irgendwie habe ich den Eindruck, dass sie die Präsenz des Bundespräsidenten nicht genügend hoch einschätzen: Der Bundespräsident vertritt die Schweiz als Staatsoberhaupt, und der Bundespräsident als Mitglied einer Kollegialbehörde ist auch in der Lage, die Position der Schweiz zu vertreten, wo es nicht um Fragen seines Departements geht. Ich werde Ihre Bitte dem Bundesrat vortragen, aber ich muss auch sagen, dass wir die Strukturen der Schweiz anerkennen müssen, und diese verlangen, dass der Bundespräsident alleine die Schweiz vertritt. Wir werden Ihr

Begehren nach einer Ausnahme wohlwollend prüfen, aber Sie dürfen nicht vergessen, dass der Bundesrat von einem Bundespräsidenten geführt ist, der durchaus in der Lage ist, die Position der Schweiz zu vertreten. Ich fühle mich von Ihren Äusserungen, die mir sehr formalistisch scheinen, doch etwas berührt. Wir versuchen ja, die Funktion des Bundespräsidenten eher aufzuwerten. Ich erinnere mich sehr gut daran, was es gebraucht hat, damit ich in Rio Herrn Felber vertreten konnte. Die Schweiz wird in Wien glänzend durch den Bundespräsidenten vertreten sein.

Zu Frau Haller: Ich teile Ihre Auffassung. Der Pacte de solidarité ist natürlich noch ein Embryo; man weiss noch nicht viel darüber. Man weiss, dass dessen Hauptthematik die Grenzziehung in Europa sein soll. Ich habe kürzlich meinen Kollegen in Frankreich gesagt, dass man nicht davon ausgehen dürfe, die Grenzen müssten so gezogen werden, dass gar keine Minoritäten mehr bestünden und jede Minorität eine eigene staatliche Struktur habe. Das wäre gar nicht im Sinne der Schweiz; unterstützen können wir den Grundsatz der Befriedung, welcher sicher hinter dem französischen Vorschlag steht. Das ist auch die Haltung von Deutschland und der anderen Staaten. Aber der ganze Pacte muss noch strukturiert werden, und die EG ist daran, dies zu tun. Wir werden also sehr vorsichtig sein, und wir wollen auf alle Fälle - aber das hat Herr Ballardur auch gesagt - keine zusätzliche institutionelle Belastung, indem neue Strukturen geschaffen werden. Die Strukturen für die Lösung dieser Fragen bestehen, und wenn der Pacte einen gewissen Impuls geben kann, der in die KSZE und vielleicht auch in den Europarat einfließt, dann ist er zu begrüssen.

Zu Herrn Columberg:, ich kann Ihnen versichern, dass ich versuchen werde, in all unseren Kontakten möglichst grosse Mehrheiten zu finden für die schwerwiegenden Fragen, die uns beschäftigen. Ich bin überzeugt, dass das zentrale Elemente sind, und der Europarat wird sich bestätigen, wenn er in diesen Fragen konkret vorwärts kommt.

Frau **Haller**: Ich finde unsere Regierungsform sehr gut; aber wir unterscheiden uns natürlich von den anderen, indem der Staatschef und der Regierungschef identisch sind. Nur können wir das ja nicht allen anderen erklären, und wenn wir jetzt auf die Idee kommen, dass auch der Aussenminister an dieses Gipfeltreffen gehen könnte, so kommt das aus dem Wunsch heraus, dass die Schweiz etwas darstellt. Das hat nichts mit den Personen zu tun.

**Frey Walter**: Ich bitte den Bundesrat, auch an die Effizienz zu denken.



Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 10. August 1993

**NATIONALRAT**  
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 3 der Sitzung vom 5./6. Juli 1993,  
14.30 - 21.20 und 08.00 - 12.30 Uhr,  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4

TAGESORDNUNG Siehe Seite 2

ORDRE DU JOUR Cf. page 2

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bäumlín, Berger, Caccia (ersetzt am  
6.7. durch Darbellay), Columberg, Eggly (er-  
setzt durch Gros Jean-Michel), Fischer-  
Hägglingen, Frey Walter, Grendelmeier,  
Haller, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler,  
Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,  
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 5.7. durch  
Stamm Luzi), Zbinden Hans, Ziegler Jean

Entschuldigt: Maitre

Weitere Teilnehmer:

Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
Bundesrat Stich, Vorsteher EFD  
Botschafter von Däniken, EDA  
Botschafter Arioli, BAWI, EVD  
Minister Ramsauer, BAWI, EVD  
H. Colombo, EFD  
H. Ith, EFD  
Botschafter Reverdin, Exekutivdirektor BERD,  
London  
H. Frunz, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, B. Pitteloud

Protokoll: I. Stauffer (d), G. Québatte (f,  
5.7.), H. Baessler (f, 6.7.)

## TAGESORDNUNG

5. Die schweizerische Osthilfe
  - 5.1 Schwerpunkte und Entscheidungsabläufe innerhalb der Verwaltung
  - 5.2 Verwendung der Mittel: bilateraler oder multilateraler Rahmen?
  - 5.3 Einsatz der Mittel: projektbezogen, nicht projektbezogen?
  - 5.4 Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas: Stand der Vorarbeiten
  - 5.5 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD): bisherige Erfahrungen

Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

## ORDRE DU JOUR

5. L'aide suisse aux pays de l'Europe de l'Est
  - 5.1 Points principaux et processus de décision au sein de l'administration
  - 5.2 Utilisation des moyens: sur le plan bilatéral ou multilatéral?
  - 5.3 Engagement des moyens: lié à un projet? non lié à un projet?
  - 5.4 Arrêté fédéral sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est: état des travaux préparatoires
  - 5.5 La Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD); expériences faites jusqu'à ce jour

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-verbal principal)

## 5. Die schweizerische Osthilfe

Die Punkte 5.1 bis 5.4 betreffend die Entscheidungsabläufe innerhalb der Verwaltung, die Verwendung der Mittel in bilateralem oder multilateralem Rahmen, projektbezogen oder nicht projektbezogen und der Stand der Vorarbeiten des Bundesbeschlusses über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas werden gemeinsam diskutiert.

**Präsident:** Aufgrund der Auskünfte, die uns ungenügend erschienen, haben wir an der letzten Sitzung beschlossen, diesen Punkt noch einmal zu traktandieren. Ich habe den Bundesräten, die sich mit diesen Geschäften befassen, schriftliche Fragen eingereicht (Anhang 1), so dass sie sich vorbereiten konnten, und darauf hingewiesen, dass unsere Kommission heute noch weitere Fragen stellen wird. Sie haben den Brief und die Antwort des Bundesrates erhalten (Anhang 2). Diese Antworten haben mich persönlich befriedigt.

**Bundesrat Stich:** Ich habe der schriftlichen Antwort nichts beizufügen.

**Mühlemann:** Es gibt zwei grundsätzliche Fragen: Wir haben einen Kredit bewilligt für Osteuropa, erhalten jetzt einen Vorentwurf für einen Bundesbeschluss, der mich sehr befriedigt, und aufgrund dieses Entwurfs stellen wir fest, dass, nachdem lange diskutiert worden ist, die Osteuropahilfe auch die ehemaligen GUS-Staaten bis Wladiwostok umfasst. Ich halte das für konsequent und richtig, die Frage ist nur, wohin die Hilfe in den GUS-Staaten geht. Das ist das grosse Problem. In der Diskussion wurde einmal gesagt, es gebe sogenannte stabile Inseln in den GUS-Staaten, Staaten, in denen man in der Demokratisierung weit gegangen ist, und es gebe andere, wo man klar auf Demokratie verzichte, wie z. B. Usbekistan. Die Frage, welche Länder wir unterstützen sollen, ist also relativ komplex. Ich glaube immer noch, dass die länderorientierte Unterstützung falsch ist. Aufgrund der bisherigen Praxis zeigt sich, dass die projektorientierte Unterstützung - sei es in Albanien oder Turkmenistan - die beste Lösung ist. Herr Bundesrat Stich, ist Kirgistan tatsächlich das Land, das wir unterstützen sollen? Ist Kirgisien das Land der Stabilität oder nicht?

Meine zweite Frage betrifft den finanziellen Einsatz. Wir haben einen gewaltigen Rahmenkredit bewilligt und stellen fest, dass jetzt nur sehr bescheidene Summen investiert werden. Wenn wir tatsächlich eine Umkehr in Richtung Altkommunisten verhindern wollen, müssen wir doch jetzt massiver finanzielle Unterstützung geben. Herr Bundesrat Stich, Sie haben mit dieser Investition in Kirgistan ein gutes Beispiel geliefert. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass wir bei allen Sparmassnahmen hier einfach mehr tun müssen, jetzt und heute? In drei bis vier Jahren könnte eine politische Umkehr eingetreten sein, die sich mit unseren politischen Zielen nicht vereinbaren lässt.

**Frau Bäumlín:** Wie Herr Mühlemann vermisste auch ich die projektbezogene Hilfe. Es ist jetzt einfach ein Weltbankprojekt, das hier mit Osteuropahilfe unterstützt wird. Ich hätte nichts gegen Synergieeffekte, aber jetzt hören wir

auch von den anderen Seiten der Synergie. Die vorgesehene Osthilfe besteht einfach vorwiegend aus einem Finanzierungsprojekt in einem Staat. Ist diese Osteuropahilfe wirklich nur auf Staatsebene anzusiedeln, oder ist es nicht besser, sorgfältig Projekthilfe von unten aufzubauen? Sonst könnten Ungerechtigkeiten zwischen den Staaten entstehen, die sich schlecht begründen lassen. Herr Mühlemann, ich weiss nicht, wie Sie sich bei der Budgetdebatte zur Osteuropahilfe verhalten haben; aber ich habe mich inklusive Finanzhilfe sehr dafür eingesetzt und mich gegen die traurige Einschränkung der Osteuropahilfe, die zur Diskussion stand, gewehrt. Dort ist das Problem. - Ich habe gezögert, sofort auf das Projekt Kirgistan einzugehen, weil ich finde, dass wir zuerst den Gesetzesentwurf besprechen müssen. Dort hätte ich einige Anmerkungen über die Geldzuteilung zu machen. Die multilaterale Hilfe ist im Entwurf eher am Rande vermerkt - ich bin nicht so befriedigt wie mein Vorredner -, und jetzt haben wir bereits das erste Beispiel, dass diese Art der Hilfe hier die grösste Rolle spielen wird. Auf diese Probleme möchte ich später gerne noch eingehen.

**Frau Bär:** Wir haben soeben eine Dokumentation erhalten über die Projekte der technischen Zusammenarbeit. Daraus ist sehr gut ersichtlich, wie wir die Schwerpunkte gelegt haben, die wir auch in dieser Kommission unterstützt haben: Bildung, Demokratisierung, Soziales, Gesundheit. Wenn ich die Antwort des Bundesrates auf Seite 3 unten und Seite 4 lese, komme ich zum Schluss, dass wir dieses Konzept, das wir einmal beschlossen haben, verlassen. Wir geben jetzt den grossen Brocken von 15 Millionen Franken nach Kirgistan, somit bleiben für dieses Jahr noch lumpige 7 Millionen Franken für die ganzen übrigbleibenden GUS-Staaten, und diese sollen schwergewichtig Russland und die Ukraine erhalten. Mangels zuverlässiger Partner vor Ort werden wir also nicht mehr bilaterale Projekte unterstützen, sondern unsere Kredite zur Co-Finanzierung einsetzen. Für mich stellt sich jetzt die Frage, ob wir nicht das Konzept, das wir einmal für gut befunden haben, mehr und mehr verlassen, seit wir Mitglied der Weltbank sind.

**Präsident:** Ich habe vorhin Herrn Bundesrat Stich gesagt, dass ich befriedigt sei von diesen Antworten; ich möchte einfach betonen, dass wir in der Diskussion zwei Ebenen haben. Die eine Ebene ist jetzt, wenigstens für mich, erledigt: Wer hat wieviel an wen beschlossen? Diese Fragen haben sich eher auf das Formelle bezogen, und sie wurden jetzt klar beantwortet. In diesem Sinne bin ich befriedigt. Noch offen ist aber die Frage der Politik, die damit betrieben wird, und darüber müssen wir sprechen. Ich erinnere daran, dass bei der Genehmigung des Kredites für die GUS-Staaten unter anderem von meiner Seite ein Antrag vorlag, der verlangte, dass im Beschluss zu stehen habe, dass das Geld nur projektbezogen eingesetzt werde. Dann hat mir der Vertreter des Bundesrates und die ganze anwesende Beamtenschaft hoch und heilig versprochen, das sei selbstverständlich und es sei nicht nötig, dies in den Beschlussentwurf hineinzunehmen. Entweder handelt es sich um ein Missverständnis, oder dann hätte ich wohl besser meinen Antrag nicht zurückgezogen. Ist jetzt die Hilfe von der Schweiz aus projektbezogen oder nicht? Der Bundesrat sieht es so, aber ich habe da gewisse Zweifel, ob wir unter projektbezogen nicht etwas anderes verstehen.

Diese Fragen müssten noch etwas geklärt werden. Ist es z. B. für die Schweiz beeinflussbar, wenn wir das Geld via Weltbank in einem grösseren Rahmen ausgeben? Können wir dann immer noch sagen: Wir Schweizer wollen ein bestimmtes Projekt finanzieren und dieses auch kontrollieren?

**Stich:** Darf ich feststellen, dass für die Ostkredite das BAWI und das EDA zuständig sind, nicht der Finanzminister? Ich bin aber der Stellvertreter des Stellvertreters, und da weder der Volkswirtschaftsminister noch der Aussenwirtschaftsminister da sind, vertrete ich sie. - Zum Ganzen muss ich sagen: Ich bin sehr froh, dass die ganze Diskussion um den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen ohne die Aussenpolitische Kommission abgelaufen ist; sonst wäre dieser Schritt wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Man kann Aussenpolitik betreiben, aber man kann nicht im voraus alles bis ins letzte Detail festlegen. Wenn Sie also heute an Länder der GUS-Staaten Hilfe leisten wollen, wenn Sie hier die absolute Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte fordern, dann wird es für den Finanzminister schwierig, dann können Sie nicht sehr viel Geld ausgeben. Allerdings kann man sich gelegentlich auch fragen, ob die Schweiz die Bedingungen für die Einhaltung der Menschenrechte immer gewährleistet; wir verlieren ja gelegentlich auch Prozesse. Es ist eine Illusion, dass diese Länder nun plötzlich demokratische Länder werden und dass dieser Prozess schön konstant verlaufe, wie wir uns dies wünschen würden. Dazu sind, vor allem in den Ländern, die in unserer Ländergruppe sind, die Spannungen viel zu gross. In Aserbaidschan z. B. ist die frühere Opposition, also die alten Kommunisten, wieder an die Macht gekommen, in Usbekistan und in anderen Ländern ging es ähnlich; mit Ausnahme von Kirgistan sind im Grunde genommen noch die alten Leute an der Macht. Das ist ja auch der Grund, warum die Bretton-Woods-Institutionen eine Sonderaktivität geschaffen haben, die nicht diese strenge Konditionalität verlangt. Man muss eben versuchen, diese Länder trotzdem auf dem Weg zur Demokratie zu begleiten. Wenn man nichts tut, kann man wahrscheinlich auch nicht sehr viel helfen. Sicher wäre es falsch, wenn man einfach Geld gibt. Ich habe Ihnen das letzte Mal schon gesagt: Von mir aus gesehen ist die technische Hilfe die wichtigste Hilfe. Man muss ihnen helfen beim Aufbau eines Staates, einer Verwaltung, die diesen Namen verdient. Denn in diesen Ländern ist ein Budget z. B. noch ein Buch mit sieben Siegeln. Der Unterschied zwischen Staatshaushalt, wie wir ihn verstehen, und der Zahlungsbilanz ist dort noch nicht so klar definiert. Das braucht es alles, damit hier einmal Volkswirtschaften entstehen können, die demokratisch und zugleich marktwirtschaftlich organisiert sind. Auch dazu muss man ihnen helfen, damit sie letztlich von der Tauschwirtschaft wegkommen. Sie wissen ja, dass wir mit diesen Ländern schon vor dem Fall der Berliner Mauer Handelsbeziehungen gehabt haben; die Schweiz hat ihnen damals schon Maschinen geliefert. Das waren reine Tauschgeschäfte. Ob dies diese Länder besonders fördert, ist eine andere Frage, die wir nicht zu beurteilen haben. Aber so gesehen muss man sich einfach bewusst sein: Es gibt in allen diesen Ländern noch sehr viel zu tun. Wenn wir hier an einem Kredit der Bretton-Woods-Institution für Kirgistan mitgemacht haben, so in der vollen Überzeugung, dass Kirgistan das Land ist, das erstens am

weitesten demokratisiert und zweitens in bezug auf die wirtschaftliche Reform am weitesten fortgeschritten ist. Das allein rechtfertigt schon Hilfe, ganz abgesehen davon, dass dieses Land nicht von uns abhängig ist; das ist eine Angelegenheit der Weltbank. Aber wenn wir ein Land in unserer Ländergruppe haben, kommen wir auch nicht darum herum, hier mitzumachen. Über die Verwendung der Kredite im einzelnen werden Ihnen die Herren von Däniken und Arioli Auskunft geben.

- Grundsätzlich müssen wir dort helfen, wo Bestrebungen im Gange sind, die unseren Vorstellungen entsprechen. Von mir aus gesehen hätten es diese Länder nicht unbedingt nötig, Kredite zu bekommen; mit ihren Rohstoffen könnten sie sich sehr wohl selber helfen. Aber man muss etwas tun, man muss diesen Ländern auf dem Weg zur Demokratie helfen. Turkmenistan und Usbekistan befürchten - vermutlich zu Recht -, dass sie von aussen destabilisiert werden, und zwar von islamischen Fundamentalisten. Wenn sie Erklärungen abgeben, sie würden die Stabilität schützen, ist dies natürlich zweideutig: man kann darunter auch verstehen, dass sie nichts verändern wollen. Aber im Vordergrund steht die Sorge, dass sie von aussen her destabilisiert werden, und in Tadschikistan und in Aserbaidschan ist dies bereits ein Problem.

**Frau Bär:** Ich habe jetzt den Eindruck bekommen, dass wir aneinander vorbei diskutieren. Ich habe niemals gesagt, wir müssten weniger Geld geben; ich habe immer zu jenen gehört, die vertreten haben, wir müssten verstärkt Osteuropahilfe leisten. Aber wenn ich jetzt diese Dokumentation ansehe, dann sind auf der einen Seite ganz verschiedene Institutionen angeführt, wie das Eidgenössische Personalamt, der Eidgenössische Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Gewerbeverband, der Baumeisterverband, die Universität Neuenburg, das BIGA. In der Antwort des Bundesrates auf den Brief von Präsident Rychen steht, dass die 7 Millionen, die für die Osteuropahilfe noch verbleiben, nicht mehr nach dieser Philosophie verwendet werden, sondern zur Co-Finanzierung von internationalen Projekten. Unsere Institutionen, die bisher an dieser Osteuropahilfe partizipiert haben, sind nicht mehr dabei. Findet hier nicht ein Philosophiewechsel bei der Verwendung unserer ohnehin viel zu kleinen Osteuropahilfe statt?

**Von Däniken:** Ich möchte noch kurz daran erinnern, dass der Rahmenkredit für die Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten im März dieses Jahres von den beiden Räten genehmigt wurde. Wir stehen also ganz am Anfang unserer Hilfe an diese Staaten. Ich kann hier klarstellen, dass in unserem Konzept der technischen Zusammenarbeit keine fundamentalen Wechsel erfolgen werden. Sie wissen, dass für die Ausscheidung dieser 600 Millionen Franken wiederum das Verhältnis gilt: ein Viertel für die Projekte der technischen Zusammenarbeit, drei Viertel für die Zusammenarbeit im Bereich der Finanzhilfe. Unseren Beitrag an die Weltbank für die Finanzierung von Projekten in Kirgistan dürfen Sie nicht als einen multilateralen, nicht projektbezogenen Beitrag ansehen; vielmehr wird sich das so abspielen, dass wir als Mitglied der Weltbank die Möglichkeit haben - und davon auch Gebrauch machen werden -, bei der Verwendung dieser Gelder mitzubestimmen. Im Rahmen der Weltbank werden konkrete Projekte ausgearbeitet, vorgestellt und genehmigt. Bei der Identifikation dieser Projekte haben wir die

Möglichkeit, mitzuwirken. Dabei werden sich Projekte der technischen Zusammenarbeit finden, und wir werden dafür sorgen, dass hier die gleiche Philosophie zur Anwendung kommt, wie wenn wir das bilateral machen würden. Da die Schweiz noch wenig Erfahrung mit der Zusammenarbeit mit diesen Staaten hat, sind wir nicht unglücklich darüber, dass wir hier den Einstig zusammen mit der Weltbank finden werden. Aber noch einmal: Wenn es darum geht, im Rahmen unseres Beitrags Projekte festzulegen, dann haben wir die Möglichkeit, mitzubestimmen, und wir werden dafür sorgen, dass es sich um denselben Typ von Projekten handelt wie denjenigen, den wir auch im bilateralen Rahmen finanzieren werden.

**Arioli:** Dasselbe gilt auch für die Finanzhilfe. In dem Brief des Bundesrates wird gesagt, wir hätten in der Konsultativgruppe für die Schweiz einen Betrag von 10 Millionen Dollar für Kirgistan gesprochen, aber es wird dann gleich angeführt, diese grundsätzliche Zusage unterliege der Auflage, dass die noch zu identifizierenden Projekte durch die zuständigen schweizerischen Stellen bewilligt werden. Es sind in dem Sinn keine eigentlichen Weltbankprojekte, aber angesichts der Situation in Kirgistan stützen wir uns auf die seit Monaten laufenden Untersuchungen durch die Experten der Weltbank, die dort vor Ort anwesend sind. Diese Weltbankanalysen geben uns an, welche Importe in dieser ersten Phase unbedingt notwendig sind. Die Weltbank hat Sektoren identifiziert, und diese Identifizierung wird jetzt noch konkretisiert. Die Sektoren, die die Weltbank uns genannt hat, betreffen Energie, Umwelt, Verkehr, Telekommunikation, Landwirtschaft und Bewässerung. Wir überlegen nun, welche Produkte für welche derartigen Sektoren verwendet werden und wo allenfalls aus der Schweiz ein wettbewerbsfähiges Angebot gemacht werden kann. Dann signalisieren wir der Weltbank, dass wir in einem dieser Bereiche ein bestimmtes Projekt auswählen und dieses finanzieren werden. Diese Arbeit ist jetzt im Gang. Wir bleiben absolut Herr über die Entscheide, was wir finanzieren. Wir stellen diesen Betrag weder der Weltbank noch der kirgisischen Regierung einfach zur freien Verfügung.

**Columberg:** Es kommt vielleicht der Eindruck auf, wir sollten eine eigenständige Ostpolitik machen. Vor drei Wochen fand eine grosse Konferenz in Helsinki statt, wo alle Vertreter der betroffenen Länder und auch Vertreter der westlichen Länder dabei waren. Man hat eine Vierjahresbilanz vorgenommen und sich kritisch gefragt, was diese Hilfe gebracht hat. Eine der wesentlichen Erkenntnisse dieser Tagung war die, dass die Koordination der westlichen Hilfe mangelhaft ist und dass dadurch die Effizienz nicht immer so gut war, wie man sich erhofft hatte. Darum möchte ich die Idee unterstützen, dass man zwar sagt, wo das Geld hinfliessen soll, aber nur in Absprache mit den kompetenten Organisationen, so dass eine gesamtheitliche Politik erfolgen kann. Ein Beispiel: In Albanien hat man errechnet, dass es eine Hilfe bekommen hat, die ungefähr - rein statistisch - drei durchschnittlichen Jahreseinkommen für die gesamte Bevölkerung entsprechen würde. Wenn diese Hilfe von Anfang an sinnvoll eingesetzt worden wäre, müsste die Wirkung grösser sein. Ich würde daher sehr dafür plädieren, dass man nach wie vor und vielleicht vermehrt das

Gewicht nicht auf Einzelaktionen legt, sondern Wert legt auf gute Koordination bei der Hilfe.

**Mühlemann:** Herr Bundesrat, die Aussenpolitische Kommission hat seinerzeit Ihren Vorschlag, der Weltbank beizutreten, einstimmig unterstützt. Wir haben damals auch die Frage gestellt: Wie halten Sie es mit dem EWR? Sie haben dort sehr widerwillig geantwortet: Ja, da wird man wohl beitreten müssen. Das war eine interessante Sitzung mit Ihnen. - Das Kirgistan jetzt ausgewählt wurde, halte ich für eine mögliche Lösung. Man kann hundertmal diskutieren, welche Staaten besonders demokratisch sind. Es ist auch so, dass bei der marktwirtschaftlichen Untersuchung - ich habe die Kreditwürdigkeitsprüfung sämtlicher fünf Länder erlebt, in einer grossen Bank - Kirgistan an dritter Stelle steht. Aber es hat keinen Sinn, jetzt darüber zu diskutieren; entscheidend ist die Feststellung, dass wir projektorientiert helfen werden. Wir werden dann überprüfen, ob in Kirgistan tatsächlich Projekte gewählt worden sind, die der Demokratie und der Marktwirtschaft dienen, und welche Fortschritte dort erzielt worden sind.

**Bundesrat Stich:** Ich bezweifle keinen Moment, dass die Aussenpolitische Kommission in ihrer grossen Mehrheit für den Beitritt zur Weltbank gewesen ist; aber die Art und Weise, wie man solche Probleme löst, ist gelegentlich zum Verzweifeln. Das letzte Mal bin ich mir hier vorgekommen wie der Angeklagte in der Puk. So kann man keine Aussenpolitik machen. Zum EWR: Ich habe Ihnen damals geantwortet, in der Schweiz sei die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet, und ich unterstützte im übrigen den Bundesrat. Das war die Antwort, und sie ist es heute noch.

**Präsident** zu den restlichen Geldern, die jetzt für dieses Jahr noch zur Verfügung stehen: Haben die Verwaltung und der Bundesrat schon Absichten, in welche Richtung dieses Geld gehen könnte?

**Bundesrat Stich:** Der Bundesrat hat noch keine Absichten.

**Präsident:** Sind von privaten Organisationen, wie sie Frau Bär erwähnt hat, Begehren eingegangen, in dem Sinne, dass sie Geld möchten zur Unterstützung von privaten Projekten?

**Von Däniken:** Es gibt Interessen von seiten privater Hilfswerke, aber auch von seiten von Unternehmen. Sie sind nicht sehr zahlreich. Die Hilfswerke haben selber, wie sie sagen, noch keine Erfahrung in diesen Ländern. Ich habe vor einigen Wochen Vertreter der Hilfswerke zu einem längeren Gespräch empfangen - es war die Gruppe der Interkoordination, in der Helvetas, HEKS, Caritas u. a. zusammengeschlossen sind. Sie sind bereit, sich da zu engagieren; Kirgistan erschien ihnen als eine gute Wahl. Wir werden diese Interkoordination mit einer Abklärung in diesem Land beauftragen. Aber im Allgemeinen ist das Interesse relativ beschränkt, weil diese Organisation in diesen Staaten keine Erfahrungen haben und selber relativ wenig Partner kennen, mit denen zusammen sie Projektarbeit leisten könnten.

**Arioli:** Im wirtschaftlichen Bereich sieht es ganz anders aus. Wir sind förmlich überschwemmt von Projektvorschlägen von



Unternehmen jeglicher Art. Ich persönlich bin erstaunt, wie gross da der Wagemut unserer Unternehmer ist, in derart unsichere Länder wie die Ukraine, Weissrussland oder die Russische Föderation zu investieren. Wir sind auf derartige Vorschläge nicht eingetreten, weil im Budget dieses Jahres nur 2 Millionen Franken mehr als im letzten Jahr stehen, d. h. A-fonds-perdu-Finanzierungen könnten wir nicht in einem grösseren Umfang als 2 Millionen Franken machen, und die sind jetzt für Kirgistan vergeben. Wir haben allerdings, und das wird in der Botschaft klar gesagt, die Kreditgarantien. Wie Herr Bundesrat Stich gesagt hat, sind sehr viele Länder namentlich aufgrund ihrer landwirtschaftlichen Kapazitäten, aber auch ihrer Rohstoffe, an sich für Kreditfinanzierungen geeignete Partner; aber ohne eine Garantie für die politischen Risiken ist niemand bereit, ihnen Kredite zu geben, und deshalb haben wir angefangen, abzuklären, in welchem Umfang wir aus diesem 600-Millionen-Kredit Kreditgarantien geben können. Das heisst einmal, dass diese Länder die entsprechenden Finanzinstitute haben, so dass sie solche Geschäfte überhaupt abwickeln können, und dass sie auch vernünftige Projektvorschläge machen können, bei denen derartige Kreditfinanzierungen im Sinne unserer Osthilfe gerechtfertigt sind. Wenn dies Abklärungen abgeschlossen sind, werden wir dem Bundesrat die entsprechenden Anträge stellen.

**M. Ruffy:** Monsieur Arioli, vous admirez le courage des entrepreneurs compte tenu de l'insécurité dans ces pays. Vous citez ensuite un certain nombre de ces pays jugés peu sûrs, et j'imagine que vous le faites pour nous seulement, faute de quoi on pourrait finir par décourager les investisseurs. Vous avez cité le Bélarus: y a-t-il des degrés d'insécurité entre les pays? Existe-t-il des tabelles sur les différents pays, ou avez-vous pu faire des constatations à propos du Bélarus sur place?

**Arioli:** Ich habe Weissrussland unter anderem darum zitiert, weil ja Herr Bundesrat Delamuraz dort einen Besuch abgestattet hat und wir deshalb die Verhältnisse in diesem Lande kennen. Weissrussland ist noch sehr straff und relativ stabil organisiert. Zu einem Teil wenigstens sind es noch die alten Partei- und Industrielleute, die hier am Ruder sind. Angesichts dieser Situation müssen wir dieses Land für unsere Hilfstätigkeit sicher auch in Betracht ziehen.

**Präsident:** Können Sie uns, Herr Botschafter, noch etwas sagen über den Terminplan für das Gesetz?

**Von Däniken:** Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 14. Juni diesen Entwurf gutgeheissen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um ein Gesetz, sondern um einen allgemein verbindlichen Bundesbeschluss, der auf eine Dauer von 10 Jahren limitiert sein soll. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung eröffnen (Anhang 3). Bis im November 1993 werden wir eine Auswertung der Vernehmlassung, die Ende September abgeschlossen sein sollte, vornehmen. Bis Ende Jahr wird dann eine Botschaft an die Eidgenössischen Räte ausgearbeitet. Vorgesehen ist die Verabschiedung durch den Bundesrat für Anfang 1994, so dass wir im besten Fall bis Ende 1994 mit einer Verabschiedung des

Bundesbeschlusses durch die Räte rechnen. Somit könnte der Beschluss auf Anfang 1995 in Kraft gesetzt werden.

**Präsident:** Die Kommission hat von den Antworten des Bundesrates positiv Kenntnis genommen. Ganz klar kam aber auch der Wunsch zum Ausdruck, dass die Gelder möglichst projektbezogen und möglichst durch die Schweiz kontrolliert und bestimmt sind. Das widerspricht nicht der Ansicht von Herrn Columberg, dass dies in Zusammenarbeit mit weltumspannenden Organisationen gemacht wird. Ich bedanke mich für Ihre Auskünfte, Herr Bundesrat Stich. - Haben Sie noch Fragen zu den Punkten 5.1 bis 5.4?

**Frau Bäuml:** Mir kam der Einstieg zu Punkt 5.4 etwas überstürzt vor; dass unter Punkt 5.4 steht: Stand der Vorarbeiten, habe ich übersehen. Ich habe mich mit diesem Vorentwurf befasst und hätte eigentlich ganz gern Bemerkungen dazu gemacht. Unterdessen sage ich mir fast ein wenig resigniert, dass der Vorentwurf sehr vage ist, und darüber, wie das abläuft, sind wir jetzt informiert worden. Das wird jetzt einfach so weitergehen wie bisher, sehr unkontrollierbar, noch gut 1 1/2 Jahre wird in dieser Osteuropahilfe weitergewurstelt werden. Was nicht einmal im Vorentwurf steht, sondern nur verklausuliert in Kann-Formeln, ist die Festschreibung der technischen Zusammenarbeit auf ein Viertel. Wir haben uns immer gegen diese Reduktion der technischen Projekthilfe gewehrt. Auf dem kalten Wege wird dies nun einfach so zementiert; ich bin wirklich enttäuscht und muss nun einsehen, warum die schweizerische Osteuropahilfe nicht ein Teil des Solidaritätsgesetzes sein kann, wie ich es vorgeschlagen hatte. Im Grunde genommen handelt es sich hier um nichts anderes als um die Ausweitung der Exportrisikogarantie nach Osteuropa. Ich fühlte mich auch nicht belohnt für meinen Einsatz in der Budgetdebatte; denn ich habe wirklich gehofft, dass wir etwas Besseres daraus machen können, wenn wir die ganze Osteuropahilfe auf einen guten Start zentrieren. Das ist nicht geraten. Ich werde dafür sorgen, dass die Vernehmlassung unserer Partei ganz klar ausfällt, und so werden wir meine Anliegen diskutieren, wenn der Beschlussentwurf in den Rat kommt.

Mir war viel daran gelegen, dass hier ein Gesetz geschaffen würde, das wir in der Kommission vorbereiten können. Aber es ist ja schon so: Bei einem Bundesbeschluss dieser Art - wo in Artikel 9 steht: Der Bundesrat bestimmt unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse der Staaten Osteuropas sowie der in der Schweiz verfügbaren Möglichkeiten und Kenntnisse die Prioritäten und die vorrangigen Tätigkeiten der Zusammenarbeit - kann man nichts machen, da bestimmt der Bundesrat; welcher Bundesrat das ist, ist völlig unklar.

**Oehler:** Die Frage stellt sich für mich, was wir letztlich mit dieser Hilfe erreichen wollen. Wenn wir Hilfe leisten, damit den andern geholfen ist, dann ist das ein ehrbares Ziel, und letztlich auch notwendig. Wenn ich aber unsere Hilfe mit der Hilfe anderer Staaten und deren Zielsetzung vergleiche, stelle ich fest, dass wir vermutlich das einzige Land sein werden, das Hilfe der Hilfe willen leistet. Denken wir z. B. an Deutschland: Vor dem Krieg hat das alte Deutschland 13 Prozent der Exporte in den Osten geliefert. Heute sind es noch 5

Prozent - ohne die Ex-DDR. Das Ziel der deutschen Ostpolitik ist es, den alten Zustand wieder zu erreichen. Es ist klar, dass die deutsche Osthilfe für die eigene Wirtschaft arbeitet, mit Blick auf den Osten. Ich glaube, dass auch wir nicht gewillt sein werden, Hilfe nur um der Hilfe willen zu gewähren. Wenn wir das machen, ist dies ein ehrbares Ziel, aber wir werden neben den Schienen fahren. Ich sage das - so leid es mir tut - auch mit Blick auf die eigene Beschäftigungslage. Wie wollen wir unserem Volk beibringen, dass wir bezahlen müssen, damit die anderen sich entwickeln können, derweil man bei uns monatlich mehr Arbeitslose zu zählen hat? Hier haben wir einen Konnex herzustellen. Die Deutschen machen das mit jenen 8 Prozent, die in der Exporthilfe noch aufgebaut werden müssen. Sie haben recht, wenn Sie sagen, in Deutschland sei dies eine Exportrisikogarantie. Wir können hier nicht so weit gehen; aber wir können dies nicht voneinander abkoppeln, sonst werden wir Schiffbruch erleiden.

**M. Ruffy:** Je souhaiterais que l'on parle de l'arrêté fédéral seulement lorsqu'on aura le résultat des évaluations faites sur les initiatives prises jusqu'à présent. Il est indispensable d'avoir ces renseignements pour fonder notre jugement. Je continue à faire confiance au bureau qui s'occupe de la coopération avec les pays d'Europe centrale et orientale, mais ces indications seront utiles.

Quant au document remis, je souhaiterais avoir trois précisions:

- 1) Nous allons aborder la question de la BERD. A ce propos, le bureau que dirige M. von Däniken a-t-il reçu les rapports de la BERD concernant les différents pays? Peut-il nous dire quel est leur contenu et s'ils peuvent être utiles à notre action?
- 2) J'ai lu que Pro Helvetia créait des antennes dans certains pays: quelle forme prennent ces antennes, quelles sont leurs prestations, et quels sont les résultats des actions culturelles?
- 3) Il existe plusieurs programmes d'aide agricole. Jusqu'à présent, on observe des initiatives privées, ou soutenues par des ONG. Y a-t-il un projet de mécanisation agricole dans certains pays?

**Von Däniken:** Was den Zeitplan für die Verabschiedung des Bundesbeschlusses betrifft, verstehe ich, dass Frau Bäumlin nicht ganz befriedigt ist; aber es ist der normale Zeitraum, und wir können das nicht wesentlich beschleunigen. Herr Präsident, ich muss ehrlich sagen, dass ich Schwierigkeiten mit der Qualifizierung unserer Arbeit als "weiterwursteln" habe. Mindestens für die Tätigkeit der technischen Zusammenarbeit könnte ich das in dieser Form nicht akzeptieren. Wir verfahren nach Richtlinien, die sich jetzt eingespielt haben. Ich gestehe gern, dass wir mit diesen Erfahrungen am Anfang sind, dass wir Verbesserungen erzielen können, aber die Entscheidungsabläufe für die Genehmigung der Projekte, für die Genehmigung unserer Programme, die Zuständigkeiten sind klar geordnet. Die Mitwirkung der einzelnen Bundesämter ist ebenfalls sichergestellt, einerseits durch die Fachgruppen, andererseits

durch die Mitwirkung der Departemente im interdepartementalen Programmkomitee. Die Genehmigung der Projekte entsprechend der Zuständigkeitsordnung verläuft im Moment reibungslos. Insofern haben sich die Abläufe bisher zufriedenstellend eingespielt. Noch einmal: Wir können die Dinge verbessern, und ich bin bereit, Anregungen entgegenzunehmen; aber im Moment läuft es zufriedenstellend.

Ich bin dankbar für den Hinweis, dass die Osteuropahilfe bis zu einem gewissen Grad auch Interessenpolitik ist. Das entspricht auch der Botschaft, die die Eidgenössischen Räte verabschiedet haben. Unter den fünf Oberzielen, die das Parlament gutgeheissen hat, befindet sich auch der Aspekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Zu den Fragen von Herrn Ruffy: Wir erhalten die Berichte der Ostbank in London; sie gehen sowohl an das BAWI wie an das EDA. Wir prüfen sie und versuchen, diesen Berichten Anregungen zu entnehmen; aber es ist im Moment noch zu früh, um verlässliche Aussagen über die Nützlichkeit dieser Berichte zu machen. Sie haben zu Recht auf unsere Unterstützung für die Pro Helvetia hingewiesen: Ich möchte für dieses Programm Herrn Canonica das Wort geben. Auch Ihre Frage bezüglich des Mechanisierungsprojektes im Landwirtschaftsbereich muss ich im Moment passen, werde Ihnen aber schriftlich antworten, falls Herr Canonica die Frage nicht beantworten kann.

**Präsident:** Frau Bäumlín, bitte erklären Sie noch kurz, was Sie mit "weiterwursteln" gemeint haben.

**Frau Bäumlín:** Herr von Däniken, ich wollte in keiner Weise Sie angreifen. Ich wollte etwas sagen zu den Vorgängen in der Kommission und im Parlament, und auch darüber, wie der Bundesrat in dieser Sache agiert. Wenn die Verwaltung sich angesprochen fühlte, kommt das vielleicht daher, dass - wie ich weiss - zwischen den Departementen ein Konflikt besteht, der zusammenhängt mit dem Problem, ob es uns hier um Exporthilfe geht oder ob wir nach dem Solidaritätsprinzip vorgehen wollen. Mein Vorwurf richtete sich auf die Gesamtlage des Vorgangs der Osteuropahilfe, keineswegs auf die Arbeit der Verwaltung.

**Präsident:** Ich möchte noch beifügen, Herr Botschafter von Däniken, dass sich die Kommission nicht mit diesem Begriff identifiziert und dass Sie sich nicht betroffen fühlen müssen. Sie haben recht, wenn Sie diese Bemerkung zurückweisen, und ich weise sie in diesem Sinne auch zurück. Frau Bäumlín hat damit das Problem in der Osteuropahilfe angesprochen, das auch das Problem des Parlamentes ist, wo wir verschiedene Ansichten haben.

**Mühlemann:** Die Intervention von Frau Bäumlín können wir nicht ganz unbeantwortet lassen. Der vorliegende Beschlussentwurf scheint mir im Wesentlichen richtig zu sein, denn er lässt in der Methode viele Möglichkeiten offen. Auch möchte ich hinweisen auf die Erfahrungen, die wir gesammelt haben: Man kann bestimmt sagen, dass ein Fortschritt erzielt wurde, indem man von der länderorientierten zur projektorientierten Entwicklungszusammenarbeit vorgestossen ist. Die einzelnen Projekte, die die Schweiz unterstützt, scheinen sich sogar in

ihrer Qualität auszuzeichnen. Kürzlich haben mir z. B. die Bulgaren versichert, dass das schweizerische Ausbildungsprojekt in Bulgarien sehr gut war. Oder wenn ich an die Mechanisierung im Agrarbereich in Albanien denke, dann war das sehr gut, ebenso die Tourismusförderung in der Tschechoslowakei oder die Sondermüllentsorgung in Bulgarien. Was mir als Vertreter der Wirtschaft fehlt, ist hier und da eine Investitionsspritze auch für gewisse Unternehmer. Das Problem ist der Vollzug, und hier sind Sie, Herr Bundesrat Cotti und Herr Bundesrat Delamuraz, angesprochen. Wir haben zwei Träger, und die Koordination ist nicht immer sichergestellt. Auch haben wir immer noch zuwenig Experten, die ausgebildet sind, um diese Aktionen kontrollieren und unterstützen zu können. - Gesamthaft gesehen darf man sagen, dass der Ansatz positiv ist, und wir dürfen stolz sein auf unsere eigenständige schweizerische Arbeit.

**Frau Segmüller:** Mir drängt sich der Vergleich zwischen Osthilfe und Entwicklungshilfe immer stärker auf. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass man die Aufsicht einer Kommission wie der Kommission Nebiker, der Frau Bär und ich angehören, übertragen wollte. Es hat dann geheissen, das gehe nicht, dafür gebe es ein neues Gesetz, und die Kommission Nebiker verfüge ja nicht über die notwendigen Ostspezialisten. Dem hätte man zwar abhelfen können. Jetzt stelle ich fest, dass genau wegen dem Fehlen des Supervisors - sei der nun vom Parlament oder von der Verwaltung bestellt - diese zentrale Koordinationsstelle offensichtlich fehlt. Die Kommission Nebiker ist das einzige Kontrollorgan, das Vertreter von EVD und EDA an einen Tisch zusammenbringt, an dem auch Vertreter der Wirtschaft, der Politik und der Hilfswerke vertreten sind. Mir scheint, dass jetzt für die Osthilfe ein solches Instrument fehlt. In der Botschaft heisst es nur - bezogen auf Art. 15 -, dass der Bundesrat für die Aufsicht Sorge. Wie diese Aufsicht wahrgenommen werden soll, scheint noch nicht klar zu sein. Die Arbeit, die geleistet wird, und die Auswahl der Projekte scheinen mir absolut in Ordnung zu sein. Aber es geht darum, dass man das ewige Unbehagen, das sich in den Diskussionen bei uns zeigt, kanalisiert und dass man sagen kann, wo die Instanz ist, die zum Rechten schaut und die auch gegenüber der Öffentlichkeit verantwortlich ist. Der Bundesrat wäre sicher gut beraten, wenn er spätestens im Zusammenhang mit diesem Bundesbeschluss die Verantwortung klar an eine Instanz zuweist.

**Präsident:** Auch als Präsident stelle ich fest, dass immer wieder darüber geklagt wird, dass Leute, die ein Begehren stellen, von Stelle zu Stelle geschoben werden. Das ist zwar normal, aber viele haben dafür wenig Verständnis. Es wird auch beklagt, dass private Initiative in diesem Bereich nicht gefragt sei. Vielleicht kann man eben diese Mittel nicht geben; Herr Arioli hat erklärt, warum.

**Bundesrat Cotti:** Eine Diskussion dieser Art hat ja im Plenum des Nationalrates vor wenigen Wochen stattgefunden, anlässlich der Diskussion des Geschäftsberichtes des Departements. Wir haben veranlasst, dass man Ihnen, aufdatiert auf den 1. Juni, alle bewilligten und finanzierten Projekte der Osthilfe im Bereich der technischen Zusammenarbeit zusammenstellt und verteilt. Das soll nicht nur eine Unterstützung für die Kommission sein, sondern es soll auch den Willen des

Bundesrates bekunden, in ständigem Dialog mit der Kommission vorzugehen. Sie sollen wissen, was hier gemacht wird, und damit können Sie auch beurteilen, was sinnvoll war und was nicht.

Ihre Kritik hat sich weniger auf materielle Aspekte bezogen als auf die Strukturen innerhalb der Verwaltung. Als ich noch Vorsteher des EDI war, habe ich aus verschiedenen Bereichen, die jenem Departement unterstellt sind, oft gehört, es sei sehr umständlich, wie die Projekte vorangebracht würden, und die zuständigen Stellen würden zu wenig einbezogen. Das sind sicher strukturelle Probleme, die einmal angepackt werden müssen; aber heute kann ich Ihnen nicht sagen, auf welche Weise. Braucht man eine neue Kommission? Das ist möglich, Frau Segmüller. Mir scheint es aber besser, wenn weniger Personen die Verantwortung tragen, als wenn diese unter zu vielen Personen aufgeteilt und damit verwässert wird. Wir werden mit Herrn von Däniken in aller Ruhe der Sache nachgehen und wir werden die Kommission systematisch auf dem Laufenden halten. - Ich freue mich zu hören, dass materiell gegen die einzelnen Projekte keine Einwände erhoben werden. Das ist immerhin ein Gütezeichen. Ich wäre eher besorgt, wenn es hiesse: Die Strukturen sind perfekt, aber die Projekte katastrophal.

**Frau Nabholz:** Als Parlamentarier sind wir oft die direkten Ansprechpartner von Initiativen, die ergriffen werden sollten. Wir haben das Dokument über die technische Zusammenarbeit ausgeteilt erhalten mit dem ganzen Kriterienraster, wie solche Projekte evaluiert und beurteilt werden. Wenn wir als Parlamentarier eine Antwort geben und nicht nur Briefkasten spielen wollen, wäre es wichtig, wenn wir so etwas weitergeben dürften. Ist dies gestattet, oder sind solche Dokumente vertraulich?

**Von Däniken:** Diese Kriterienliste ist in keiner Weise vertraulich. Sie dient für unsere tägliche Projektarbeit und ist selbstverständlich auch der Öffentlichkeit zugänglich. Wir können Ihnen ohne weiteres solche Listen oder andere Zusammenstellungen, die Sie interessieren, abgeben.

**M. Canonica:** (à M. Ruffy) En matière de culture, nous agissons par le truchement de Pro Helvetia et de l'Office fédéral de la culture. Ces deux organes agissent de façon complémentaire. Les mesures liées à l'OFC portent sur l'"institutional building", c'est-à-dire sur le renforcement des structures dans le milieu culturel. Le programme de Pro Helvetia est la conséquence de la chute du rideau de fer et de la nécessité de rétablir ou de renforcer des liens culturels entre les pays de l'Est et la Suisse. Cela fait l'objet d'un programme spécial pour Pro Helvetia, qui nécessite des appuis logistiques sur place. D'où la création de ces centres en Pologne, en Hongrie et en Tchécoslovaquie. Ces trois pays à eux seuls absorbent la majeure partie des budgets alloués à Pro Helvetia pour ses activités dans les pays de l'Est. Pro Helvetia sera de ce fait plus particulièrement active dans ces trois pays, et moins, en revanche, dans les autres pays d'Europe centrale et orientale. En matière de mécanisation agricole, vous avez pu constater dans le dossier qu'un programme est prévu pour l'Albanie. Il en est de même pour la Bulgarie. Outre cela, Swisscontact nous assiste pour mettre sur pied un programme de formation

professionnelle en mécanique, et surtout sur les machines agricoles, à destination de l'Albanie.

### 5.5. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD): bisherige Erfahrungen

M. l'ambassadeur Reverdin: Faisons le point sur le BERD après deux ans d'activité et les difficultés rencontrées ces derniers temps. D'abord les difficultés. Elles sont au nombre de trois:

1) Les pays d'intervention de la banque. Nous avons passé de 7 pays d'opération en Europe centrale et orientale à 24 avec l'éclatement de l'Union soviétique. Les affaires sont très difficiles dans ces pays; les cadres juridiques manquent; le système bancaire et financier est pour ainsi dire inexistant. Nous n'avons même pas de théorie sur laquelle nous puissions nous appuyer pour intervenir dans ces pays. On a beaucoup écrit sur le capitalisme, sur le communisme, mais on a très peu écrit sur le passage d'une économie d'Etat à une économie privée. C'est une difficulté supplémentaire. En effet, nous prenons parfois des décisions pour lesquelles nous ne sommes pas sûrs d'avoir raison. N'oublions pas aussi qu'il existe dans tous ces pays une mafia considérable, dont il faut se méfier.

2) Le mandat de la BERD. Nous agissons selon des principes bancaires qui sont simples, puisque nous avons reçu un certain capital dont nous sommes redevables vis-à-vis des actionnaires. D'un autre côté, on nous demande de déboursier beaucoup plus d'argent, et très rapidement. Ces deux choses sont contradictoires, et nous avons été pris dans cette contradiction, notamment par la presse. Encore, la BERD ne doit pas investir dans des projets où d'autres investisseurs pourraient s'engager. Il faut éviter ce qu'on appelle le "crowding out", c'est-à-dire de voler des projets si des investisseurs privés s'y intéressent. Or, là aussi, nous avons dû prendre certaines libertés qui nous ont été reprochées.

3) La personnalité du président Attali. Celui-ci a géré cette banque d'une manière extrêmement dynamique, pour ne pas dire parfois brutale, et qui n'a pas toujours tenu compte des sensibilités des actionnaires de la banque, qui très rapidement, se sont révoltés d'abord sournoisement, puis plus ouvertement, ce que la presse britannique a très bien ressenti. Une remarque: à ce stade, les USA n'étaient pas très attachés à cette banque parce qu'ils voulaient voir la Banque mondiale agir dans les pays de l'Europe de l'Est plus que la BERD, ayant un meilleur contrôle sur la Banque mondiale. L'Allemagne, quant à elle, espérait régler ces questions sur un plan bilatéral. Quant au Canada et au Japon, qui sont les grands actionnaires, ont été assez peu concernés par les événements. Ensuite, la crise elle-même: il y a eu des maladroites, voire des erreurs commises par le président, qui ont été relevées d'abord par le Financial Times, auquel ont fait écho notamment les journaux suisses. Je dois dire à la décharge de la banque que le budget a été approuvé par le gouvernement britannique ainsi que par l'ensemble des conseils d'administration, c'est-à-dire par les chancelleries des pays actionnaires.

En outre, le coût du mètre carré du lieu d'implantation de la Banque est inférieur au coût du mètre carré dans la City. Pourquoi a-t-on voulu la tête d'Attali? Il en donne lui-même l'explication: selon lui, c'est parce qu'il est français, qu'il est membre d'un Parti peu apprécié dans les milieux bancaires, qu'il est juif -ce qui n'est sans doute pas une bonne raison-, et qu'il n'est pas banquier -ce qui est peut être une bonne raison!

Il faut aussi reconnaître qu'on a été extrêmement malhabile avec la presse britannique, qui a un pouvoir considérable, et que nous avons été victimes de la méfiance de la Grande-Bretagne et de certains courants anti-européens dans ce pays. Il y a eu une sorte de dispute anglo-britannique sur la BERD, tout comme il y a une dispute anglo-britannique sur l'Europe. Les côtés positifs: cette campagne a fait connaître la BERD à l'échelle mondiale. Il faut aussi reconnaître que la banque a aussi fait preuve d'un dynamisme remarquable, puisque le Conseil d'administration a approuvé 90 projets pour une valeur d'environ 4 milliards de francs suisses, qui représentent des investissements de 19 à 20 milliards de francs suisses. Nous prévoyons de nous maintenir à ce niveau en 1993 malgré la crise.

On nous a beaucoup reproché de ne pas déboursier assez vite: je crois que j'ai répondu en partie à cette question. On ne peut pas juger une banque après deux ans sur ses déboursements. Les comparaisons qui ont été faites entre l'argent utilisé pour le siège de Londres et les déboursements n'a pas de fondement. Le siège a été financé pour un long laps de temps, alors que les déboursements seront beaucoup plus importants à la fin de l'année.

Autre côté positif: le personnel est tout à fait qualifié et remarquable. Le G-7 a fait confiance à la banque en lui confiant la gestion du fonds nucléaire. En ce qui concerne la Suisse: nous avons pu financer deux projets, avec ABB et Nestlé, en Tchécoslovaquie. Nous avons 5 ou 6 projets en préparation avec l'industrie privée, qui est intéressée par la banque. C'est une bonne moyenne par rapport aux autres pays. Plusieurs consultants suisses, notamment la SGS, travaillent avec la banque.

Sur le plan de la "constituency", nous avons la majorité des voix avec 7 pays, dont la Turquie -bon collaborateur, au demeurant. J'espère, Monsieur le Conseiller fédéral, que nos rapports avec la Turquie, qui sont excellents, ne se détérioreront pas.

**M. Ruffy:** Comme à Strasbourg la semaine dernière, j'exprime mon écoeurement devant ce que représente la BERD comme entreprise. Je commencerai par une citation: "L'homme qui n'a jamais été jusqu'ici que ce qu'il possède cessera-t-il demain d'être à force d'avoir trop?" Cette phrase figure dans l'introduction d'un "Traité sur la propriété" de J. Attali. Cette citation a une valeur prémonitoire à propos de cet homme. C'est un homme qui s'est retiré, mais qui n'a pas exprimé le moindre regret vis-à-vis des critiques fondées qu'on lui avait faites. Je n'insisterai pas sur le caractère de cet homme, qui a pillé des



oeuvres sans les citer. Il a continué récemment avec "Verbatim". Je regrette le choix qu'on a fait, et d'autant plus que cet homme appartient à la même formation politique que moi. Je ne crois pas que sa démission permette de croire à une réforme rapide et profonde de la BERD. Lorsqu'on a relevé la stupidité des dépenses qui ont été engagées pour remplacer le travertin par du marbre de Carrare, M. Pissaloux, adjoint de M. Attali, a dit que cette transformation pourrait symboliser le passage souhaité pour les pays d'Europe centrale et orientale, c'est-à-dire un passage du "rugueux au poli". Je ne sais pas, Monsieur l'administrateur, si vous vous rendez compte du mépris qu'il y a derrière cette expression, et qui traduit un cynisme incroyable! Mépris vis-à-vis de ceux qui gagnent 20 dollars par mois, et qui voient arriver les délégués de cette banque en jet privé, lesquels ne se privent pas d'exprimer leur méfiance à l'égard des pays qu'ils visitent; mépris à l'égard de ceux qui donnent de l'argent à cette banque, et qui espèrent qu'on va l'utiliser correctement. Ces propos sont extrêmement inquiétants, et inadmissibles pour trois raisons:

1) Cette banque a cru qu'elle pourrait se servir elle-même. On a pratiqué le self-service. La question n'est pas celle du choix de la localisation entre la City et les docks, mais il s'agit de savoir pourquoi on a choisi de situer cette banque en Europe occidentale, en un endroit où le terrain est le plus cher, et où les investissements qu'on a créés serviraient d'abord les propriétaires du terrain et la banque. Cette banque devrait être dans un pays d'Europe centrale ou orientale. On a prouvé, par cette implantation, qu'on voulait servir d'abord ses propres intérêts, et non, en tout cas, mettre la priorité sur les intérêts de ces pays.

2) Sur le plan économique, de nombreux projets nous sont soumis mensuellement. Personnellement, je suis à la recherche de 8 millions pour la maternité de Tirana. Je trouve inadmissible qu'on soit en difficulté pour trouver 8 millions pour une maternité où les conditions d'accouchement datent du moyen-âge, et qu'on fasse des dépenses fastueuses à Londres. Ces gaspillages sont insoutenables compte tenu de la nécessité de faire un effort dans ces pays.

Nous disons tous, dans nos pays, que nous devons abaisser nos standards: c'est inévitable si nous voulons sortir ces pays de leur état économique déplorable. Or, que fait-on à Londres? On se construit un Taj Mahal.

3) Une autre raison est d'ordre politique: chez nous, une part toujours plus grande de la population, touchée par la récession et le chômage, ne comprend pas comment on porte des efforts massifs dans des pays qu'elle ne connaît pas, et qui sont indignés par notre manque d'engagement pour la politique intérieure. Si parallèlement des choses se passent comme à Londres ou ailleurs, c'est véritablement le sabotage de la politique que nous essayons de promouvoir.

Monsieur l'administrateur, je vous demanderai d'exiger dorénavant qu'on présente des budgets de manière correcte. Vous me direz peut-être que ce n'est pas facile, mais à quoi bon, dans ce cas, avoir des organismes de contrôle? Il est quelque peu léger de dire que ces budgets ont été approuvés par les chancelleries, parce que finalement, cela veut dire que le

secteur bancaire n'appuie pas le secteur public et peut se permettre n'importe quelle opération.

Je suis attristé de cette situation, d'autant plus que M. Attali sort de nos rangs. Il a cumulé des pouvoirs au point que la structure de la BERD n'a rien à voir avec la démocratie, ce qui est en contradiction avec ce que ces messieurs prêchent dans les pays qu'ils visitent.

**M. Berger:** J'ai eu aussi l'occasion de participer au débat sur la BERD la semaine dernière à Strasbourg. Il faut séparer d'une part la mission de la BERD, d'autre part l'incident qui a marqué son histoire récemment. Gardons-nous de nous focaliser sur cette erreur de gestion au risque de remettre en question la mission de la BERD. On a tous assisté à des prises de position des pays bénéficiaires des actions de cette banque qui attestent à quel point elle est nécessaire pour remettre à flot leurs économies.

J'ai été préoccupé par ce que vous venez de dire quant aux difficultés pour trouver des répondants en vue d'une action en profondeur. On constate que l'activité de la banque s'est concentrée sur des projets de vaste envergure, alors que la plupart de ces pays, notamment les petites et moyennes entreprises (PME), ont besoin de bénéficier d'un soutien pour pouvoir "redémarrer" dans une économie de marché. Je pense particulièrement au problème de la distribution des biens alimentaires. Ces biens sont disponibles, mais la distribution ne se fait plus. En l'occurrence, il faudrait apporter une aide, aux PME notamment. Voyez-vous quelque possibilité d'intervenir en faveur de ces entreprises?

**M. Rebeaud:** Je pourrais reprendre en substance le discours de M. Ruffy, -sauf quant à l'appartenance politique de M. Attali. J'aurais une question: est-il envisageable que cette banque déménage dans un proche avenir? Puisque sa situation en GB est considérée comme l'une des causes de cet incident, les pays actionnaires de cette banque pourraient-ils envisager de déménager cette banque au centre du continent -à Vienne ou à Prague, par exemple?

**M. Tschopp:** Quelle procédure a été engagée pour remplacer M. Attali? Tous ceux qui le connaissent admettent que c'est une personnalité quelque peu "exotique". La banque a-t-elle les moyens de trouver une personnalité qui ne méprise pas le public, ce qui était manifestement le cas de M. Attali?

**Frau Grendelmeier** zu der Antwort des Bundesrates auf die Anfrage von Maximilian Reimann: Der Bundesrat sagt, die Schweiz hätte, zusammen mit anderen Mitgliedstaaten, eine strengere Überwachung der Ausgaben gefordert. Was heisst das konkret?

**M. l'ambassadeur Reverdin:** J'ai été très intéressé par les remarques et les questions soulevées, qui ont été les mêmes de la part du Conseil fédéral. Je vais essayer d'y répondre.  
1) (à M. Ruffy) Il ne faut pas attendre de regrets de la part de M. Attali, car il estime ne pas avoir fauté. Le Conseil d'administration a fait appel à un audit extérieur qui rendra son rapport le 15 juillet prochain. Il établira s'il y a eu des

erreurs et des malversations. Suite à ce rapport, le Conseil fédéral décidera de la suite.

2) Les critiques sont effectivement fondées en partie. Il ne faut pas faire l'amalgame entre la personnalité de M. Attali et le mandat de la banque. La grande erreur a été de toujours personnaliser la banque autour de son président, en résultat de quoi nous sommes dans un cul-de-sac.

3) Faut-il des réformes profondes et rapides? Nous croyons que les structures actuelles de la banque sont bonnes. Il y a peut-être quelque "fine tuning" à opérer, mais fondamentalement cette structure a l'originalité de nous permettre notamment d'agir en tant que banque d'affaires, avec de temps à autre des considérations politiques. C'est la seule place internationale financière à avoir cette caractéristique. En ce qui concerne le Conseil fédéral et la Suisse, nous tenons absolument à maintenir cette structure.

4) Le choix de ce marbre, est-ce du mépris? Je partage entièrement cet avis. C'est une grave erreur, vis-à-vis de l'homme de la rue comme vis-à-vis des actionnaires. Maintenant que l'erreur a été faite, on ne va pas le retirer, cependant. Notons qu'à la Banque mondiale et à la Banque asiatique de développement, il y a beaucoup plus de marbre, et qui a coûté plus cher, qu'à la BERD. Les événements nous ont amenés à faire enquête à ce sujet.

5) Pourquoi avoir choisi d'implanter cette banque en Europe occidentale? Je pense que cela a été le résultat de vastes négociations politiques entre grandes puissances. J'y vois un avantage: le but d'une telle institution est de capter des investissements d'investisseurs occidentaux. Si l'on veut faire passer l'économie de ces pays à une économie de marché, il faut être dans les grands centres financiers occidentaux. De ce point de vue, Londres était un très bon choix. Ceci dit, je ne suis pas sûr que les pays d'Europe orientale et centrale veuillent que la banque change de siège. Les représentants de ces pays peuvent ainsi non seulement faire un voyage à Londres, mais ils peuvent rencontrer à distance "pédestre" les preneurs de décisions et les banques qui investissent dans leurs pays.

6) A propos de l'aide à la maternité de Tirana: nous n'apportons pas d'aide humanitaire, la BERD étant une banque d'affaires qui prête à un taux LIBOR plus, qui doit être rentable.

7) Nous partageons cette préoccupation quant à l'inquiétude de nos opinions publiques qui exigeraient que l'on investisse plutôt dans nos pays que dans les pays de l'Est. La perte d'image de la banque est à ce titre dramatique. On peut cependant considérer que c'est par les échanges internationaux et les investissements que l'on crée des emplois. La Suisse, qui a toujours été tournée vers le monde extérieur, ne va pas se refermer parce qu'il y a une crise. Au contraire, peut-être devrions-nous être plus dynamiques sur le plan extérieur.

8) (à M. Berger) En effet, il ne faut pas amalgamer cet accident et l'institution, qui est bonne.

En ce qui concerne les PME, nous avons effectivement, au cours de notre assemblée annuelle, prévu de créer des fonds spéciaux pour les aider. C'est un sujet auquel nous allons consacrer des moyens énormes. Nous nous sommes rendu compte qu'à part les grands projets d'infrastructures nécessaires pour que le tissu privé puisse se développer, on créera des places de travail et les infrastructures privées nécessaires grâce aux PME.

Lorsqu'on regarde les USA, ce ne sont pas les grandes entreprises qui finalement créent l'emploi, mais bien les PME. C'est probablement vrai pour l'ensemble de l'Europe et pour la Suisse.

(à M. Rebeaud) Il n'est pas prévu de déménager la BERD. D'ailleurs cela a coûté suffisamment cher pour qu'on ne recommence pas l'exercice.

(à M. Tschopp) Actuellement, il y a deux candidats: M. Christophersen, commissionnaire à Bruxelles, qui est danois, et M. Jacques de Larosière, proposé il y a trois jours par les Français.

Les procédures sont les suivantes: les 2/3 des votes ou des parts des pays-membres sont nécessaires pour nommer le nouveau président. Attali restera jusqu'à fin juillet ou fin août au maximum.

(à Mme Grendelmeier) Nous avons établi des procédures budgétaires beaucoup plus strictes dès le commencement de la crise au mois d'avril. Nous avons cet audit qui va rendre son rapport au 15 juillet, et nous commençons l'étude du budget plus tôt qu'auparavant. Nous étudions le budget actuellement de manière à pouvoir le vérifier. Je dois reconnaître avec vous que nous avons par certains côtés été trop crédibles, et que nous avons peut-être cru sans aller dans les détails que c'était un bon budget. La crise qui s'est développée a montré qu'il y a eu un certain laxisme, d'où les procédures mises en place maintenant pour que cela ne se reproduise plus.

**M. Ruffy:** Je n'ai pas été assez clair: je ne sais pas si nous sommes dans une économie de marché. Et je crois que les pays de l'Europe centrale et orientale se font une idée tout à fait erronée de ce qu'est l'économie de marché. Notre économie fonctionne seulement au prix d'arbitrages constants, parfois de conflits, entre partenaires sociaux. Je crois que l'on oublie de mettre l'accent sur ces éléments.

Je suis d'accord pour admettre qu'il faut continuer à investir dans ces pays. Je voulais dire que ce qui s'est passé augmente l'audience des partisans des investissements à l'intérieur de notre pays.

J'ai entendu dire que les USA allaient exercer une pression pour obtenir la présidence de la BERD, et qu'ils menaçaient de retirer leur participation si cela ne réussissait pas. Est-ce vrai?

**M. l'ambassadeur Arioli:** Quand M. Attali a essayé de sauver sa position, il s'est mis d'accord avec les Américains pour que le vice-président soit des USA. Actuellement, on n'a plus rien entendu dans ce sens, et nous ne connaissons que les deux candidatures citées, qui donnent toute assurance que ces fautes ne se répéteront pas.

**Steffen:** Wir wissen, dass Herr Attali wesentlich am Aufbau dieser Bank beteiligt war. Herr Botschafter, Sie haben vorhin gesagt, dass die Strukturen dieser Bank in Ordnung seien. Ein Teil der Führungselite dieser Bank wird aber mit Sicherheit durch Herrn Attali ausgewählt worden sein. Sind nun auch Änderungen in den Führungsetagen dieser Bank vorgesehen?

M. l'ambassadeur **Reverdin**: Quand je parlais des structures de la banque, il s'agissait des structures de travail, par rapport à ses statuts, et non par rapport au bâtiment.

On réfléchit actuellement à une réorganisation de la banque, que M. Attali voulait pousser très loin, parce qu'il voulait sauver sa tête. Le Conseil d'administration était divisé sur la question. A la suite de la démission de M. Attali, nous estimons que le problème de la restructuration de la banque est toujours à l'ordre du jour, mais qu'il n'y a pas d'urgence. La restructuration consisterait à avoir une seule division opérationnelle de la banque rassemblant la banque d'affaires, le "merchandising" et le "developing banking" sous un même chapeau.

La Suisse ne s'est pas encore fait une opinion définitive sur la question, mais nous voulons en tout cas garder la spécificité de la banque, notamment son caractère de banque d'affaires, qui nous paraît essentiel.

Anmerkung des Kommissionssekretariates: Auf Wunsch des Dienstes "Wirtschaftsmassnahmen für Mittel- und Osteuropa" des Bundesamtes für Aussenwirtschaft legen wir diesem Protokoll Unterlagen über die von dieser Dienststelle betreuten Projekte im Bereich Finanzhilfe bei (Anhang 4).



NATIONALRAT  
CONSEIL NATIONAL  
CONSIGLIO NAZIONALE

3003 Bern, den 3. Juni 1993

Aussenpolitische Kommission  
Der Präsident

*Anhang 1*

**Herrn Bundesrat Flavio Cotti**  
Vorsteher des Eidg. Departements  
für auswärtige Angelegenheiten  
Bundeshaus West  
3003 Bern

**Herrn Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz**  
Vorsteher des Eidg.  
Volkswirtschaftsdepartements  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

**Herrn Bundesrat Otto Stich**  
Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements  
Bernernhof, Bundesgasse 3  
3003 Bern

Sehr geehrte Herren Bundesräte

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat für ihre Sitzung vom 5./6. Juli 1993 u.a. das folgende Traktandum vorgesehen:

Tagesordnung (Auszug):

Punkt 5: Die schweizerische Osthilfe

- 5.1. Schwerpunkte und Entscheidungsabläufe innerhalb der Verwaltung
- 5.2. Verwendung der Mittel: bilateraler oder multilateraler Rahmen ?
- 5.3. Einsatz der Mittel: Projektbezogen, Nichtprojektbezogen ?
- 5.4. Bundesgesetz über die Osthilfe: Stand der Vorarbeiten
- 5.5 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD): bisherige Erfahrungen

Um eine vertiefte Behandlung zu gewährleisten, lege ich grossen Wert auf Ihre persönliche Anwesenheit. Das Traktandum ist am 2. Sitzungstag, **6. Juli 1993 von 8.00 - 10.00 H (ca.)**, vorgesehen.

Zur Erleichterung der Vorbereitung lasse ich Ihnen beiliegend eine Fragenliste zukommen. Dieser Katalog ist nicht abschliessend, es werden selbstverständlich auch Fragen aus der Mitte der Kommission gestellt werden.

Für Ihre Anwesenheit danke ich Ihnen im voraus und versichere Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Albrecht Rychen



Nationalrat

Beilage erwähnt

NATIONALRAT  
*Aussenpolitische Kommission*

**Sitzung vom 5./6. Juli 1993**  
**Traktandum 5: Die schweizerische Osthilfe**

**Fragen des Präsidenten zu Handen der Herren Bundesräte Cotti, Delamuraz und Stich:**

---

- a) Was genau hat Bundesrat Stich Kirgistan und anderen Ländern der schweizerischen IMF-Gruppe bezüglich Hilfe der Schweiz aus den GUS-Krediten versprochen ?
- b) Wer hat die entsprechenden Beschlüsse gefasst ?
- c) Nach welchen Kriterien wurden diese Beschlüsse gefasst ?
- d) Sind die versprochenen Kredite im Rahmen bilateraler oder multilateraler Beziehungen versprochen worden ?
- e) Sind die Kirgistan-Kredite projektbezogen oder nicht ? Wenn ja, was für Projekte sind dies oder wer bestimmt, welche Kredite ?
- f) Welcher Betrag steht nach den Kirgistan-Versprechen für die anderen GUS-Staaten für 1993 noch zur Verfügung ?
- g) Wie funktioniert bezüglich der Vergabe der GUS-Kredite zur Zeit die Koordination zwischen den Departementen ?
- h) Wer hat die Reisekosten der Medien- und Wirtschaftsvertreter beim Besuch von Bundesrat Stich in "Helvetistan" bezahlt ?



*Anhang 2*

## DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Herrn  
Albrecht Rychen  
Präsident der aussen-  
politischen Kommission  
des Nationalrates  
Kappelenstrasse 12  
3250 Lyss

Sitzung der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vom 5./6. Juli 1993

Sehr geehrter Herr Präsident,

Wir beziehen uns auf das Schreiben, das Sie in der oben erwähnten Angelegenheit am 3. Juni 1993 an die Herren Bundesräte Flavio Cotti, Jean-Pascal Delamuraz und Otto Stich gesandt haben. Die Vertreter der drei angeschriebenen Departemente werden anlässlich der Sitzung der von Ihnen präsierten Kommission auf die in der Traktandenliste festgehaltenen Punkte eingehen. Der guten Form halber hat der Bundesrat dennoch beschlossen, Ihnen schon jetzt und in schriftlicher Form auf die im erwähnten Schreiben gestellten Fragen zum Thema "Kirgistan" zu antworten.

Die von der Weltbank geleitete Konsultativgruppe für Kirgistan hat am 8. April 1993 davon Kenntnis genommen, dass das Reformprogramm dieses Landes einer Zahlungsbilanzhilfe von 400 Millionen Dollar im Verlaufe des ersten Jahres bedarf. Die Sitzungen von Konsultativgruppen bezwecken, Angaben von bilateralen Gebern über ihre möglichen Finanzierungszusagen zu erhalten. Die Voraussetzung für Entscheidungen in den Verwaltungsräten von IWF und Weltbank über deren Beistands- und Rehabilitationsdarlehen. Im Falle Kirgistans gehören zu den Geberländern und -institutionen Deutschland, Japan, die Niederlande, die Türkei, Grossbritannien, die Vereinigten Staaten, Russland, die EG, die OECD und die Weltbank. Der IWF hat für Kirgistan in der Folge einen Beistandskredit von 39 Millionen Dollar und einen Kredit von 23

Millionen Dollar im Rahmen der neu geschaffenen Systemübergangsfazilität bewilligt.

An diesem Treffen der Konsultativgruppe hat der Vertreter unseres Landes aufgrund von Instruktionen aus Bern ein "pledging" von 10 Millionen Dollar gemacht. Diese Ankündigung erfolgte im Einvernehmen zwischen EDA, EVD und EFD. Diese grundsätzliche Zusage der Schweiz, einen Beitrag von 10 Millionen Dollar in Aussicht zu stellen, unterliegt allerdings der Auflage, dass die noch zu identifizierenden Projekte durch die zuständigen schweizerischen Stellen nach den üblichen Kriterien geprüft und bewilligt werden. Vor der Unterzeichnung irgendwelcher Abkommen mit der Weltbank wird deshalb den in der Verordnung über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten festgelegten Finanzkompetenzen Rechnung getragen. So wird der Bundesrat über Massnahmen beschliessen, die 5 Millionen Franken oder mehr kosten, bzw. das EDA oder das EVD im Einvernehmen mit dem EFD über Massnahmen, die weniger als 5 Millionen Franken aber mehr als 1 Million Franken kosten.

Die beiden für die Vorbereitung, Antragsstellung, Durchführung, Kontrolle und Evaluation der Massnahmen zuständigen Departemente, nämlich das EDA und das EVD, sind übereingekommen, sich mit den 10 Millionen US Dollar an Weltbank-Projekten im Bereich der Technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu beteiligen. Mit den Mitteln aus der Finanzhilfe können schweizerische Lieferungen finanziert werden, die für die Stützung der kirgisischen Volkswirtschaft von absoluter Dringlichkeit sind. Im Bereich der Technischen Zusammenarbeit liegt das Schwergewicht auf der Unterstützung der Bereiche Landwirtschaft und Bankwesen. Die Gespräche mit der Weltbank über die Identifikation von möglichen Projekten sind im Gang. Wir werden danach trachten, die schweizerischen Hilfswerke bei der Durchführung der Projekte im Bereich der Technischen Zusammenarbeit nach Möglichkeit mit einzubeziehen.

Mangels zuverlässiger Partner vor Ort haben wir alles Interesse daran, als Einstieg in die Zusammenarbeit mit Kirgistan den Projektmechanismus der Weltbank zu wählen. Er erlaubt uns nämlich, die in der Projektarbeit notwendigen Abklärungsphasen zu verkürzen und Erfahrungen für eine spätere bilaterale Zusammenarbeit zu sammeln.

Nachdem kirgisische Vertreter an der Tagung der besagten Konsultativgruppe teilgenommen hatten - was normalem Weltbank-Vorgehen entspricht -, hat Bundesrat Otto Stich während seiner Reise den Behörden Kirgistans gegenüber das schweizerische "pledging" von 10 Millionen Dollar bestätigt. Ausser diesem Betrag von 10 Millionen Dollar hat der Vorsteher des EFD keine Zusagen in den vier besuchten Ländern gemacht. In Usbekistan hat er ein Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein weiteres über Investitionsförderung und gegenseitigen Investitionsschutz unterzeichnet.

Die Zusage, Kirgistan mit 10 Millionen US Dollar zu unterstützen, stützt sich auf Konzepte, die das Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa im EDA und das Bundesamt für Aussenwirtschaft im EVD für die praktische Umsetzung der GUS-Botschaft in den Bereichen der Technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe erarbeitet haben. Das in der oben erwähnten Verordnung vorgesehene Interdepartementale Programmkomitee, das sich mit der schwergewichtigen Verwendung des Rahmenkredits zu befassen hat, hat die beiden Konzepte gutgeheissen.

Die Realisierung bilateraler Programme zugunsten der Republiken der GUS setzt eine lange Aufbauphase voraus. Diese wird voraussichtlich Jahre beanspruchen. Angesichts der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen und der in der Schweiz wie in der GUS kaum oder überhaupt nicht vorhandenen Partner eignet sich der bilaterale Weg zur Zeit für eine Zusammenarbeit grösseren Stils noch nicht. Heute gilt es folglich, die für die Unterstützung der GUS zur Verfügung gestellten Zahlungsmittel sinnvollerweise vor allem bei multilateralen Aktionen einzusetzen. Dennoch bleibt mittelfristig der bilaterale Ansatz ebenfalls ein wichtiges Ziel unserer Anstrengungen.

Die im Vergleich zu den enormen Bedürfnissen sehr beschränkten finanziellen Mittel, die für die Unterstützung der ehemaligen Republiken der Sowjetunion zur Verfügung stehen, zwingen uns zu einer verstärkten Schwerpunktbildung. Dabei ist Kirgistan als ein mögliches Schwerpunktland identifiziert worden.

Kirgistan, dessen Präsident einem konsequenten Reformkurs verpflichtet ist, hat als erste Nachfolgerepublik mit dem Internationalen Währungsfonds einen Beistandskredit ausgehandelt. Die wirtschaftspolitischen Auflagen, die mit diesem Kredit verknüpft sind, bieten Gewähr, dass die Reformen weitergeführt werden. Im weiteren hat auch die Weltbank einen Rehabilitierungskredit von 60 Millionen Dollar gebilligt. Kirgistan ist eine der wenigen Republiken der GUS, die derzeit den vom Bundesrat in seiner Zusatzbotschaft vom 1. Juli 1992 genannten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht. Es sind diese Ueberlegungen, welche die zuständigen Stellen der Bundesverwaltung veranlassen haben, in Kirgistan einen ersten Schwerpunkt der GUS-Hilfe zu setzen. Die Tatsache, dass dieses Land auch den schweizerischen Stimmrechtsgruppen beim Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank angehört, war dafür nicht ausschlaggebend. Hingegen ist es selbstredend, dass die für Kirgistan vorgesehene Hilfe die Zusammenarbeit mit dessen Behörden im Rahmen der Bretton Woods-Institutionen erleichtert.

Die schweizerische Unterstützung an Kirgistan von umgerechnet 15 Millionen Franken wird die Budgets der Eidgenossenschaft für die Jahre 1993 und 1994 belasten. Voraussichtlich werden 5 Millionen zu Lasten des diesjährigen Budgets gehen und die restlichen 10 Millionen erst nächstes Jahr zur Auszahlung gelangen. Im Budget 1993 bleiben damit für die restlichen Republiken der GUS noch 7

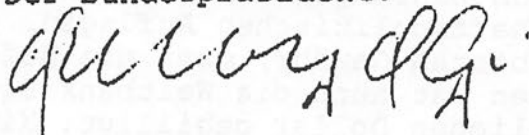
Millionen Franken für Technische Zusammenarbeit übrig. Es ist vorgesehen, diese Mittel schwergewichtig in Russland und der Ukraine und, wiederum mangels zuverlässiger Partner vor Ort zur Realisierung bilateraler Projekte, für die Ko-Finanzierung international koordinierter Projekte zu verwenden.

Abschliessend möchten wir noch zur Frage der Reisekosten der Medien- und Wirtschaftsvertreter Stellung nehmen. Die Flugverbindungen in Zentralasien sind sehr schlecht bedient; es hat sich deshalb als unumgänglich erwiesen, ein privates Flugzeug zu mieten. Wirtschaftskreise und die Medien brachten der Reise grosses Interesse entgegen. Deshalb hat das EFD nicht den normalerweise von Bundesräten auf Auslandsreisen benützten "Falcon" geleast, sondern eine DC-9, die mehr Plätze bietet. Die Kosten für die Miete der DC-9 entsprechen jenen des "Falcon". Die zur schweizerischen Delegation gehörenden Medien- und Wirtschaftsvertreter leisteten einen namhaften Beitrag an die Flugkosten, der es erlaubte, die Kosten der offiziellen Delegation zu senken. Selbstverständlich haben die nicht-offiziellen Mitglieder der Delegation alle anderen Reisekosten selbst bezahlt.

Mit freundlichen Grüssen

IM AUFTRAG DES  
SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident:



Der Bundeskanzler

i. V. *Ulrich Müller*

3003 Bern, 30. Juni 1993

*Annexe 2*

Traduction

Monsieur  
Albrecht Rychen  
Président de la Commission de  
politique extérieure du Conseil  
national  
Kappelenstrasse 12

3250 Lyss

**Séance de la Commission de politique extérieure du Conseil national des 5  
et 6 juillet 1993**

Monsieur le Président,

Nous nous référons à la lettre que vous avez fait parvenir, au sujet du cas susmentionné, le 3 juin 1993 aux conseillers fédéraux Flavio Cotti, Jean-Pascal Delamuraz et Otto Stich. Les représentants des trois départements concernés aborderont les points fixés à l'ordre du jour concernant cette affaire lors de la séance de la commission que vous présiderez. Le Conseil fédéral a toutefois décidé, pour la bonne forme, de vous adresser dès maintenant une réponse écrite aux questions posées dans ladite lettre à propos du Kirghizistan.

Le groupe consultatif pour le Kirghizistan mis sur pied par la Banque mondiale a pris connaissance, le 8 avril 1993, du fait que le programme de réforme de ce pays nécessite une aide à la balance des paiements de 400 millions de dollars au cours de la première année. Les réunions des groupes consultatifs visent à obtenir des informations de la part des donateurs bilatéraux sur leurs promesses éventuelles en matière d'aide financière. La couverture prévue du déficit de la balance commerciale représente une condition préalable à des décisions en la matière dans les conseils d'administration du FMI et de la Banque mondiale sur leurs prêts d'assistance et de réhabilitation. Dans le cas du Kirghizistan, comptent parmi les pays et institutions donateurs l'Allemagne, le Japon, les Pays-Bas, la Turquie, la Grande-Bretagne, les Etats-Unis, la Russie, la CE, l'OCDE et la Banque mondiale. Le FMI a accordé successivement un crédit d'assistance de 39 millions de dollars ainsi qu'un crédit de 23 millions de dollars dans le cadre de la facilité nouvellement créée de système transitoire.

A l'occasion de la rencontre du groupe consultatif, le représentant de notre pays a effectué un "pledging" de 10 millions de dollars sur la base d'instructions émanant de Berne, procédant à cette annonce d'entente avec le DFAE, le DFEP et le DFF. Cette promesse de principe, donnée par la Suisse, de verser une contribution de 10 millions de dollars, est toutefois soumise à la modalité selon laquelle les organes suisses compétents doivent examiner le soutien de projets encore à définir et donner leur autorisation. Avant la signature d'un accord quelconque avec la Banque mondiale, il conviendra de tenir compte des compétences financières fixées dans l'ordonnance concernant la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale. C'est ainsi que le Conseil fédéral devra décider de mesures d'un montant supérieur à 5 millions, tandis que le DFAE et le DFEP seront habilités à se prononcer, en accord avec le DFF, sur des mesures d'un montant entre 2 et 5 millions.

Les deux départements responsables de la préparation, du dépôt de la demande de crédit, de l'exécution, du contrôle et de l'évaluation des mesures, à savoir le DFAE et le DFEP, ont convenu de participer, au moyen des 10 millions de dollars mis à disposition, aux projets de la Banque mondiale en matière de coopération technique et d'aide financière. Les moyens dispensés par l'aide financière permettent de financer des fournitures suisses requises de toute urgence pour soutenir l'économie kirghize. Dans le domaine de la coopération technique, on a accordé une importance particulière au soutien des secteurs bancaire et agricole. Les pourparlers avec la Banque mondiale sur l'identification de projets éventuels sont actuellement en cours. Nous nous emploierons à associer autant que possible les organisations humanitaires suisses dans la mise en oeuvre des projets de coopération technique.

En l'absence de partenaires fiables sur place, nous avons tout intérêt à choisir, pour le début de notre coopération avec le Kirghizistan, le système de projet mis sur pied par la Banque mondiale. Celui-ci nous permet d'abréger les phases d'étude nécessaires à toute réalisation de projet et d'accumuler de l'expérience en vue d'une coopération bilatérale ultérieure.

A la suite de la séance du groupe consultatif, à laquelle participaient également des représentants kirghizes, selon la procédure habituelle de la Banque mondiale, le conseiller fédéral Otto Stich, au cours de son voyage, a confirmé aux autorités du Kirghizistan le "pledging" suisse de 10 millions de dollars. A l'exception de la somme de 10 millions de dollars citée plus haut, le chef du DFF n'a formulé aucune promesse dans les quatre pays visités. En Ouzbékistan, il a signé un accord de coopération commerciale et économique ainsi qu'un autre accord sur l'encouragement aux investissements et sur une protection mutuelle en matière d'investissement.

La promesse d'un soutien de 10 millions de dollars US au Kirghizistan repose sur les concepts élaborés par le Bureau de coopération avec l'Europe orienta-

le du DFAE et par l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DFEP pour la réalisation concrète du message relatif à la coopération technique et à l'aide financière aux pays de la CEI. Le comité interdépartemental des programmes, prévu dans l'ordonnance mentionnée plus haut, qui devra déterminer les priorités de l'utilisation du crédit, a approuvé les deux concepts.

La réalisation de programmes bilatéraux au profit des républiques de la CEI présuppose une phase d'élaboration prolongée, qui s'étendra selon toute prévision sur plusieurs années. Vu les ressources financières et humaines à disposition et vu l'absence d'un partenaire fiable aussi bien en Suisse que dans la CEI, la voie bilatérale ne convient pas encore pour une collaboration à plus grande échelle. Il vaut donc mieux aujourd'hui engager des moyens financiers octroyés à la CEI dans des actions multilatérales. Cependant, une formule bilatérale constitue également, à moyen terme, l'un de nos principaux objectifs.

Les moyens consentis pour le soutien aux républiques de l'ex-Union soviétique, très limités en comparaison des énormes besoins, nous contraignent à concentrer nos efforts, le Kirghizistan ayant été identifié comme un pays susceptible de bénéficier d'une aide accrue.

Le Kirghizistan, dont le président est tenu de procéder à un train de réformes conséquent, est la première république indépendante à avoir négocié, à ce titre, un crédit d'assistance avec le FMI. Les obligations économiques liées à ce crédit garantissent la poursuite des réformes. La Banque mondiale a en outre consenti un crédit de réhabilitation de 60 millions de dollars. Le Kirghizistan représente l'une des rares républiques de la CEI qui réponde aux conditions politiques et économiques mentionnées dans le message complémentaire du Conseil fédéral du 1er juillet 1992, ce qui a incité les organes compétents de l'administration fédérale à focaliser dans un premier temps l'aide à la CEI sur le Kirghizistan. Le fait que ce pays appartient également aux groupes de voix de la Suisse au Fonds monétaire international et à la Banque mondiale n'a pas joué de rôle déterminant dans ce choix. Par contre, il est évident que l'aide prévue pour le Kirghizistan facilite la coopération avec les autorités de ce pays dans le cadre des institutions de Bretton Woods.

Le soutien suisse au Kirghizistan, qui équivaut à 15 millions de francs suisses, grèvera les budgets de la Confédération pour les années 1993 et 1994. Il est prévu que 5 millions seront à charge du budget de cette année et que les 10 millions restants ne seront versés que l'année prochaine. Sont donc encore inscrits au budget 1993, 7 millions de francs destinés aux autres républiques de la CEI pour la coopération technique. Il est prévu de consacrer ces moyens avant tout pour le cofinancement de projets coordonnés au niveau international en Russie ainsi qu'en Ukraine, des partenaires fiables sur place faisant encore une fois défaut pour la réalisation de programmes bilatéraux.

Nous voudrions enfin prendre position à propos des frais de voyage occasionnés par les représentants des médias et des milieux économiques. Les lignes aériennes sont très mal desservies en Asie centrale; il a par conséquent fallu louer un avion privé. Ce voyage a éveillé un vif intérêt parmi les médias et les milieux économiques. Le DFF n'a donc pas utilisé le "Falçon" usuel pour les déplacements des conseillers fédéraux à l'étranger, mais un DC-9 qui offre plus de places. Les frais de location du DC-9 correspondent à ceux du "Falcon". Les représentants des médias et des milieux économiques faisant partie de la délégation suisse ont versé une contribution importante aux frais de déplacement aérien, ce qui a permis de réduire les dépenses de la délégation officielle. Il va de soi que les membres non officiels de la délégation ont réglé eux-mêmes tous les autres frais de voyage.

Veillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de notre considération distinguée.

SUR MANDAT DU CONSEIL FEDERAL

Le président de la Confédération:

Le chancelier de la Confédération

3003 Berne, le 30 juin 1993



*Anhang 3*Pressemitteilung

Bern, 14. Juni 1993

Vorentwurf zu einem allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas - Eröffnung der Vernehmlassung

---

Der Bundesrat hat vom Vorentwurf und dem erläuternden Bericht zu einem allgemeinverbindlichen, auf 10 Jahre befristeten Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas Kenntnis genommen und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten ermächtigt, darüber eine Vernehmlassung bei den Kantonen, den politischen Parteien und den interessierten Organisationen durchzuführen. Die Vernehmlassung soll bis Ende September 1993 dauern.

Die Schweiz engagiert sich seit 1990 verstärkt in der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Die bisherigen Erfahrungen in diesen Ländern machen deutlich, dass der Reformprozess sich über Jahre oder gar Jahrzehnte erstrecken wird und langfristige Hilfe notwendig ist. Daher wird die vertiefte Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas für eine längere Zeitspanne einen bedeutenden und festen Bestandteil der schweizerischen Aussenbeziehungen bilden. Diese Aufgabe wird auch in Zukunft erhebliche finanzielle Mittel erfordern. Die Prinzipien, Formen und Instrumente der Zusammenarbeit konnten in der Praxis erprobt werden und bleiben im wesentlichen konstant. Wie der Bundesrat bereits 1991 angekündigt hat, soll daher für diesen Bereich der Aussenpolitik - ähnlich wie 1976 für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe - eine rechtliche Grundlage geschaffen werden.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
Presse und Information

EIDGENÖSSISCHES VOLKS-  
WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
Presse und Information

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 10. August 1993

**NATIONALRAT**  
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 4 der Sitzung vom 5./6. Juli 1993,  
14.30 - 21.20 und 08.00 - 12.30 Uhr,  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4

TAGESORDNUNG 6. Die politischen, wirtschaftlichen und  
militärischen Beziehungen der Schweiz  
zu Südafrika

(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR 6. Les relations de la Suisse avec  
l'Afrique du Sud sur le plan politique,  
économique et militaire

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-  
verbal principal)

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bäumlín, Berger, Caccia (ersetzt am  
6.7. durch Darbellay), Columberg, Eggly (er-  
setzt durch Gros Jean-Michel), Fischer-  
Hägglín, Frey Walter, Grendelmeier,  
Haller, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler,  
Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,  
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 5.7. durch  
Stamm Luzi), Zbinden Hans, Ziegler Jean

Entschuldigt: Maitre

Weitere Teilnehmer:  
Bundesrat Cotti, Vorsteher EDA  
Botschafterin von Grünigen, EDA  
Botschafter Simonin, EDA  
Botschafter Girard, BAWI, EVD  
Divisionär Regli, Unterstabschef  
Nachrichtendienst und Abwehr, EMD  
H. Godet, stv. Generalsekretär EMD  
H. Frunz, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, B. Pitteloud

Protokoll: I. Stauffer (d), G. Québatte (f,  
5.7.), H. Baessler (f, 6.7.)

## 6. Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika

---

M. Cotti, conseiller fédéral: Il est effectivement très important que la commission ait voulu mettre l'Afrique du Sud à l'ordre du jour de ses travaux. On peut en effet s'attendre à ce que ce pays connaisse ces prochains mois une évolution qui pourrait être capitale, et par laquelle ce pays pourrait jouer un rôle de pionnier.

Position de la Suisse face à l'apartheid: nous avons systématiquement condamné sans équivoque les discriminations raciales. Elles sont incompatibles avec toute tradition démocratique et humanitaire. D'ailleurs, nous avons à maintes reprises porté notre position à la connaissance des autorités sud-africaines. Nous devons maintenant nous féliciter des progrès qui sont faits dans ce domaine, et en particulier de la reprise des négociations multipartites ainsi que de l'accord intervenu récemment pour tenir au plus tard le 27 avril 1994 des élections libres et démocratiques, qui étaient souhaitées depuis des décennies.

Cela dit, cette perspective positive ne peut occulter le triste fait que des milliers de personnes ont perdu, et continuent de perdre la vie dans un climat de violence politique systématique. Nous avons souvent déploré ces situations et demandé à plusieurs occasions aux Partis concernés de combattre la violence en renforçant le mécanisme mis en place en vertu de l'accord national de paix de 1991. Nous avons aussi toujours exprimé la conviction que seule la voie de la négociation mènera à la création d'une Afrique du Sud pacifique, démocratique et effectivement non raciale.

Depuis l'ouverture politique sud-africaine, qui se situe autour de 1990, nous avons estimé nécessaire d'intensifier le dialogue tant avec le gouvernement sud-africain, qui a permis d'un côté cette ouverture, qu'avec les représentants des autres Partis intéressés. C'est ainsi que la Suisse a reçu à Berne le président De Klerk, le ministre des affaires étrangères M. Botha, ainsi que le leader de l'ANC, M. Mandela. J'ai eu l'occasion récemment de recevoir le chef du département des affaires internationales de l'ANC, M. Nbegui. Le leader de l'Inkatha, M. Buthelezi, a aussi été reçu en Suisse il y a quelque temps.

Des délégations parlementaires, des représentants de différents départements fédéraux se sont rendus en Afrique du Sud. Lors de nos contacts, les interlocuteurs sud-africains ont manifesté la claire volonté d'aller de l'avant dans la voie de la démocratisation du pays. Ils ont aussi demandé l'appui de Suisse en la matière.

Dans le domaine commercial, on constate ces dernières années une diminution des échanges bilatéraux. La situation d'incertitude, comme toujours, qui prévaut dans ces périodes de transition, joue aussi un rôle sur les aspects économiques. Il ne fait pas de doute que l'on peut s'attendre, une fois la démocratie fermement établie, à une reprise des relations commerciales, qui connaissaient une longue tradition. Quelles sont les mesures positives entreprises depuis 1986 pour appuyer la démocratisation en Afrique du Sud?

- 1) Nous encourageons formellement tout ce qui touche la protection des droits de l'homme, la promotion du dialogue, le renforcement de l'identité culturelle -essentielle dans une société multi-raciale-, ainsi que la liberté de la presse.
- 2) Des mesures d'assistance à l'éducation ont été prises.
- 3) Le développement communautaire, ce qui est le plus informel, est encouragé.
- 4) Nous apportons aussi une aide à la réintégration des exilés. Ce programme nous a permis d'intensifier nos contacts au sein d'importants segments de la société sud-africaine et de contribuer modestement à cette transition démocratique. Nous comptons continuer ces activités prioritairement dans les domaines de la promotion du dialogue entre les différents groupes de la société aux niveaux local et régional, ainsi que de la formation de leaders locaux. C'est par ce chemin que nous pensons contribuer le mieux à une nouvelle vie en commun en Afrique du Sud.

Le montant relatif aux programmes engagés depuis 1986 a atteint 45 millions de francs. Pour cette année, nous prévoyons quelque 6 à 7 millions de francs. Mesurés sur ces contributions pro capita, la Suisse figure parmi les premiers pays qui soutiennent l'Afrique du Sud. Nous croyons que cela doit se poursuivre, surtout à la veille des grands changements à prévoir.

Face aux exigences de l'agenda des réformes politiques des prochains mois en Afrique du Sud, nous sommes en train d'étudier, dans les limites du budget, les possibilités d'un engagement intensifié. Celui-ci pourrait porter par exemple sur l'envoi d'observateurs aux élections. Ce sera certainement une mesure importante, qui nécessitera, vu l'ampleur du pays, une présence très soutenue. Je pense aussi à la formation civique, champ d'activité qui a été expressément souhaité par le gouvernement sud-africain et par l'ANC.

Une des expériences les plus passionnantes que j'aie vécues au cours de ces premiers mois de mon activité dans ce département a été de recevoir le représentant de l'ANC, M. N'Bégué, et le chef de la défense, qui nous ont rendu visite au mois de mai dernier. La discussion a été très intéressante. Ces personnalités ont exprimé leur volonté absolue de participer au processus démocratique, qui verra pour la première fois 20 millions de Sud-africains y participer. Ces personnes étaient les mêmes qui avaient été éduquées à se rebeller et à contester l'Etat. Il s'agit, en quelques années, et en quelques mois surtout, de convaincre des contestataires à la base du système de se réintégrer dans ce système, - ce dernier ayant été modifié, cependant. M. N'Bégué disait que c'est une tâche inimaginable sachant que cela ne se déroulera pas sans conflits. Ce sera le prix à payer, mais c'est la voie qu'il faut prendre. Je me suis permis de dire à M. N'Bégué que nous essaierions, sur le plan de l'éducation civique et en tant qu'observateurs, d'être présents en quantité et en qualité. Hélas, nous sommes toujours limités par le budget. Il s'agira

d'autant plus de se fixer des priorités, et l'Afrique du Sud compte certainement parmi celles-ci. Il nous faudra continuer cette discussion sur les priorités. On fait en effet appel au Conseil fédéral pour de multiples interventions, et celles-ci se comptent par centaines. Il faudra avoir le courage de se limiter à certains secteurs d'interventions et d'en oublier d'autres, et la répartition des tâches serait à faire au niveau international, ce qui ouvre pour nous la perspective d'un énorme travail à accomplir.

Je dois avouer qu'à la maison Wattenwyl, lorsque nous nous sommes trouvés en face des représentants noirs de l'ANC à l'occasion d'une rencontre organisée à l'initiative de l'ambassadeur blanc de l'Afrique du Sud et en sa présence, j'ai mesuré l'importance des événements intervenus dans ce pays et des perspectives qui lui sont offertes. Je me suis réjoui de la date des prochaines élections fixée à la fin avril 1994. En ce qui concerne la livraison des PC7 à l'Afrique du Sud - bien que cette question ne soit pas strictement du ressort du DFAE, celui-ci a la compétence d'établir quelles sont les zones de tension, ce qui a été incontesté pour ce pays-, vous savez quelle mesure le Conseil fédéral a prise au début du mois de mars. Il s'agissait d'apporter des modifications techniques dans la structure des PC7 qui permettent d'établir que l'utilisation militaire de ces avions n'était plus possible. Donc, grâce à ses aménagements techniques, il a été possible d'exporter ces avions même dans des zones de tension, cet avion n'étant plus classé dans la catégorie des armes. Ce qui a joué un rôle important dans l'acceptation assez large de la décision du Conseil fédéral a été l'attitude de l'ANC en Suisse. J'ai en effet eu l'impression que ces responsables de l'ANC -dont l'éventuel ministre des affaires étrangères de l'Afrique du Sud d'ici un an!- ont été extrêmement bienveillants à l'égard de cette livraison ont reconnu que ces avions étaient nécessaires. Notons aussi l'attitude retenue du Conseil de sécurité des Nations unies qui, auparavant, avait fortement critiqué la Suisse. On constate indéniablement un processus graduel d'apaisement en Afrique du Sud ainsi que dès maintenant, de prise de responsabilités politique de la part de l'ANC, qui est le mouvement noir le plus important du pays. Permettez-moi de souligner le caractère prioritaire de notre action dans ce pays.

**Steffen:** Ich darf sagen, dass ich mit meinem Schreiben vom 25. Mai 1993 diese Fragen gestellt habe, und ich bin von der Antwort befriedigt. Für mich als Parlamentarier stand die Frage im Vordergrund, wie unser Staat mit Organisationen Südafrikas wie z. B. dem ANC in Kontakt treten kann, ob das durch die Regierung bzw. den Botschafter hier in Bern abgesegnet ist. Das war offenbar der Fall. Ich danke für diese Antwort.

**Vollmer:** Die Worte von Herrn Bundesrat Cotti sind sehr ermutigend. Das sind neue Töne, die wir sehr gerne zur Kenntnis nehmen, auch seine Analyse der gegenwärtigen Situation. Dies lässt uns hoffen, dass die Schweiz in Zukunft eine neue und gute Südafrikapolitik betreibt. - Trotzdem möchte ich noch einige Fragen stellen: Ich habe kürzlich das Rechtsgutachten, das Herr Professor Kälin im Zusammenhang mit dem Export der PC 7 zuhanden der GPK erstellt hat, gelesen. Die

Schlussfolgerungen dieses Gutachtens werfen noch einige Fragen auf, die einer Antwort aus aussenpolitischer Sicht bedürfen. Herr Professor Kälin stellt fest, dass diese Exporte, auch mit den modifizierten Flugzeugen, rein formal in Anwendung der entsprechenden Resolution der UNO nicht beanstandet werden können; er stellt aber zudem fest, dass wir nicht nur formaljuristisch die Gültigkeit der UNO-Resolution auch für die Schweiz feststellen können. Teilt der Bundesrat die Schlussfolgerungen von Professor Kälin? Welche Haltung nimmt er zur Auffassung ein, dass hier eine aussenpolitische Beurteilung notwendig ist? Wir wissen, dass die UNO-Sanktionskommission diesbezüglich eine andere Auffassung vertritt, als uns der Bundesrat jetzt dargelegt hat.

Im Zusammenhang mit der Puk-EMD ist ja auch bekanntgeworden, dass es Abkommen gibt zwischen der Schweiz und Südafrika. Man hat uns seinerzeit versprochen, dass man diese Angelegenheit überprüfen und entsprechende Abkommen modifizieren oder kündigen würde. Seither haben wir nichts mehr von dieser Sache gehört. Ich bin der Meinung, dass diese Abkommen letztlich auch unter aussenpolitischen Aspekten beurteilt werden müssen. Wir haben bisher einerseits eine Aussenwirtschaftspolitik betrieben, andererseits diese Exportfragen durch Experten des EMD beurteilen lassen und Geheimdienstabkommen gehabt; wenn der Bundesrat bereit ist, in Zukunft eine Südafrikapolitik zu entwickeln, die den Reformprozess und die Demokratisierung in diesem Lande unterstützt, dürfen wir nicht gleichzeitig Altlasten mitschleppen, die die aussenpolitischen Beziehungen belasten können. Ich wäre dankbar, wenn sich Herr Bundesrat Cotti zu diesen beiden Problemen noch äussern würde.

**Frau Bär:** Ich habe den Eindruck, dass das Exposé von Herrn Bundesrat Cotti fast ein historisches Ereignis ist, zumindest hat es eine Wende in der offiziellen Haltung der Schweiz gegenüber Südafrika signalisiert. Ich habe das mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen. Ich höre auch gerne, wenn Herr Bundesrat Cotti sagt, dass Südafrika für die Schweiz eine absolute Priorität hat. Wenn die Wahlen im April 1994 tatsächlich stattfinden werden, wird dies ein Vorgang von völlig anderer Dimension sein als das, was sich in den ehemaligen Ostblockstaaten abspielt. Wenn wir erst in jenem Zeitpunkt Wahlbeobachtung machen wollen, wird es zu spät sein; ich bitte deshalb darum, dass sich die Schweiz diesem Vorgang jetzt ganz prioritär annimmt und diesen Menschen auf dem Demokratisierungsprozess jetzt schon im Hinblick auf die Wahlen Unterstützung anbietet. Die Ausbildung und Schulung im jetzigen Zeitpunkt scheint mir viel wichtiger zu sein als der Wahlgang an und für sich. Wir müssen unseren Einsatz und unsere finanziellen Mittel hier verstärken, es lohnt sich bestimmt.

**Mme Aubry:** Je regrette que M. Cotti, conseiller fédéral, soit sorti à l'instant. J'ai beaucoup apprécié son rapport. Je ne sais si c'est la Suisse qui fait des progrès, ou l'Afrique du Sud elle-même.

Je connais ce pays et j'y ai beaucoup de connaissances, ce qui me permet d'insister sur un point: vous avez parlé d'une aide à l'éducation civique. Il faudrait en fait commencer par l'éducation tout court. En effet, une énorme portion de la

population noire n'est pas scolarisée. Plutôt que de mettre en place de petits projets ici et là, c'est par là qu'il faudrait commencer.

J'ai été en contact récemment avec une ressortissante sud-africaine qui s'occupe de la formation de jeunes femmes aux tâches ménagères. La Suisse pourrait jouer un rôle dans ce genre de programmes simples et peu coûteux, et qui sont essentiels si on veut aider ce pays dans la voie de la démocratisation.

J'ai connu moi-même le cas d'un collaborateur anglais de mon mari, qui est aujourd'hui chef du bureau technique de la municipalité de Johannesburg: il a collaboré à la formation de 200 jeunes noirs en informatique, qui, depuis, gagnent bien leur vie et sont aujourd'hui bien intégrés dans la société. La Suisse devrait s'attacher à former les gens au niveau le plus bas, car il y a suffisamment d'ingénieurs, d'avocats et de cadres en général.

M. l'ambassadeur **Simonin**: Dans les programmes de la DDA, environ 47% sont prévus au titre de l'éducation et de la formation. Il ne s'agit pas de programmes d'éducation plus élevée, mais de programmes d'éducation dans des écoles sur place. A part cette éducation civique, il a toujours été dans la philosophie de la DDA de faire aussi une "grassroot education".

**Regli** zu Herrn Vollmer: Bezüglich Geheimschutzabkommen kann ich Ihnen versichern, dass seit Abschluss des Berichtes Puk-EMD die pendenten Fragen regelmässig behandelt werden, von einer Delegation der GPK. Herr Nationalrat Tschuppert ist im Bild über die Aufarbeitung gerade auch der Fragen, die Sie aufgeworfen haben. - Das Abkommen mit Südafrika wurde 1980 stipuliert. Es ging darin angeblich - ich sage angeblich, weil ich nicht dabei war - um folgendes: Die Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) hatte Interesse an gewissen artilleristischen Technologien aus Südafrika, und Südafrika wollte - wie alle Länder, die über ein Waffensystem Informationen geben - zuerst ein sogenanntes Geheimschutzabkommen abschliessen. Es ging also darum, dass die Schweiz allfällige Geheimnisse, die man hier übergibt, wahrt. Dieses Abkommen wurde dann im Auftrag der GRD abgeschlossen. Anlässlich der Untersuchungen der Puk-EMD wurde auch dieses Geheimschutzabkommen in Frage gestellt; es ist zurzeit in Überarbeitung. Die Antwort aus Südafrika steht noch aus; sobald sie eingetroffen ist, wird die Delegation der GPK orientiert.

Frau **von Grünigen** zu Herrn Vollmer: Das Rechtsgutachten von Herrn Professor Kälin haben wir bekommen, wir haben es auch gelesen, aber wir müssen noch eine offizielle Stellungnahme dazu erarbeiten. Ich möchte das hier nicht vorwegnehmen und im einzelnen auf das Rechtsgutachten eingehen. Was ich aber zu Ihrer berechtigten Frage sagen möchte: Bei der Beurteilung eines Exportgeschäftes wie der PC 7 geht es nicht allein um die Sanktionen, sondern zusätzlich um eine aussenpolitische Begutachtung. Bei all diesen Exporten wird immer auch in Betracht gezogen, dass es sich um ein Spannungsgebiet handelt, und es wird die Frage nach dem Verhältnis zum ANC aufgeworfen.

Wenn wir jetzt der Meinung sind, dass die Aussichten für das Geschäft sich verbessert haben, dann sicher auch deshalb, weil dieses gute Gespräch mit dem ANC stattfinden konnte. Wir hatten sehr klare Signale, dass der ANC dieses Geschäft begrüsst, aber erst im Moment, wo eine gemischte Regierung besteht, also nach den Wahlen. Es ist auch die Meinung des Bundesrates, dass die Lieferung dieser Flugzeuge erst erfolgen soll, wenn auch der ANC sein Mitspracherecht in der Regierung hat.

Frau Bär, Sie sagen, dass die Schweiz jetzt, bei der Vorbereitung der Wahlen, aktiv sein soll. Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit hat zusammen mit unserer Abteilung Projekte für diese bürgerrechtliche Förderung vorbereitet. Der ANC selber hat sehr intensiv von uns gefordert, dass wir hier mitmachen. Ich bin mit Ihnen völlig einverstanden, dass es wichtig ist, dass wir hier mehr tun, als wir in gewissen osteuropäischen Ländern tun konnten. Wir müssen auch Wahlbeobachter finden, die Zeit haben, länger als nur ein paar Tage an einer solchen Operation teilzunehmen. Wir haben in der Zwischenzeit, auch dank der Mitwirkung zahlreicher Parlamentarier, dem Ruf erlangt, dass die Schweiz hier eine Spezialität anzubieten hat. Es ist sicher im Sinne des Bundesrates, dass man hier mehr tut und in einer grösseren Übung mitwirkt.

**M. Berger:** M. Cotti vient de nous dire que nos relations commerciales s'étaient raréfiées à cause des événements. Existe-t-il déjà un éventuel programme de relance? Et n'est-ce pas un moyen de participation à une amélioration du processus de démocratisation que d'élargir ces relations commerciales?

**Frey Walter:** Ich erlaube mir hier noch, meine Beunruhigung aus wirtschaftlicher Sicht einzubringen, vor allem, was diese Affäre um den PC 7 betrifft. Ich habe das Verhalten des Bundesrates in dieser Beziehung als nicht kohärent eingestuft. Entweder ist der PC 7 in die Kategorie Militärprodukte einzuteilen, oder er ist es nicht. Je nach dem muss man sachliche Entscheide fällen; aber dieses Lavieren zwischen den verschiedenen Pressure groupes, wie dies der Bundesrat getan hat, ist für die Wirtschaft nicht erträglich. Die Unternehmer müssen wissen, woran sie sind. Das erleben wir ja auch hier in der Kommission: ein Grossteil des gesprochenen und geschriebenen Wortes wird den Pressure groupes überlassen, die Schaffung und Erhaltung der Arbeitsplätze dagegen wird immer noch der Wirtschaft überlassen.

Frau **Bäumlin:** Ich bin sehr froh über die Ausführungen von Frau Botschafterin von Grünigen. Ich möchte noch anfügen, dass ich an meinen Bericht über die Wahlbeobachtung in Lettland einen Brief von meiner Kollegin Ursula Leemann an Herrn Bundesrat Cotti angehängt habe, der die Wahlvorbereitungen in Südafrika betrifft. Ich habe bei der kleinen Wahlbeobachtung in Lettland genau die Erfahrung gemacht, dass die Vorbereitungen viel, viel wichtiger sind als die Beobachtung am Wahltag selbst. Da habe ich eine Sorge: Heute morgen habe ich gehört, dass die Zulu-Inkata-Partei sich mit Händen und Füßen gegen den Wahltermin vom 27. April 1994 wehrt. Können wir als Staat gegen die Gefährdung dieser Wahlen etwas tun, oder liegt das jenseits unserer Möglichkeiten?



M. **Tschopp**: En matière d'éducation, a-t-on prévu d'utiliser les moyens télévisuels? L'utilisation de l'image pourrait se révéler plus efficace étant donné les courts délais avant ces élections.

M. **Gros**: Je reviens sur l'économie, notamment sur les espoirs que peut nourrir la place économique suisse dans le processus de démocratisation en cours en Afrique du Sud. On sait que lorsque l'ANC était confinée dans la plus stricte opposition, son programme économique, loin de prévoir une économie de marché, semblait se diriger vers une économie entièrement planifiée, comme elle existait dans les pays de l'Est jusqu'à récemment.

Suite à la visite de l'ANC en Suisse, a-t-on quelques assurances, si ce Parti se trouve au pouvoir, qu'il maintiendra un système d'économie libéral en Afrique du Sud?

**Vollmer**: Frau Botschafterin von Grünigen, darf ich Ihre Antwort zu den Exporten der PC 7 so verstehen, dass wir als Kommission über Ihre Stellungnahme ins Bild gesetzt werden? Es mutete insofern etwas ungereimt an, als das Gutachten von Professor Kälin vom Mai 1993 stammt und der Bundesrat Anfang Juni einen Exportentscheid gefällt und damit eigentlich faktisch die Schlussfolgerungen des Gutachtens missachtet hat. Jetzt stellen Sie uns eine Stellungnahme in Aussicht, aber die Entscheide sind bereits gefallen.

M. **Cotti**, conseiller fédéral: (à M. Gros) Je n'ai eu, dans mes contacts, que des confirmations quant à la volonté de suivre la voie d'une économie libre. Certes, mon contact s'est limité au responsable des affaires étrangères de l'ANC, ce qui est partiel, mais il s'agissait néanmoins d'une personnalité très haut placée.

(à Mme Bäumlín) Certes, l'éducation civique est l'un des points forts de notre action, et il s'agit de commencer le plus tôt possible. On ne peut pas attendre la date des élections, mais il faut admettre que ce sera un miracle si nous parvenons à faire quelque chose d'ici cette échéance. En collaboration avec la DDA, nous sommes en train d'établir un programme qui permette d'apporter un soutien spécifique à l'éducation civique d'une large partie du peuple qui n'a jamais été confronté aux problèmes de la démocratie constitutionnelle.

Je tiens à souligner combien j'apprécie la discussion qui est menée au sein de cette commission. C'est un enrichissement pour moi, car cela me permet de voir où se situe l'identité des vues, et où il faudrait apporter d'éventuels correctifs. Depuis un an, nous menons l'expérience de l'application de l'article 47bis de la LREC. C'est dans ce contexte que vous recevrez un rapport sur l'état actuel de la Suisse vis-à-vis de l'intégration européenne. Permettez-moi de féliciter le président de la commission et certains de ses membres pour le travail qui a été accompli aux fins d'un apaisement qui aurait pu ne pas se produire. Il y a des synergies à trouver. Qui plus est, les prises de position officielles du gouvernement peuvent être endossées par un parlementaire, qui est plus libre et plus autonome dans son évaluation.

M. l'ambassadeur **Simonin**: (à Mme Bäumlín) Cette date du 27 avril 1993 est un compromis atteint grâce à l'attitude conciliante de l'ANC. Il reste vrai que l'Inkatha et le Parti national d'extrême-droite ont dit vouloir suspendre leur participation à cette conférence multipartite tant que certains principes constitutionnels en vue d'une constitution définitive n'étaient pas fixés. Il ne faut pas perdre espoir, car il y a une certaine dynamique dans cette conférence. Ses membres ont décidé, après avoir finalement réussi à s'entendre sur une date, de passer au deuxième volet de préoccupation, qui est de fixer ces principes constitutionnels. Pouvons-nous avoir une influence sur ces deux groupes extrêmes? J'en doute quant au Parti National. Il serait sans doute utile de ne jamais manquer de rappeler à l'Inkatha l'importance que la Suisse attache au processus démocratique.

Je ne serais pas si pessimiste que vous, Madame Bäumlín. Je pense qu'il y a une sorte de continuation dans le dynamisme, et après deux ans de négociations, que l'on soit arrivé à cette date et que l'on passe au stade suivant est déjà digne d'être apprécié.

(à M. Tschopp) Parmi toutes les organisations qui vont recevoir des fonds dans la préparation des élections, il y a une organisation avec laquelle nous travaillons depuis longtemps, la "Social communication group", qui a un programme radio. On parle aussi d'une "coopération étendue à d'autres médias électroniques". J'en induis que la télévision devrait être incluse, mais je ne peux pas donner de réponse définitive.

M. **Girard**: (à MM Berger et Gros) En ce qui concerne l'évolution de nos relations économiques avec l'Afrique du Sud, M. Cotti, conseiller fédéral, a déjà mentionné l'essentiel. J'attire l'attention des membres de la commission sur le fait que nos exportations vers l'Afrique du Sud ont baissé d'environ 1/3 en 10 ans, et que ce pays se trouve actuellement en état de récession caractérisée. Quelles en sont les raisons?

- 1) L'élément d'incertitude quant à la situation présente et future a une influence déterminante sur les disponibilités d'investissements.
- 2) Une détérioration des prix des produits d'exportation de ce pays intervient aussi. Rappelons que 70% des produits exportés sont des minéraux et des produits agricoles. Il s'agit en l'occurrence de produits extrêmement sensibles, compte tenu en outre de leur concentration sur le plan de la variété.
- 3) L'Afrique du Sud a vu se développer des taux d'inflation insoutenables à terme, par conséquent elle a été amenée, pour la politique économique, à adopter une politique monétaire restrictive qui a augmenté les taux d'inflation, lesquels continuent à avoir des effets sur l'investissement.
- 4) Ce pays est confronté depuis quelques années à une sécheresse sévère, ce qui a de l'importance sur son secteur primaire.

L'Afrique du Sud n'est pas prête de sortir rapidement de cette récession. Il est évident que l'incertitude économique et économique qui subsistera ne risquera pas de l'aider à sortir de cette situation. Les investisseurs font actuellement des investissements de remplacement, et les investisseurs étrangers réinvestissent en Afrique du Sud les bénéfices qu'ils y font, mais l'argent n'arrive pas.

Dans une perspective à moyen terme, l'Afrique du Sud a été amenée, compte tenu de la politique de sanctions, à développer une industrie de remplacement aux importations, ceci derrière des barrières de protectionnisme qui ne sont pas négligeables par rapport au niveau international de l'économie. Ce pays a donc développé une industrie qui n'est plus compétitive dans le monde actuel. Ceci aura pour conséquence que non seulement il s'agira d'arriver à une redistribution de la matière économique avec une part plus large de la population, mais qu'il s'agira aussi de faire des investissements importants pour ramener l'industrie existante en Afrique du Sud, autre que minière et primaire, à un niveau de compétitivité internationale. C'est dire que le pays aura besoin de capitaux sur la base de l'épargne à terme, de l'épargne extérieure, ainsi que d'une aide extérieure de la part des institutions internationales de financement du développement.

(à M. Gros) Quant au programme actuel des Partis noirs, nous connaissons en termes très généraux les vues des principaux partis, et surtout de l'ANC, qui se résument en 4 points:

- 1) Compte tenu des besoins d'investissement, favoriser les investissements étrangers.
- 2) Un de leurs soucis est d'avoir une politique anti-trust efficace. Il semble qu'en effet, 85% des titres cotés en bourse à Johannesburg sont contrôlés par 6 sociétés. Il y a donc la nécessité de mener une politique qui représente mieux les intérêts généraux du pays.
- 3) La politique fiscale et monétaire veut obéir à un choix de stabilité orthodoxe.
- 4) La politique industrielle et commerciale vise de créer des emplois, nécessité pour maintenir un minimum de consensus social et de paix politique.

La politique du Parti national n'est pas sensiblement différente, mais le problème est que ces Partis en sont, à l'heure actuelle, à des considérations très générales sur le plan économique. Par conséquent, l'incertitude va encore régner.

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 10. August 1993

**NATIONALRAT**  
Aussenpolitische Kommission

- 
- TEILPROTOKOLL 5 der Sitzung vom 5./6. Juli 1993,  
14.30 - 21.20 und 08.00 - 12.30 Uhr,  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4
- TAGESORDNUNG 7. Vorbereitung der Sitzung vom 30./31. August  
1993
8. Verschiedenes  
(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)
- ORDRE DU JOUR 7. Préparation de la séance des 30/31 août  
1993
8. Divers  
(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-  
verbal principal)
- TEILNEHMER Präsidium: Rychen
- Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,  
Bär, Bäumlin, Berger, Caccia (ersetzt am  
6.7. durch Darbellay), Columberg, Eggly (er-  
setzt durch Gros Jean-Michel), Fischer-  
Hägglingen, Frey Walter, Grendelmeier,  
Haller, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler,  
Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,  
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 5.7. durch  
Stamm Luzi), Zbinden Hans, Ziegler Jean
- Entschuldigt: Maitre
- Weitere Teilnehmer:  
H. Frunz, EDA
- Kommissionssekretariat: A. Aebi, B. Pitteloud
- Protokoll: I. Stauffer (d), G. Québatte (f,  
5.7.), H. Baessler (f, 6.7.)

## 7. Vorbereitung der Sitzung vom 30. und 31. August 1993

Herr **Aebi** gibt den Vorschlag für die Traktandenliste der nächsten Sitzung bekannt:

Tagungsort: Bern

09.30 - 18.00 Uhr 1. Teil

08.00 - 12.30 Uhr 2. Teil

Tagesordnungspunkte:

1. Aktuelles aus dem EDA (ohne anschliessende Diskussion)
2. Aktualitäten
  - 2.1 Kurdistan
  - 2.2 Ex-Jugoslawien
3. Die schweizerische Währungspolitik
4. 93.048 sn Internationale Wirtschaftsvereinbarungen
5. Stand der Verhandlungen mit dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die EWR-bedingte Revision des CH-FL-Zollvertrages
6. Europaratgipfel in Wien: Orientierung über den Stand der Vorbereitungen
7. 93.030n Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg
8. 93.046n Doppelbesteuerungsabkommen mit Marokko
9. Vorbereitung der Sitzung vom 11./12.10.93
10. Verschiedenes

Frau **Bäumlin** schlägt vor, als weiteres Traktandum die Beziehungen der Schweiz zu Zaire aufzunehmen. Sie macht diese Anregung aufgrund eines Gesprächs mit einem Minister des Schattenkabinetts von Zaire.

Mme **Aubry**: Pourquoi le Zaire? Il ne s'y est produit aucun changement. Mobutu est toujours en place. J'ai vu des amis zairois de l'opposition la semaine passée, qui m'ont dit que l'on s'arrangeait avec le deuxième gouvernement, qui est aussi corrompu que le premier.  
Je ne vois pas de fondement à traiter de ce point.

### **Abstimmung - Vote**

Für das Thema Zaire

Dagegen

Offensichtliches Mehr

Herr **Mühlemann** schlägt vor, dass der schweizerische Geschäftsträger, der in Belgrad war, vor die Kommission eingeladen wird.

Herr **Columberg** möchte die Sitzung erst um 14.00 Uhr ansetzen und dafür eine Abendsitzung vorsehen.

### **Abstimmung - Vote**

Für den Antrag Columberg

Dagegen

7 Stimmen

8

Herr **Frey Walter** stellt den Antrag, für die Sitzung nur einen Tag vorzusehen.

Herr **Fischer Theo** stimmt dem zu findet, die Kommission hätte zu wenig Disziplin. Er weist darauf hin, dass sie vier Stunden lang über die Kurdendemonstration diskutiert hat.

**Abstimmung - Vote**

Für den Antrag Frey Walter  
Dagegen

9 Stimmen  
11

Herr **Oehler** schlägt vor, dass der Bundesrat an der nächsten Sitzung auch über das orientiert, was in Südkorea vor sich geht. Der **Präsident** nimmt diesen Wunsch zur Kenntnis.

**8. Verschiedenes**

**Moser:** In der Presseschau über den gestrigen Tag, die uns heute ausgeteilt wurde, lese ich Informationen, die von mir sind. Ich möchte meinem Befremden Ausdruck geben darüber, dass es in dieser Kommission wiederum Leute gibt, die nach aussen tragen, was hier gesprochen wurde. Ich finde das eine Sauerei.

**Präsident:** Ich verstehe dieses Votum. Es ist nicht Sache der einzelnen Mitglieder, die Presse über einzelne Voten, die hier vorgebracht wurden, zu informieren. Ich bitte Sie, das einzuhalten. Der Sprechende hat darüber an der Pressekonferenz nicht orientiert und weiss nicht, woher diese Informationen kommen. Herr Moser selber war es sicher nicht, wie seine Reaktion auf meine Frage gezeigt hat. - Ich bitte Sie wirklich, nicht im Namen der Kommission zu sprechen und auch nicht Informationen, die hier gegeben wurden, weiterzugeben; Sie können höchstens persönliche Meinungen über bestimmte Themen von sich geben. Darf ich Sie bitten, diesen Aufruf entgegenzunehmen!

Mme **Aubry:** J'ai été très étonnée de rencontrer à la cafétéria les deux Kurdes faisant partie de la délégation. Je voudrais savoir si cette délégation Bär-Vollmer-Bäumlin continue à se produire dans le bâtiment du Parlement? Comment ont-ils pu entrer ici? En général il faut une autorisation, et je trouve curieux de voir les deux personnes photographiées dans la presse se produire à la cafétéria. Est-ce que certains membres de la commission tiennent salon ici avec les Kurdes qui font des manifestations? Cela me paraît aberrant à l'égard des membres de la commission. Ou bien c'est une délégation officiellement autorisée, sinon, ils n'ont rien à faire ici quelques jours plus tard.

**Präsident:** Ich weiss auch nicht, was diese Leute hier machen. Kann jemand diese sehr wichtige Frage beantworten?

**Vollmer:** Kurz vor der Kaffeepause ist heute der Weibel zu mir gekommen und hat mir gesagt, es seien Leute da, die mit mir sprechen möchten. Ich habe mich mit ihnen getroffen. Es braucht keine Bewilligung, wenn ich als Parlamentarier Leute empfangen, die von mir eine Auskunft möchten.

**Präsident:** Wir nehmen davon Kenntnis. - Im Namen der Kommission möchte ich Frau Bäumlin und Frau Aubry danken für die Wahlbeobachtungsberichte, die sie uns zugestellt haben. Wir nehmen diese zur Kenntnis, und ich bitte all jene, die auch eine solche Mission machen werden, ebenfalls schriftliche

Berichte abzugeben. Erstens ist es für unsere Kommission interessant, und zweitens werden diese Reisen immerhin vom Parlament finanziert.

Wir hatten vor, am 11./12. Oktober in Genf beim IKRK zu tagen. In der Zwischenzeit hat das Parlament entschieden, die Herbstsession in Genf abzuhalten. Es gäbe damit die Möglichkeit, während der Session eine Besichtigung des IKRK zu machen, und dann brauchte die Sitzung nicht in Genf abgehalten zu werden. Wollen Sie diese Variante prüfen oder am Tagungsort Genf so oder so festhalten?

**Abstimmung - Vote**

Dafür, so oder so die Sitzung in Genf abzuhalten      Mehrheit  
Für Tagungsort Bern    6 Stimmen

**Schluss der Sitzung 12.30 Uhr**